

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Beitrags-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nellen oder deren Raum 40 Pfg., für
 Verordnungs- und Verlautbarungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisredakteur: Karl I., Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Samstag, den 28. November 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Der Entwurf eines Gesetzes betr. die deutsche Flotte

wird in später Abendstunde im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Der-
selbe hat folgenden Wortlaut:

Die zur Zeit vorhandene Kriegsmarine bedarf der Verstärkung,
um den erheblich gestiegenen Seeinteressen des Deutschen Reiches
im Kriege und Frieden den erforderlichen Schutz zu ge-
währen. Um für diese Verstärkung eine gesunde Grund-
lage zu gewinnen, müssen sich die beiden gesetzgebenden
Körper vor allem darüber einigen, wie stark die deutsche
Flotte werden soll. Zu diesem Zweck ist eine Beschlußfassung des
Reichstages über die Sollstärke der Marine nicht zu umgehen. Eine
solche ist aber nur zu erzielen, wenn dem Reichstage ein Plan in
Form eines Gesetzentwurfs vorgelegt wird. Denn von Plänen,
welche die verbündeten Regierungen in Form von Denkschriften
vorlegen, nimmt der Reichstag nur Kenntnis.

Nachdem in der Entwicklung der Technik eine gewisse Ruhe
eingetreten ist und in allen Marinen im wesentlichen dieselben
Schiffstypen vorhanden sind, haben sich die Seemächte in den letzten
Jahren hauptsächlich der Durcharbeitung der organisatorischen,
taktischen und strategischen Fragen gewidmet. Es sind heute die
Anschauungen hierüber so geklärt, daß unbedenklich Stärke und Zu-
sammensetzung der deutschen Kriegsmarine gesetzlich festgelegt werden
kann.

In dem von den verbündeten Regierungen aufgestellten Geset-
zentwurf wird der Schiffsbestand der deutschen Flotte, abgesehen von
Torpedo-Fahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonen-
booten wie folgt normiert: Verwendungsbereit sollen sein 17 Linien-
schiffe, 8 Küsten-Panzerfahrzeuge, 9 große und 26 kleine Kreuzer; als
Materialreserve kommen dazu 2 Linienfahrzeuge, 3 große und 4 kleine
Kreuzer.

Diese Stärke der Flotte wird von den verbündeten Regierungen
als ausreichend, aber auch als unerlässlich bezeichnet, wenn das Reich
seine maximalen Aufgaben erfüllen soll. In Anrechnung kommen auf
diesen Sollbestand von dem am 1. April vorhandenen und im
Bau befindlichen Schiffen als Linienfahrzeuge 12, als Küsten-
Panzerfahrzeuge 8, als große Kreuzer 10 und als kleine Kreuzer 23.
Es sind also an Neubauten noch erforderlich 7 Linienfahrzeuge,
2 große und 7 kleine Kreuzer; die gegenwärtige Zahl der Küsten-
Panzerfahrzeuge wird für genügend erachtet.

Unvermeidlich von der Aufstellung eines gesetzlich begrenzten
Sollbestandes der Flotte ist die Festlegung der Frist, binnen
welcher dieser Bestand erreicht werden muß. Es ist dies nur
die logische Konsequenz aus der ersten Thesen. Würde hier
eine Lücke gelassen, so würde die Erreichung des Sollbestandes
ganz ins Ungewisse gerückt und damit ein Zustand verlängert,
den man eben durch die gesetzliche Regelung der Dinge ein Ende
machen will. In dem Entwurf wird daher folgerichtig verlangt,
daß die Mittel für die erforderlichen Neubauten so rechtzeitig in den
Reichshaushalts-Etat aufzunehmen sind, daß der Sollbestand der
Flotte bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich bis zum Schluß
des Rechnungsjahres 1904 erreicht wird.

Auf die Dauer kann aber der Sollbestand nur aufrecht erhalten
werden, wenn für die nach Ablauf ihrer natürlichen Lebensdauer
unbrauchbar gewordenen Schiffe rechtzeitig Ersatzbauten eingestellt
werden. Diese Lebensdauer wird von der Marineverwaltung für
Linien- und Küsten-Panzerfahrzeuge auf 25 Jahre, für große Kreuzer
auf 20 und für kleine Kreuzer auf 15 Jahre bemessen. Auch hier
fordert der Gesetzentwurf, daß die Mittel für diese zur Erhaltung
des Sollbestandes notwendigen regelmäßigen Ersatzbauten in den
Etat aufgenommen werden.

Damit schließlich im Kriegsfall die Schlachtkräfte leisten kann,
was man von ihr erwartet, ist ein bestimmtes Maß von Indienst-
haltungen während des Friedens und das dazu erforderliche Personal
unerlässlich. Von dem Umfange der Indiensthaltungen hängt die
zu wählende Organisation der Schlachtkräfte ab. Da jede Organi-
sation etwas Dauerndes sein muß, so müssen auch die
zur Durchführung derselben nötigen Indiensthaltungen
gesetzlich gesichert sein. Zu diesem Zweck bestimmt die Vorlage,
daß die Mittel für die Indiensthaltungen der heimischen Schlachtkräfte
jährlich bis zu solcher Höhe in den Reichshaushalts-Etat ein-
zusetzen sind, daß dauernd im Dienst gehalten werden können erstens
zur Bildung von aktiven Formationen 9 Linienfahrzeuge, 2 große und
6 kleine Kreuzer, zweitens als Stammfahrzeuge von Reserveformationen
4 Linienfahrzeuge, 4 Küstenpanzerfahrzeuge, 2 große Kreuzer und 5 kleine
Kreuzer, drittens zur Aktivierung einer Reserveformation auf die
Dauer von zwei Monaten 2 Linienfahrzeuge oder Küsten-Panzer-
fahrzeuge. Nach Maßgabe des Bedarfs unterliegt der jährlichen Fest-
setzung durch den Etat die Bereitstellung der für die Indiensthaltung
der Torpedofahrzeuge, Auslandsfahrzeuge, Schulschiffe, Spezialschiffe
und Kanonenboote erforderlichen Mittel.

Was den Personalbestand betrifft, so sollen nach dem Geset-
zentwurf an Deskoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosen-
divisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abteilungen vorhanden
sein: 1. ein und einhalbmalige Besatzungen für die im Auslande be-
findlichen Schiffe; 2. volle Besatzung für die zu aktiven Forma-
tionen der heimischen Schlachtkräfte gehörigen Schiffe, die
Hälfte der Torpedofahrzeuge, die Schulschiffe, 1/2 Spezialschiffe;
3. Besatzungsstärke für die zu Reserveformationen der
heimischen Schlachtkräfte gehörigen Schiffe, sowie die zweite
Hälfte der Torpedofahrzeuge; 4. der erforderliche Landbedarf; 5. ein
Zuschlag von 5 pCt. Die nach Maßgabe dieser Grundsätze erforder-
lichen Etatsfähren des Personals dieser verschiedenen Kategorien
bleiben der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat vor-
behalten.

Bei der Ausarbeitung des Entwurfs sind folgende Erwägungen
maßgebend gewesen:

Das bisherige Verfahren, diejenigen ausländischen Stationen,
auf denen Deutschland größere Interessen hat, mit kleinen Kreuzern
zu besetzen und daneben einige Schiffe mit größerer Geschwindigkeit
in Dienst zu behalten, hat sich bewährt. Erforderlich sind zur
Wahrnehmung der heutigen See-Interessen des Reiches im Auslande
3 große Kreuzer (2 in Ostasien, 1 für Mittel- und Südamerika),
10 kleine Kreuzer (8 in Ostasien, 2 in Mittel- und Südamerika),
2 in Afrika, 2 in der Ostsee), 4 Kanonenboote (2 in Ostasien,
2 in Afrika) und 1 Stationschiff in Konstantinopel.

Im laufenden Jahre standen für diese Zwecke nur 2 große und
8 kleine Kreuzer sowie 2 Kanonenboote und 1 Stationschiff zur
Verfügung und auch dies nur dadurch, daß der heimischen Schlachtkräfte
die 8 besten der vorhandenen Aufklärungsfahrzeuge entzogen
wurden. Um den Auslandsdienst in dem nötigen Umfange zu
verlehen, ist in der Heimat eine Materialreserve notwendig zum
Ersatz für reparaturbedürftige Schiffe. Dazu sind 3 große und
4 kleine Kreuzer erforderlich.

Was den Schutz der vaterländischen Küste und die Verhinderung
einer Blockade betrifft, so unterschied schon der Flottenbegründungs-
plan von 1873 für diesen Zweck eine lokale und eine bewegliche Ver-
theidigung. Die Mittel zu der lokalen Küstenverteidigung sind in
ausreichendem Maße in den Küstenpanzerfahrzeugen und Panzer-
kanonenbooten vorhanden. Dagegen ist heute die Zahl der
kriegsbrauchbaren Linienfahrzeuge von 14, welche bereits 1873 für
erforderlich gehalten wurden, auf 7 gesunken. Zwei der vorhandenen
Linienfahrzeuge bedürfen einer 1/2 Jahre beanspruchenden Reparatur,
3 weitere sind im Bau begriffen. Wenn nun vor fast einem Viertel-
jahrhundert 14 Linienfahrzeuge als das Mindestmaß erachtet wurden,
so ist jetzt, wo sämtliche Nachbarmächte ihre Kriegsmarinen wesent-
lich verstärkt haben und die See-Interessen des Reichs so erheblich
gestiegen sind, eine Vermehrung der verwendungsbereiten Linienfahr-
zeuge auf 17 wohl keine übertriebene Forderung.

Zu der Zahl 17 führt aber auch die weitere Erwägung, daß die
eigene Geschichtsformation, wenn sie auch im Kampf mit einer über-
legenen Flotte eine Möglichkeit des Erfolges haben soll, so viele
Schiffe haben muß, als in einer Formation einheitlich geleitet
und zur vollen Ausnutzung gebracht werden können.
Dies sind nach eingehender Erprobung der Fruchtleite
17 Schiffe, eine Flotte aus zwei Geschwadern mit je 8 Schiffen und
ein besonderes Flaggschiff für den kommandierenden Admiral. Liegt
in dieser taktischen Notwendigkeit die Unmöglichkeit einer Ver-
minderung der Schiffszahl, so enthält sie doch auch ein Hinweis
gegen eine beliebige Vermehrung; denn eine solche Formation ist
ein in sich geschlossenes Ganzes. Zur Führung der 16 Schiffe be-
darf der kommandierende Admiral eines Flaggschiffes; das dem Geschicht
nicht fernbleiben kann, also ebenfalls ein Linienfahrzeuge sein muß.
Damit aber jederzeit 17 Schiffe im Mobilmachungszustand verwendungs-
bereit zur Verfügung stehen, sind zwei Linienfahrzeuge als Re-
serve notwendig. Der Mehrbedarf an Linienfahrzeugen gegen die
früher planmäßige Zahl 14 besteht sich also auf 5. Eine
Schlachtkräfte besteht aber nicht nur aus Linienfahrzeugen, sondern
sie bedarf auch noch einer größeren Zahl von Kreuzern als Auf-
klärungs- und Vorpostenschiffe. Während in England auf jedes
Panzerfahrzeuge der Schlachtkräfte 2, in Frankreich 1 bis 2 Kreuzer
kommen, begnügt sich unsere Marineverwaltung für die rangierte
Schlachtkräfte von 17 Linienfahrzeugen und die Küstenpanzerfahrzeuge-
Divisionen mit 6 großen und 18 kleinen Kreuzern.

Soll die Festlegung des Sollbestandes der Flotte überhaupt einen
Sinn haben, so muß auch, wie schon oben bemerkt, gesetzlich
festsetzen, bis zu welchem Termin dieses Ziel erreicht werden soll.
Es muß eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese Flotte auch
baldmöglichst gebaut wird; es muß verhängt werden, daß mit
auf neue Dinge erleben wie die, daß die im Jahre 1873 im
Flottenbegründungsplan geforderten 14 Linienfahrzeuge erst 1894
vollständig vorhanden waren und daß uns infolge mangels an
rechtzeitigen Ersatzbauten trotzdem heute nur sieben kriegsbrauchbare
Linienfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Was die Vermehrung des Personals betrifft, so besteht kein
Zweifel, daß die Erhöhung der Zahl von Offizieren, Unteroffizieren
und Mannschaften ebenso wie deren Ausbildung ohne besondere
Schwierigkeiten durchzuführen ist. Bei einer jährlichen Ein-
stellung von 120 Kadetten und einer Erhöhung des Schiffszungen-
Ets von 600 auf 1000 Köpfe wird die Personalvermehrung in
sieben Jahren erreicht werden.

Es bleibt die Finanzfrage zu betrachten. Hier ist vor allem fest-
zustellen, daß nach Ansicht der verbündeten Regierungen das Flotten-
gesetz angefochten werden kann, ohne daß neue Steuern oder eine
einmalige große Anleihe erforderlich sind. Es wird viel-
mehr bestimmt angenommen, daß die Deckung der nötigen
Mittel in jedem Jahre auf dem bisherigen budgetmäßigen
Wege vollzogen werden kann. In jedem Jahre müssen die
nötigen Mittel auf den Etat gebracht und der Beschlußfassung der
gesetzgebenden Körper unterbreitet werden. Die verfassungsmä-
ßigen Rechte des Reichstages bleiben somit unberührt. Genau
in derselben Weise und in demselben Umfange wie der Reichstag
binden sich die Regierungen durch das Flottengesetz. Reineswegs
handelt es sich dabei um eine Einrichtung im Sinne des Armees-
Septennats, durch welches die Mannschafstärke des Heeres für 7 Jahre
festgelegt wird, sondern lediglich darum, daß die gesetzgebenden
Körper darüber Beschluß fassen, wie groß die Marine sein soll
und in welcher Zeit sie beschafft werden kann, damit die darnach
erforderlichen Mittel alljährlich verfassungsmäßig veranschlagt
und auf den Etat gebracht werden können. Daß in
einer Periode des notwendigen Retablissements der
Marine erhöhte Aufwendungen unvermeidlich sind, ist
selbstverständlich; sie stehen dem Wesen nach aber auf gleichem
Boden, wie andere einmalige Forderungen. 1. B. für die Re-
newaffung der Artillerie und den Bau des Nordostsee-Kanals, nur
daß sie nicht im ganzen, sondern in der Verteilung auf eine Reihe
von Jahren verlangt werden.

Die Einzelheiten des Gesamtvorauschlages für das Retablis-
ment der Flotte sind nun folgende: Die Kosten für die sämtlichen
Neubauten, einschließlich der Artillerie- und Torpedo-Armierung,
werden auf 162,2 Millionen angegeben. Dazu kommen die während
dieser Zeit notwendig zu verwendenden Ersatzbauten mit
211 Millionen, die so wie so aufgewendet werden müßten, wenn
unser Marine nicht noch unter den jetzigen Stand sinken soll. Die
Kosten der zur Zeit im Bau befindlichen Schiffe belaufen
sich auf 63,5 Millionen, 3 Kanonenboote werden auf
4,8 Millionen und 7 Torpedoboote-Divisionen auf
41,8 Millionen veranschlagt. Dazu kommen die Mehrkosten der
Indiensthaltungen und der Personalvermehrung.
Insgesamt sind daher die fortlaufenden Ausgaben in
den letzten sieben Jahren jährlich etwa 8 Millionen ge-
stiegen, für die kommenden sieben Jahre ist eine durchschnitt-
liche Jahressteigerung um 4 Millionen anzunehmen, also um eine
Million jährlich mehr als bisher. Für die sonstigen einmaligen
Ausgaben (Hafenanlagen, Werften, Befestigungen, Kasernen etc.) sind

jährlich 25 pCt. mehr veranschlagt, als durchschnittlich in den letzten
7 Jahren aufgewendet worden sind. Dadurch kommt man auf rund
9 Millionen pro Jahr. Was aber die Ausgaben für Schiffbau be-
trifft, so ist zu beachten, daß nach Erreichung des Sollbestandes die
Forderungen für Schiffbauten erheblich sinken werden, da nach
Ablauf von sieben Jahren Neubauten zur Vermehrung der
Flotte fortfallen und nur noch Ersatzbauten zur Erhaltung des Soll-
bestandes erforderlich sind. Diese zeitliche Begrenzung des Mehr-
aufwandes, der nötig ist, um das Retablissement der Flotte durch-
zuführen, ergibt sich eben aus der gesetzlichen Festlegung
des Marineplans. Die nachstehende Tabelle gewährt einen Ueber-
blick über die voranschreitliche Höhe der Marine-Ets in den nächsten
7 Jahren:

	1897/98 bewilligt		1898/99 gefordert		geschätzt						
	(Millionen Mark)	(Millionen Mark)	(Millionen Mark)	(Millionen Mark)	1899/1900	1900/01	1901/02	1902/03	1903/04	1904/05	
Schiffbau einschließlich Artillerie und Tor- pedo-Armierung . . .	49,1	51,4	55,5	64,6	64,3	62,4	58,3	58,6			
Sonstige einmalige Ausgaben	9,0	7,7	8,7	8,7	8,7	8,7	8,7	8,7			
Fortdauernde Aus- gaben	59,4	62,6	67,4	71,4	75,4	79,4	83,4	87,4			
Marine-Ets	117,5	121,7	131,6	144,7	149,4	150,5	150,6	149,7			

Unter voller Wahrung der Rechte des Reichstages und ohne
neue Steuerquellen in Anspruch zu nehmen, verfolgen die verbündeten
Regierungen nicht einen uferlosen Flottenplan, sondern einzig und
allein das Ziel, in gemessener Frist eine vaterländische Kriegsmarine
von so begrenzter Stärke und Leistungsfähigkeit zu schaffen, daß sie
zur wirksamen Vertretung der Seeinteressen des Reiches genügt.

Die Pläne des Herrn Tirpitz sind herauk. Wir sehen
nun, was die Regierung will und finden die weitgehendsten
Bermutungen behäftigt und überholt.

Kolossal sind die Forderungen der Regierung. Winzig
ist die Begründung, welche sie für ihre Forderungen beibringt.

Die Begründung ist gleich Null. Eigentlich besteht sie
nur in einem Versuch, die von den Gegnern einer rapiden
Marinevermehrung vorgebrachten Einwände abzuschwächen.
Dieser Versuch ist aber durchaus nicht gelungen.

Die Rechte des Reichstages sollen ge-
wahrt sein. Dabei fordert die Regierung, entgegen allen
bisherigen Gewohnheiten und ohne jede Notwendigkeit, das
Septennat. Auf sieben Jahre hinaus soll der Reichstag
einen bestimmten Marineplan bewilligen. Ein bestimmter Bestand
von Schiffen, den die Regierung bis 1904 zu erreichen wünscht,
soll mit einem Schläge bewilligt werden. Der Reichstag von
heute soll Beschluß fassen über Dinge, die nach Jahren ge-
schehen sollen. Der Reichstag von heute soll dem
Reichstag von 1898, von 1900, von 1902 sein
Budgetrecht entziehen!

Die Regierung mag nicht alljährlich ihre Marineforderungen
vor das Parlament bringen. Sie will Bewilligungen in
Bausch und Bogen, damit sie auf lange Zeit allen Debatten
überhoben ist, damit sie dem „Unverstand wechselnder Mehr-
heiten“ entzogen.

So wird die Volksvertretung gebunden, die
Tirpitz aber behalten freie Hand. Und das
neuert der Regierungsentwurf: Wahrung der Rechte des
Reichstags!

Keine uferlosen Flottenpläne verlangen wir,
sagt der Entwurf weiter. Aber wenn jemand die vorliegen-
den Forderungen selbst als nicht uferlos auffassen wollte, ist den
Flottenvermehrungsplänen denn damit eine feste Grenze gesetzt?
Doch keineswegs. Nur Vertrauensseligkeit einseitigster Art könnte
das glauben, könnte hoffen, daß es wirklich mit den jetzigen
Forderungen abgehen werde. Denn selbst wenn die Regierung
wirklich jetzt überzeugt wäre, daß ihr Plan genügende Fürsorge
für 7 Jahre treffe, — kann sie nicht gar leicht während
dieser Zeit zu ganz anderen Ueberzeugungen gelangen, genau
wie sie jetzt zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß sie um so
viel mehr braucht, als noch vor wenigen Jahren ihre Ueber-
zeugung war? Ja, wenn man sich einmal auf die verhängnis-
volle Bahn der Wettrüstungen mit dem Auslande begiebt,
muß es sogar dahin kommen. Während früher die „Froh-
männer“ eine Festlegung, wie sie jetzt beabsichtigt wird, für
unmöglich hielten, da die Schiffstechnik sich fortwährend
wandelte, sagt nun der Entwurf, es sei „Nutz in der Ent-
wicklung der Technik“ eingetreten. Wenn aber doch — und das
ist durchaus wahrscheinlich, ja fast sicher — die Technik
in ein oder zwei Jahren wieder große Umwälzungen hervor-
bringt, so wird die Regierung mit neuen Forderungen kommen
müssen, trotz ihres gegenwärtigen „festen Planes“. Der Plan
ist eben nur „festgelegt“ in Aussicht auf das Minimum,
was bewilligt werden soll. Höhere Forderungen
sind nicht ausgeschlossen.

Und das soll nicht uferlos sein!

Neue Steuerquellen sollen nicht in Anspruch
genommen werden. Aber wer will Sicherheit geben, daß die
riesigen Summen, die der Plan des Herrn Tirpitz beansprucht,
durch die jetzigen Steuern stets genügend gedeckt werden
können? Und könnten sie es wirklich, — sollen die steigenden
Erträge aus den indirekten Steuern auf alle

Lebens- und Genussmittel des Volkes dem immer und ewig für unproduktive und kulturwidrige Heeres- und Marine-Ausgaben aufgewendet werden?

Ungeheuer sind die Kosten des neuen Flottenplanes. Anfang der 70er Jahre betrugen die fortwährenden Ausgaben für die Marine jährlich erst 12 Millionen Mark, 1884 stiegen sie mit der Einleitung der Kolonialpolitik auf 27 Millionen Mark. Die außerordentlichen Ausgaben betrugen noch in den letzten Regierungsjahren Wilhelms I. weniger als 15 Millionen jährlich. Seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. erfolgt dann ein jäher Aufstieg in beiderlei Ausgaben, den nachfolgende Tabelle veranschaulicht:

Etatjahr:	Fort-dauernde:	Ein-malige:	Gesamt-summe:
1888/89	57	14	51
1889/90	99	16	55
1890/91	41	31	72
1891/92	45	40	85
1892/93	48	45	91
1893/94	48	38	81
1894/95	51	74	125
1895/96	55	26	81
1896/97	55	31	86

417 Mill. 310 Mill. 727 Mill.

Und jetzt soll nicht nur in diesem selben Jahre Tempo fortgesetzt, sondern ein noch weit stürmischeres eingeschlagen werden.

Von 1899/1900 an soll der Marine-Etat eine Höhe erreichen, wie er sie noch in keinem Jahre gehabt. In den sieben Jahren des Flottenplanes sollen

997 Millionen

ausgegeben werden!

Während in den 9 Jahren seit 1888 eine Gesamtsumme von 727 Millionen für die Marine verausgabt wurden, sollen in den künftigen 7 Jahren 997 Millionen ausgegeben werden.

Während in den letzten 9 Jahren im Jahresdurchschnitt 81 Millionen aufgebracht wurden, werden nun im Jahresdurchschnitt 142 1/2 Millionen verlangt!

Aber es ist auch fraglich, ob diese Summen reichen werden. Der Entwurf sagt selbst, das seien nur Schätzungen! Wenn mit der fortschreitenden Technik die Schiffsbauten theurer werden, so wird die Regierung noch mehr verlangen. Und der Reichstag muß es bewilligen, nachdem er die Bauten selbst bewilligt hat.

Und endlich, was der Entwurf gänzlich bei Seite läßt, was soll nach Ablauf der sieben Jahre werden? Dann werden die Ersatzbauten allein so hohe Kosten verursachen wie bisher Ersatzbauten und Neubauten zusammen. Und ob dann nicht auch weitere Neubauten gefordert werden?

So stellt sich der Entwurf des Herrn Tirpitz nach allen Richtungen hin als eine Zumuthung an das deutsche Volk dar, die dasselbe sich nicht bieten lassen kann und nicht bieten lassen wird.

Nur die phantastischen Flottenschwärmer und Kolonial-Abenteurer werden solchen Plänen beistimmen. Aber die bürgerlichen Parteien, wenn anders sie sich nicht heillos am deutschen Volke versündigen wollen, können weder der Entziehung des Budgetrechts, noch den ungeheuren Kosten, welche die Regierung beantragt, zustimmen.

Es wird ein heißer Streit um dies Elaborat des Herrn Tirpitz entbrennen. Die Sozialdemokratie, welche Kriegsrüstungen prinzipiell nicht fördern will, sondern eine Friedenspolitik zwischen den Völkern befürwortet, wird in diesem Streite den Besinnungen der Masse des deutschen Volkes Ausdruck geben!

Politische Ueberblick.

Berlin, 27. November.

Der Flotten- und Kolonialkoller fordert Opfer fürchterlich. Das „Leipziger Tageblatt“ erndet Landesverrath bei der Sozialdemokratie, beim „Vorwärts“, weil wir in Flottentummel und Kolonialräuberei nicht mitmachen mögen. Unsere Warnung, daß die Okkupation von Kiau-Tschau früher oder später zu sehr schweren Konflikten, denen Deutschland nicht gewachsen sein würde, führen dürfte, erscheint dem von Jata-Morgana-Bildern einer überseeischen Herrlichkeit benebelten Sinne derer vom „Leipziger Tageblatt“ als eine Aufforderung an die fremden Mächte zum Einschreiten gegen Deutschland. Das streife an Landesverrath, sei jedenfalls „vom moralischen Standpunkt landesverrätherisch.“ Und nicht nur wir Sozialdemokraten sind Landesverräther; es würde uns wundern, poltert das Leipziger Industrie- und Kaufmanns-Organ fort, wenn der „Vorwärts“ nicht im Lager des Herrn Eugen Richter und in einem Theile der Centrums-Prese wenigstens verschämte Zustimmung fände. „Also Landesverräther“ überall; Sozialdemokraten, Freisinnige, Centrum, Landesverräther. Armes Deutschland. Aber an den Wassern der Pleiße sitzen Deine Retter!

Ja, wenn es nicht der Koller, die krankhafte Großmanns-sucht wäre, die im Hirn dieser Vaterlandsreiter grassirt und für den Unsin ihrer Neben genügende Erklärung giebt, so könnten wir den „Leipz. Tagebl.“ Nationalliberalen ein wenig erzählen, wo viel eher die „Landesverräther“ sitzen. Man könnte an anno dazumal erinnern, wo Leipziger National-liberale sich mit dem Ausland einließen, um es zum Einbruch in das eigene Vaterland und zur Befestigung der eigenen Regierung anzutreiben. Man könnte auch ein wenig erzählen, ob nicht eher das wüste Gebahren der Leute an „moralischen Landesverrath“ grenzt, die die deutsche Regierung zur Nichtachtung alles Völkerrechts, zur brutalen Räuberpolitik auffordern, die da das Vaterland in koloniale Verwickelungen und Abenteuer stürzen wollen, deren Durchführung ungeheure Geldsummen kosten und gar leicht die schwersten Schädigungen an Macht, Ansehen und Ehre des deutschen Volkes eintragen könnten.

Doch wir wollen mit Leuten, welchen die Idee, ein Stück China zu erbeuten und für Leipziger Großkaufmannsinteresse glänzende Vortheile zu ergattern, die normalen Denkfunktionen erschüttert hat, so daß sie bei denen, welche ihren gesunden Menschenverstand noch besitzen, auf „Landesverrath“ schließen, nicht ins Gericht gehen. Da heißt es Mitleid üben! —

Kiao-Tschou. Aus Shanghai meldet das Bureau Dalziel: Der deutsche Gesandte, Baron Henking, verlangt von der chinesischen Regierung die Entdeckung und Hinrichtung der Mörder, Bestrafung aller mitschuldigen Beamten, den Wiederaufbau der zerstörten Missionsgebäude, sowie Bezahlung von 600 000 Taels (1 Tael = 4,75 M.) Entschädigung an die

Verwandten der Ermordeten. Ferner verlangt Deutschland die Bezahlung der Kosten für die Marine-Expedition, sowie für die Erhaltung der Besatzung in Kiao-Tschou. China verlangte, diese Bedingungen diskutieren könne. Der Gesandte lehnte dies ab. Die Gesandten der anderen Mächte meinen, diese unannehmbaren Bedingungen würden von Deutschland nur gestellt, damit es Kiao-Tschou und noch ein Stück Küste nördlich davon behalten könne. China verstarft die Küstenverteidigung bei Canton, Fuchow und Hanking. Der unter dem Schutz des Admirals Diederichs stehende chinesische General Changtaoyan, der Kiao-Tschou an-lieferte, wurde durch ein Kriegsgericht zum Tode verurtheilt.

Diese Mittheilungen bestätigen keineswegs die optimistischen Darstellungen unserer kolonialfreundlichen Presse, wonach China gegen die Befehle von Kiao-Tschou nichts einzuwenden haben würde.

Offiziell verkundet noch immer nichts über die wieslichen Absichten der deutschen Regierung und die Auffassung der ausländischen Mächte. Eine derartige Rücksichtslosigkeit der Regierung gegenüber dem Volke muß aufs entschiedenste verurtheilt werden. Man schafft vollendete Thatsachen, man fährt die Nation in völlig neue Situationen, ohne sie zu hören, ohne ihr auch nur Aufklärung zu geben. Es scheint, als fühlte sich in auswärtigen Angelegenheiten der Absolutismus schon so sicher, daß er nach nichts mehr zu fragen für nöthig hält.

Wir sind überzeugt, daß gegen solches Verfahren auch im Reichstage Protest eingelegt werden wird. —

Gegen die Vorlage der sächsischen Regierung zum Vereinsgesetz, durch welche das Inverbindungsrecht von Vereinen ermöglicht werden soll, machen die sächsischen Konservativen, wie ihrem Organ, dem „Vaterland“, zu entnehmen ist, mobil. Die Konservativen gehen mit der Absicht um, die Vorlage in der vorliegenden Form nicht anzunehmen. Jedenfalls wollen sie „Kompensationen“ fordern. Es ist auch nicht schwer zu ermessen, in welcher Richtung sich diese „Kompensationen“ bewegen würden. Die „Ordnungs-parteien“ wollen selbst von dem lästigen Verbot des Inverbindungsrechts ihrer politischen Vereine befreit sein, aber der Sozialdemokratie soll für den gleichen Vortheil irgendwie anders eine Schädigung zugefügt werden. Schon seit langem denkt man ja in sächsischen „Ordnungskreisen“, jüngere Leute, womöglich bis zum Wahl-befähigungsalter von 25 Jahren, von Vereinen und Versammlungen auszuschließen. Doch können es möglicherweise auch andere reaktionäre Wünsche sein, welche die Klique der Alermäner und Mehnert bei der Gelegenheit der Revision des Vereins- und Versammlungsgesetzes durchzudrücken versuchen will. Die Konservativen haben bekanntlich in der zweiten Kammer des Landtages für sich allein die Mehrheit, desgleichen besteht die erste Kammer fast lediglich aus diesem Element. Aber auch die sächsischen Nationalliberalen haben bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts ganz ähnliche Meinungen geäußert wie jene. Es kann also dahin kommen, daß die sächsischen Kammern, diese Produkte ungerichteter Wahlsysteme, die Regierung zu hindern versuchen, das Versprechen des Reichs-kanzlers ohne Hintertäfelchen durchzuführen. Das wäre denn freilich ein gar erbauliches Schauspiel!

Man sollte meinen, die sächsischen Konservativen hätten genug auf ihrem Kerbholz und müßten sich vor weiteren Meinungen des Volkes sorgfältig hüten. Aber es scheint auf diese Leute wieder das alte Wort angewendet werden zu müssen: Wenn die Götter verderben wollen . . . —

Sächsische Justizverhältnisse. Auf unsere Notiz über die merkwürdigen Zustände am Oberlandesgericht zu Dresden in Nr. 273 müssen wir jetzt nach Einsichtnahme der v. Sommerlat'schen Enquete im „Sächsischen Archiv für bürgerliches Recht und Zivilprozess“ nochmals zurückkommen. Zustände, die wir für unmöglich gehalten haben, besahen allerdings am obersten Gerichtshof desjenigen Bundesstaates, dessen Regierung allgemein als energischste Wächterin von „Gesetz und Ordnung“ gilt.

Die v. Sommerlat'sche Enquete theilt mit, es bestünde beim Oberlandesgericht Dresden die Einrichtung, daß vor der mündlichen Verhandlung eine nichtöffentliche Beratung der Richter stattfindet, die den Zweck habe, das Kollegium einzuweisen über den Sachstand zu informieren. „Dies schließt nicht aus“, fährt v. Sommerlat fort, daß der Senat sich in einfachen Sachen bei Gelegenheit der Vorbesprechung für den Fall, daß der Sachstand unverändert bleibt, über den Erfolg der Berufung oder ihrer einzelnen Streitfragen schlüssig macht.“ Eine derartige Einrichtung existirt nur bei dem Oberlandesgericht Dresden.

Diese Einrichtung ist, wie H. Jastrow in der „Zeitschrift für den deutschen Zivilprozess“ darlegt, eine offenbar gesetz-widrige. Dadurch würde der Vortrag des Anwalts in der öffentlichen Verhandlung zur Komödie, oder zu einer Deklamation der Prinzipien der Zivilprozess-Ordnung.

Mindestens ebenso bedenklich für das Oberlandesgericht Dresden ist die Antwort, die auf die Frage der v. Sommerlat'schen Enquete erfolgte: „Besteht eine Einrichtung, welche die Erreichung gleich-mäßiger Rechtsprechung und Vermeidung widersprechender Ent-scheidungen der einzelnen Senate bezweckt?“ Diese Angelegenheit ist es, auf die wir in unserer neulichen Notiz insolge einer Mit-theilung der „Frankf. Ztg.“ hingewiesen hatten. Wir bezeichneten es als unglücklich, daß solche Einrichtungen in Dresden bestehen können, wie die „Frankf. Ztg.“ sagte, und hielten ein Miß-verständniß für möglich. Wir sehen aber, daß ein solches nicht vorliegt.

Während z. B. das Karlsruher Oberlandesgericht sagt: „Eine Einwirkung des Oberlandesgerichts-Präsidenten würde der hiesigen Ansicht von der Stellung des Präsidenten wenig ent-sprechen und mit der Selbständigkeit der Senate kann für verträglich erachtet werden“; während Jena I. derartige Einrichtungen für Berufungsgerichte — mit Recht — überhaupt für gesetzlich ausgeschlossen bezeichnet, und alle anderen Oberlandesgerichte sich ähnlich auslassen, wird bezüglich Dresden mitgetheilt:

„Es sei die Einrichtung getroffen, daß, wenn bei Beurtheilung einer Sache ein Senat von einer früheren Entscheidung eines anderen Senate abweichen zu müssen glaubt, vor der Ertheilung der Entscheidung der Rechtsfall dem Präsidenten des Oberlandesgerichts zur Beschlußfassung darüber vorzulegen ist, ob die betreffende Rechtsfrage nicht zur Beratung im Plenum der Zivilsenate zu stellen sei. Letzterensfalls pflegt schriftliche Meinungsäußerung der Senate eingeholt zu werden. Der in der einzelnen Sache entscheidende Senat sei indessen bei der Entscheidung an den bezüglichen Plenar-beschluß formell nicht gebunden. Sämmtliche aus-gearbeiteten Urtheile werden daher dem Präsi-denten des Oberlandesgerichts vor der Ver-urtheilung zur Durchsicht vorgelegt.“

Diese Einrichtung ist völlig ungesetzlich, wie die er-wähnte Besprechung der Sommerlat'schen Enquete von H. Jastrow des näheren darlegt. Die Justizverwaltung — und deren Organ ist der Präsident des Oberlandesgerichts — hat kein Recht, vor der Verkündung der Urtheile diese einzusehen, am wenigsten zu dem

Zwecke, um durch ihre Einmischung eine Veränderung der Entscheidung herbeizuführen. § 195 G.-O.-B. verbietet ausdrücklich jede An-wesenheit eines Justizverwaltungs-Beamten bei der Beratung und Abstimmung des Urtheils; so ist es noch viel selbstverständ-licher, daß ein Gericht nicht befugt ist, die beschlossene Entscheidung vor der Verkündung einer Prüfung durch die Justizverwaltungs-Behörde zu unterbreiten und von der letzteren Anmerkungen darüber entgegenzunehmen, ob seine Ent-scheidung richtig ist oder nicht.

Wo soll da die vielgerühmte „Unabhängigkeit der Gerichte“ bleiben?

Wird die sächsische Regierung eine sofortige Abstellung dieser mit dem Gesetze nicht zu vereinbarenden Zustände veranlassen! —

Deutsches Reich.

— Bei der Reichstags-**Erstwahl** im 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise Blön-Odenburg wurde laut amtlichem Resultat v. Tangeln, Hospizpater in Schmö (mitkonfessionell) mit 8177 von 16 210 abgegebenen Stimmen gewählt. Hdt, Pastor a. D. in Hamburg (Zst. Vg.) erhielt 1400 Stimmen, Goldbesitzer Schmidt in Hainigsdorf (Zst. Vg.) 1785 Stimmen, Redakteur Damacke-Berlin (national-sozial) 2148 Stimmen und Paul Weinheber-Hamburg (Soj.) 2695 Stimmen. —

— Einen interessanten Prozeß haben am Sonn-abend die Leipziger Genossen in erster Instanz durch-gelassen. Der Ordvertrauensmann unserer Partei für Möckern, Genosse Langrod, hatte mit dem Besitzer des Gasthauses „Zur goldenen Krone“ in Möckern einen Vertrag schriftlich geschlossen, nach dem sich der Besitzer, Brauereibesitzer Roland, verpflichtet, seinen Saal jederzeit der sozialdemokratischen Partei zu Versammlungen und Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Im Weigerungsfalle sollte R. eine Konventionalstrafe von ein-zigtausend Mark zahlen. Dieser Vertrag war dann dem später gewählten Vertrauensmann Genossen Müller cedirt worden. Zum 18. März d. J. weigerte sich aber R., der auf eine Verlieferung für das Militär spezialise, den Saal herzugeben und wurde von M. auf Zahlung von vorläufig 450 Mark verklagt. Das Landgericht verurtheilte R. zur Zahlung dieser Summe, wies aber die Klage, soweit Zinsen für die Summe gefordert wurden, ab.

— Ueber die **christlich-soziale Thätigkeit** der evangelischen Geistlichen entstand am Freitag in der General-synode ein recht interessanter Disput zwischen dem Herrn Stöcker und Dr. Warthausen, dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrathes. Stöcker erhob gegen den General-synodal-Vorstand den Vorwurf, daß sein Erlass vom Jahre 1895 sehr im Widerspruch stehe mit dem im Jahre 1890 publizirten. Während in dem einen den Geistlichen empfohlen wurde, sich mit Sozialpolitik zu beschäftigen und Rede und Gegenrede zu stehen, sagt der Erlass vom Jahre 1895 das Gegentheil und mahnt zur Müßiggang. Die Polemik war sehr heftig zwischen beiden Rednern und warf Dr. Warthausen sogar seinem Gegner vor, daß er die Unwahrheit sage. Auffallen mußte es auch, daß Stöcker ohne jede Unterstüßung aus der Ver-sammlung blieb. Dr. Warthausen bekannte offen, daß man den Geistlichen gerathen habe, nicht mehr in die Versammlungen zu gehen, weil daraus Unheil geworden sei.

Für die Achtung, welche die freie Ueberzeugung der evangelischen Geistlichen in der obersten Kirchenbehörde genießt, legte diese Debatte ein bereites Zeugniß ab.

— Zur **Handwerker-Organisation**. Wie mit-getheilt wird, soll vom Reichsamt des Innern anfangs Januar das Normativstatut für freie und Zwangs-Zunungen veröffentlicht werden und nicht zu erwarten, daß der Theil der Gewerbe-Ordnung, welcher die Neugefaltung der Zunungen zur Aufgabe hat, bald darauf durch kaiserliche Verordnung in Kraft treten wird. Die weiteren Bestimmungen, die die Organisation der Handwerks-kammern betreffen, dürfen erst dann Gesetzeskraft erhalten, wenn die Umformung der Zunungen vollzogen ist, da die Handwerkskammern ihre Vertretung aus den Zunungen erhalten. Vorläufig sieht noch nicht fest, ob für jede Provinz oder jeden Re-gierungsbezirk Handwerkskammern errichtet werden, oder ob eine anderweitige Abgrenzung der Distrikte geplant ist. In den Zunungen selbst scheint für die Zwangsorganisation keine starke Neigung zu herrschen, denn bereits haben einige größere Zunungen in Berlin die Umwandlung in diese Form der Organisation abgelehnt. Als eine besondere Aufgabe der Handwerkskammern betrachtet man in beteiligten Kreisen die Anregung zu genossenschaftlichen Neubildungen, wie Werk- und Rohstoff-Genossenschaften und gemein-same Verkaufshallen. Herr v. Miquel soll einer Abordnung von Handwerkeren gesagt haben, sie möchten erst etwas gründen und schaffen, dann werde er sehen, ob aus der preussischen Zentral-Genossenschafts-Kasse Darlehen bewilligt werden könnten. Der Staat könnte sich, wie es in einigen Bundesstaaten bereits geschieht, an den Handwerker-Organisationen auch durch Ueberlassung fiskalischer Grundstücke beteiligen. Jedenfalls haben aber jetzt zunächst die Handwerker die Aufgabe, selbst ihre Interessen zu wahren und das neue Gesetz auszunutzen.

So hätten wir nach dieser Erklärung neben den Interessenten der Landwirtschaft und der Großindustrie, die heute auf Staats-subsidien mit Erfolg Anspruch erheben, auch noch die Handwerker zu verzeichnen, während der Arbeiterstand nicht allein leer ausgeht, sondern auch zu einem guten Theil die Kosten für diese Liebesgaben-politik tragen muß. —

— **Verlängerte Schulferien** im Interesse der Agrarier. Eine Anzahl landwirtschaftlicher Vereine Schlesiens hat bei der demnächst in Breslau tagenden Hauptversammlung dieser Interessentenvereinigungen den Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß an den ländlichen Schulen Schlesiens die Sommer- und Herbstferien der Schulkinder um je acht Tage verlängert werden. Weßhalb soll den Kindern der Land-arbeiter der ohnehin ländliche Unterricht um weitere zwei Wochen alljährlich verkürzt werden? Die Herren sprechen es ganz offen aus: um den fortwährenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern wenigstens zum Theil zu begegnen! Die armen Kleinen sollen ihre „Ferien“ also verlängert haben, um noch länger und besser wie bisher auf den großen Gütern zur Arbeit herangezogen zu werden. Ebenso verlangen die bescheidenen Agrarier, daß die Festsetzung der „Ferien“ den Orts- und Gemeindebehörden überlassen werde; dann können die Herren diese „Ferien“ überall dann einstreuen lassen, wenn es ihnen gerade am meisten an Arbeitskräften fehlt. Daß die Großgrundbesitzer Arbeiter in genügender Zahl haben würden, wenn sie denselben auskömmlichen Lohn und menschenwürdige Behandlung gewähren wollten, und dann gewiß nicht auf die Arbeitskraft der Kinder angewiesen wären, davon wird in der Hauptversammlung der landwirtschaftlichen Vereine Schlesiens gewiß nichts gesagt werden. Einflußreich genug aber sind die Herren, um ihren „Wünschen“ Erfüllung zu verschaffen. —

— Der **Fragebogen der Produktionsstatistik**. Am 15. und 16. d. M. hat der wirtschaftliche Ansehn die Grund-züge einer Produktionsstatistik beraten. Die „Frankf. Ztg.“ theilt jetzt den Inhalt „des Fragebogens“ für die Produktionsstatistik mit. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt offiziell: Die Art der Produktions-erhebungen wird sich nach den Verhältnissen jedes einzelnen Gewerbes-zweiges richten und demnach für die verschiedenen Industriezweige verschieden gestalten. Der veröffentlichte Fragebogen giebt nur ein allgemeines Schema, auf grund dessen die für jede Gruppe sich eignenden Fragen ausgewählt und ausgearbeitet werden. Der Bogen enthält folgende zwanzig Fragen:

1. Wie hoch schätzen Sie die Produktion dieses Bezirkes in nach-stehend bezeichneten Fabriken? 2. Ist diese Produktion bereits zum Gegenstand einer Statistik von Seiten einer Handelskammer, eines Fachvereins oder von welcher Seite sonst gemacht worden? 3. Welche Orte und welche gewerblichen Betriebe kommen für die Erzeugung des Artikels besonders in betracht? 4. Stehen diese Betriebe in einem Verband unter sich oder mit

gleichartigen Betrieben aus anderen Theilen des Reichs? 5. Auf welchem Wege ist nach Ihrer Auffassung ein Ueberblick über die Gütererzeugung des Bezirks am leichtesten zu erlangen? durch Zulassung von Fragebogen an einzelne Betriebe und welche? durch behördliche Umfrage? durch Juanspruchnahme der Hausbesitzer? einer freien Vereinigung und welcher? der Berufsvereinigungen? 6. Welche Arten von Rohstoffen, Halbfabrikaten werden in den Fabriken verarbeitet? 7. Wo werden die verarbeiteten Rohstoffe, Halbfabrikate erzeugt und woher werden sie bezogen? (Nach Thunischkeit unter Bezeichnung der einzelnen Staaten des Auslandes oder der betreffenden Gegend des Inlandes zu beantworten; eventuell ist jedenfalls eine Antwort dahin erwünscht, ob die Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Inland oder dem Ausland herrühren.) 8. Wie hoch waren in den letzten 20 Jahren die Preise der verarbeiteten Rohstoffe? Halbfabrikate? (Der Zeitraum von 20 Jahren soll in den Fragen 8, 10, 11 und 13 die äußerste Grenze der Ermittlungen bezeichnen. Lassen sich Daten so weit zurück nicht ermitteln, so wird um Angaben für einen geeigneten kürzeren Zeitraum ersucht.) 9. Wieviel Arbeitskräfte (einschließlich Vertriebspersonal) und wieviel Werkzeuge und motorische Kraft werden für eine bestimmte Menge des Fabrikats durchschnittlich in Anspruch genommen? (NB. Diese Frage ist für jeden Industriezweig näher zu spezifizieren.) 10. Wie hoch stellen sich in den letzten zwanzig Jahren die Löhne und Gehälter im einzelnen und insgesamt? 11. Welche Hilfsstoffe und Materialien, z. B. Brennstoffe, Schmier- und Beleuchtungsmaterial, werden in der Fabrikation verwendet? Woher werden sie bezogen, und wie hoch stellen sich ihre Preise in den letzten zwanzig Jahren? 12. Welches sind die Abfälle der Fabrikation, und wie werden sie verwendet? 13. Wie hoch waren in den letzten zwanzig Jahren die Preise der bergewässerten Hauptartikel? 14. Wohin richtet sich der Absatz des Fabrikats? Nach welchen Gegenden des Inlandes? Nach welchen ausländischen Staaten? (Jedezeit: in welchen Mengen und Weisen?) 15. In welcher Weise findet der Verkauf statt? An inländische Konsumenten? An inländische Fabrikanten zur Veredelung? An ausländische Zwischenhändler? An inländische Exporteure? An ausländische Abnehmer direkt? (Sofern bekannt ist, daß der ausländische Abnehmer die Waaren nach einem anderen Staate des Auslandes weiter vertriebt — zum Beispiel daß der englische Händler die Waare zum Zwecke des Weitervertriebs nach Australien bezieht, wird um Angabe auch dieses endgültigen Bestimmungslandes ersucht.) 16. In welcher Weise äußert sich der Einfluß ausländischer Konkurrenz im Inlande auf die Fabrikation? Welches sind die Gründe der Konkurrenz? 17. Durch welche Gründe wird in den einzelnen ausländischen Staaten der Wettbewerb des deutschen Fabrikats mit den Erzeugnissen des betreffenden Staates selbst oder mit den Erzeugnissen anderer ausländischer Staaten erschwert oder unmöglich gemacht? 18. In welchem Grade wird in den Fabriken des Bezirks eine Zollfreie Veredelung im Sinne der deutschen Zollgesetzgebung (Vormerkungsverkehr) betrieben? 19. Mit welchen Gegenden und Staaten findet der Veredelungsverkehr statt? Ist er ein aktiver? ein passiver? ein Durchgangs-Veredelungsverkehr? Wo liegt er sich für inländische Rechnung? für ausländische Rechnung? 20. Welche Unterabteilungen der im Eingang bezeichneten Fabrikate sind von selbständiger industrieller Bedeutung und bei Beantwortung der vorstehenden Fragen zu unterscheiden? —

München, 26. Novbr. (Eig. Ber.) Bayerischer Landtag. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer kam es gelegentlich der Fortsetzung der Diskussion über den Antrag von Vollmar und Steininger, betr. die Begnadigung der Haberer, zu einem Standal, wie er bisher in einem deutschen Parlament wohl noch nicht vorgekommen ist. Der liberale Abg. Dr. Kub brachte gleich zu Beginn der Sitzung den Antrag ein, die Kammer wolle mit Rücksicht auf die durchaus bestreidende Erklärung des Justizministers über die beiden vorliegenden Anträge zur Tagesordnung übergehen. Hierauf trat Dr. Sigl in 11/2ständiger Rede warm für die Begnadigung der Haberer ein. Er bemängelte vor allem das von der Regierung gegen die Haberer vorgeführte Material, das durchaus nicht immer der Wahrheit entspricht und deshalb keineswegs mangelfrei sei. (Ordnungsruß!) Nachdem die Gerichte entschieden haben, sei der Gerechtigkeit voll auf Genüge getan und könne man deshalb mit gutem Recht die königliche Gnade anrufen. Wenn Mörder, Räuber und Diebe begnadigt werden, könne auch den Haberern ein Theil ihrer Strafe erlassen werden. Die Regierungskommissare haben stark übertrieben und Nichtiges und Unrichtiges durcheinander geworfen. Auch in den Städten und besonders in München werde in den Wirtschaften zu vorgerückter Stunde viel „zusammengelaust“. Mühsam denn die Leute dafür, daß sie mit ihrer Hüh und Gaudi vielleicht auch die Behörden geizert haben, gleich jahrelang eingesperrt werden? Der Regierungskommissar habe vorgestern in einem in diesem Hause ganz ungewohnten Tone gesprochen, der mehr an die Reserve-Offiziere erinnere. (Ordnungsruß!) Neben erinnernte hierauf an das Jahr 1705 (Bauernschlacht bei Sendling), wo der Habererbund seine Treue gegen das angekommene Herrscherhaus in der schönsten Weise bewiesen und die besten Kämpfer für die Befreiung unseres bayerischen Vaterlandes gestellt hat. Hier wurden vereinzelte „Schlußrufe“ laut, doch Dr. Sigl entgegnete: Ich habe das Wort und rede, so lange ich will. Hier erhob sich ein furchtbarer Lärm auf beiden Seiten des Hauses, aus dem man die Ausrufe: „Schluß! Schluß! Hinans! Hinans!“ heraushörte. Besonders thäten sich dabei die Zentrumsglieder, Lerno, Gerstenberger und Dr. Heim hervor. Der letztere lief bei den einzelnen Abgeordneten herum und rief ihnen zu: Standal machen! Unter lautem Gebrüll verließen die meisten Abgeordneten der liberalen und der Zentrumspartei hierauf den Saal. Der sonst so „leutselige“ Präsident machte keine Miene, dem Redner Ruhe zu schaffen. Dr. Sigl aber ließ sich nicht beirren, sondern redete ruhig noch über eine halbe Stunde weiter und schloß dann seine Rede mit einem warmen Appell an den Minister. Nachdem er geendet, kehrten die „beiden Großen“ wieder in den Saal zurück, um hier noch eine große Entrüstungskomödie aufzuführen. Die Abgg. Dr. Kub (lib.) und Dr. Ortner (Z.) „verwahrten sich“ nämlich namens ihrer Parteien gegen die Art und Weise, wie Dr. Sigl gesprochen hatte.

Unser Genosse v. Vollmar hätte in seinem Schlussworte noch besonders den Regierungskommissar Plannschmidt darüber auf, daß der Landtag sehr wohl das Recht habe, Kritik auch über die Gerichte zu üben. Wenn der Minister — was aber bei seiner parlamentarischen Erfahrung nicht wohl anzunehmen sei — die persönliche Meinung seines Kommissars in dieser Richtung irgendwie beeinflußt hätte, so müßten sich daran natürlich längere Erörterungen knüpfen. So aber sei die Sache ohne jede Bedeutung. Zu der hierauf folgenden Abstimmung wurde der „liberale“ Antrag des Herrn Dr. Kub auf Uebergang zur Tagesordnung mit ganz geringer Mehrheit angenommen.

Stuttgart, 26. November. (Eig. Ber.) Im Landtag ist in der heutigen Sitzung der Beschluß gefaßt worden, die Wirthe unter Strafe zu stellen, welche an junge Leute unter 16 Jahren Getränke gewohnheitsmäßig abgeben. Der Plan der Kämpfer für Sittlichkeit und Ordnung, alle Wirthe zu strafen, die einmal jungen Weibern Getränke geben, konnte wenigstens in seiner ganzen Schärfe verhindert werden durch Einschaltung des Wortes „gewöhnheitsmäßig“. Genosse Klob hatte sich entschieden gegen das ganze Gesetz gewandt, daß nur die Willkür, Chikanen und dem Demagogenthum Thür und Thor öffnet.

Karlsruhe, 27. November. (Privatbesche des „Vorwärts“.) Die Wahlprüfungs-Kommission beanstandete die Wahl des vom Wahlkreise Oberrhein entsandten nationalliberalen Abgeordneten Dreher. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages, die Druckarbeiten der badischen Kammer bloß in tarifreuen Geschäften auszuführen, ist angenommen worden. —

Karlsruhe, 27. November. Der Abg. für Durlach-Stadt Eglau hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Nach dem demokratischen „Bad. Landesboten“ beabsichtigt die nationalliberale Partei den bekannten Bismarckschwärmer, Gymnasiallehrer Prof. Goldschmidt in Karlsruhe aufzustellen. Die Wahl wird durch das alte Wahlmänner-Kollegium vollzogen, welches in seiner Mehrheit nationalliberal ist. —

Aus Baden, 26. November. (Eig. Bericht.) Landtag. In die Budgetkommission des Landtages wurde Abg. Dreesbach, in die Eisenbahnkommision Abg. Sed von der sozialdemokratischen Fraktion gewählt. Die Abgeordneten Weiß und Kremer gehören der Petitionskommission an. Von den Freiständlern ist folgender Antrag eingegangen:

Wir beantragen, die Kammer wolle beschließen: Die große Regierung wird ersucht, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die gesetzlichen Bestimmungen über die Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer unter Wahrung der Grundzüge der Allgemeinheit und Gleichheit des Wahls und unter Beibehaltung der zum Schutze des Wahlschlusses getroffenen Vorkehrungen dahin abgeändert werden, daß an stelle der bisherigen indirekten Wahl der Abgeordneten die direkte Wahl derselben eingeführt werde.

Hierzu wird die sozialdemokratische Fraktion morgen einen erweiterten Antrag einbringen, ebenso einen Antrag auf Erweiterung des Wahlinspektorats. — Der Parteitag der deutsch-sozialen Reformpartei für Baden, Pfalz und Elsaß-Lothringen wird am 8. Januar 1898 in Rehl stattfinden. — Der Agitation gegen die preussische Eisenbahn-Konkurrenz hat sich nun auch die regierungsfreundliche Presse angeschlossen. Die nationalliberale „Bad. Landeszeitung“ schreibt in ihrer heutigen Nummer der Besprechung der letzten Unglücksfälle auf den badischen Bahnen:

„Auch die uns auf den Leib rückende preussisch-reichslandische Konkurrenz mahnt uns daran, unserm Eisenbahnen die größtmögliche Leistungsfähigkeit zu geben.“ Damit sind die großen Neuaufgaben im Budget für Eisenbahnen gemeint. Es ist nur gut, daß die regierungsfreundliche Presse jetzt auch zur Einsicht kommt; allerdings wird der Brunnen jetzt erst gebohrt, nachdem das Kind hineingefallen ist. — Ein großer Theil der badischen Presse weist jetzt auf die durch das Sparsystem entstandenen Uebelstände im Eisenbahnbetriebe des Mutterstaates hin, die anerkanntermaßen die Ursachen des Gidelberger und Offenburger Eisenbahn-Unglücks sind, nämlich die mangelhaften den Anforderungen des stets sich entwickelnden Verkehrs nicht mehr gewachsenen Schienenanlagen in den Bahnhöfen. So schreibt der demokratische „Landesbote“ zu dem im Finanzbudget angeführten „glänzenden Einnahmen“ der badischen Eisenbahnen:

„In den glänzenden Einnahmen der Bahnen liegt viel Schweiß und Blut: der Schweiß der nicht selten über Gebühr angesträngten Beamten und das Blut der Geblüteten und Verletzten, denen vielleicht durch eine sich immer mehr vom Bureaucratismus abwendende Verwaltung Leben und Gesundheit hätte erhalten werden können. Man renommirt also nicht allzu stark mit dem herrlichen finanziellen Ergebnis der Bahnen — es ist theuer erkauft!“ —

Der badische Eisenbahnbetrieb, so wird uns aus Karlsruhe geschrieben, steht seit langer Zeit in dem Ruf eines Musterbetriebes. Die letzten auch im Mutterlande vorgekommenen Eisenbahnunfälle haben aber manchen wunden Punkt aufgedeckt. Gerade an den zwei letzten Eisenbahnunglücksfällen in Kirchheim bei Heidelberg und in Offenburg war in allererster Reihe das Sparsystem die unmittelbare Schuld, und zwar insofern, als die Schienengleise zu stark frequentirt, d. h. die Güterzüge für Personen- und Schnellzüge benutzt werden. Das ist dabei sehr oft vorkommt, daß Güterzüge auf dem Geleise hin- und herrangiren, auf welchem eine Minute nachher ein Schnellzug passiren soll, ist von Sachverständigen schon sehr oft als eine große Gefahr bezeichnet worden. Die gewiss unverdächtige regierungsfreundliche „Bad. Landeszeitung“ schreibt gerade zu dem Gidelberger Unglück:

„Wenn man sieht, wie auf einem Geleise Schnell-, Personen- und Güterzüge verkehren, einander überholen und von einander überholt werden, und wie dazwischen auf dem gleichen Geleise in Bahnhöfen noch rangirt wird, so muß man sich wundern, daß nicht noch mehr Unglücksfälle vorkommen.“ Es ist nach der Ansicht von Fachmännern, welchen Schreiber dieses obige Mittheilungen verdankt, eine dringende Nothwendigkeit, eine Revision des badischen Eisenbahnbetriebes vorzunehmen, und zwar mit spezieller Berücksichtigung der Frage, ob die gegenwärtigen Schienenanlagen besonders in den Bahnhöfen selbst der risigen Ausdehnung des Verkehrs entsprechen. Unter den Beamten ist die Ansicht verbreitet, daß dies bei vielen Bahnhofsanlagen nicht der Fall ist. —

Die „väterliche“ Fürsorge der Ober-Postdirektion in Darmstadt für die Postunterbeamten hat wieder einen neuen Schlag zeitigt, der allen Postunterbeamten vor ihrer festen Anstellung das Verathen verbietet. Dieser famose Schlag wurde nach unserm Mainzer Bruderorgan den dortigen Postunterbeamten zum Unterschreiben vorgelegt, den sie auch alle, da sie nicht ihre Stellung gefährden wollten, unterschrieben. Wer nun diesem Erlass nicht nachkommt, wird aus dem Postdienst ohne alle Ansprüche an die Direktion entlassen werden. Um diesen Erlass deutlich zu kennzeichnen, sei bemerkt, daß der Postunterbeamte, um zur festen Anstellung zu gelangen, eine Dienstzeit von 9 Jahren zurücklegen muß. Wenn nun ein junger Mann das Unglück hat, erst mit dem 22. Lebensjahr in den Militärdienst zu treten, und dann noch seinem Abgange vom Militär das „Glück“ hat, in den Dienst der Post zu kommen, erreicht er somit ein Alter von nahezu 32 Jahren, in dem es ihm dann erst gnädigst gestattet wird, eine Ehe einzugehen. Und dies alles nur, weil das Gehalt der Postunterbeamten so niedrig bemessen ist, daß es den Beamten schwer hält, eine Familie zu gründen. Welche fittliche Folgen ein solches Vorgehen hat, liegt klar zu Tage. —

Strasbourg i. G., 27. November. (Eig. Ber.) Die von Ihnen bereits erwähnte Eingabe der etwa 1100 elsaß-lothringischen Landesbeamten an den Reichstag, in welcher um Gleichstellung im Gehalt mit den Beamten des Reichs und Preussens gebeten wird, begegnet in der reichslandischen Presse einer entschieden ungünstigen Aufnahme. Die demokratischen „Straßb. Post“ erblickt in der Thatsache, daß die tausend Beamte unseres Landes mit Umgebung der nächsten Instanzen sich unmittelbar an den Reichstag gewandt haben, einen Vorgang „überaus erster Art“, der sich als eine „Kundgebung des Misstrauens“ darstelle. Die Petenten hätten besser gethan, meint die „Post“, ihre Angelegenheiten der landesväterlichen Fürsorge des kaiserlichen Statthalters zu empfehlen, der nach Prüfung der Sachlage sicherlich seinen ganzen Einfluß aufgeben würde, den Beamten die Berücksichtigung ihrer wohlverordneten Rechte zu verschaffen.“ Dabei muß die „Post“ jedoch in einer an sie gelangten Zuschrift aus Beamtenkreisen selbst zugeben, daß das Misstrauen, welches aus dieser Seite der kaiserl. Regierung entgegenbringt, ein durchaus begründetes und berechtigtes ist. Es wird in dieser Zuschrift festgestellt, daß die Mehrzahl der benachtheiligten Beamtenkategorien bereits vor Jahresfrist sowohl beim kaiserl. Statthalter als beim Ministerium vorstellig geworden sei; vor wenigen Monaten hätten sich dann die Beamten der verschiedenen Verwaltungen abermals an den Minister gewandt. Dann heißt es weiter:

„Erst nachdem alle diese Schritte sich als erfolglos erwiesen hatten und auf keine der Eingaben auch nur ein Bescheid ergangen war, haben sich die schwer geschädigten Beamten genöthigt, den Reichstag anzurufen, dessen Zuständigkeit in der Bestimmung des § 2 des Gesetzes vom 2. Mai 1877, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, ihre Begründung findet. Ueber die Zuständigkeit der gesetzgebenden Faktoren des Reichs zur Regelung der

vorliegenden Frage wird auch an maßgebender Stelle sicherlich kein Zweifel bestehen. Hat doch die Landesverwaltung selbst wiederholt den Weg der Reichsgesetzgebung beschritten, wenn es ihr nicht gelang, die Zustimmung des Landesauschusses zu einem Gesetze zu erhalten, dessen Erlass im allgemeinen Staatsinteresse dringend geboten erschien. Das auch im vorliegenden Falle eine solche Nothwendigkeit besteht, dieser Einsicht wird sich — so hoffen zuversichtlich die Landesbeamten — der deutsche Reichstag nach näherer Prüfung der Sachlage nicht verschließen.“

Die demokratische Presse weist demgegenüber darauf hin, daß der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen für die Wünsche der Subalternbeamten stets ein offenes Ohr gehabt habe, daß aber für Ober-Regierungsräthe, hohe Gerichtsbeamte und sonstige gut dotirte Beamtenkategorien kein dringender Grund vorliege, Gehaltsaufbesserungen zu verlangen, da zahlreiche Erwerbsstände Noth litten und man deshalb auch von den höheren Beamten verlangen könne, sie mögen sich nach der Noth strecken. Dazu kommt, daß unter den Beamtenelementen, welche diesmal Aufbesserung verlangen, sich die Hauptstützen des Systems der Diktatur und Ausnahmegehalte befinden. Gegenüber einem System aber, welches dem Volke die einfachsten Rechte vorenthält und durch Aufrechterhaltung der Diktatur der Bevölkerung ein permanentes Misstrauensvotum ausstellt, sollte für unsere Volksvertretung die Devise lauten: Landgraf werde hart! —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse Die letzte Nummer des „Kladderadatsch“ ist von der Polizei konfisziert worden. Den Anlaß zu dieser Staatsaktion, die der Welt deutlich zeigt, wie weit es schon unter dem allerneuesten Kurs gekommen ist, soll das Bild auf der letzten Seite gegeben haben, in dem man eine zu deutliche Anspielung auf die Worte: „Wer kein braver Christ ist, ist kein braver Soldat“, gefunden haben will. So wäre also selbst der durch und durch von „nationaler“ Gesinnung erfüllte „Kladderadatsch“ schon glücklich auf der majestätsbeleidigenden Seite angelangt. Außer einigen wenigen Organen des Schlot- und Krautjunkerthums dürfte bald kein politisches Blatt mehr vor solchen Schlägen sicher sein. —

Wegen Beleidigung der deutschen Kaiserin hatte sich heute der Arbeiter Gustav Ribbe vor der I. Strafkammer am Berliner Landgericht II zu verantworten. Der im Jahre 1876 zu Halberstadt geborene Angeklagte hat neben anderen Vorstrafen auch schon eine Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung erlitten. Am 23. Oktober kam er durch Schöneberg. Ein Werdamm sagte ihm beim Betteln ab. Bei der Durchsicht des Arbeitsbuchs, welches der „arme reisende Handwerksbursche“ dem Beamten als Legitimation übergab, fand der letztere, daß in dem Buche eine schwere Beleidigung der Kaiserin eingeschrieben war. Auf die Frage, ob er das selbst geschrieben habe, erwiderte der Bettler: „Ja, ich habe das geschrieben und das ist gut so!“ Auch heute vor Gericht machte er aus seiner Züchterschaft kein Hehl. Er wurde deshalb wegen der Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis und außerdem wegen Bettelns und Landstreichens zu drei Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde zwecks Ueberbringung in einem Arbeitshause verurtheilt. Aus Beuten wird berichtet, daß der Zimmermann Karl P. wegen schwerer Majestätsbeleidigung verhaftet wurde. Das ist seit dem Kaiserbesuche der fünfte Fall von Majestätsbeleidigung im Industriebezirk. —

Österreich. Wien, 27. November. Die „Arbeiterzeitung“ kündigt für Montag Abend eine von den Sozialdemokraten einberufene Volksversammlung an, in welcher die Arbeiter über die Vergewaltigung des Parlaments durch die Regierung ihr Urtheil sprechen sollen. —

Ungarn. Budapest, 24. November. (Eig. Ber.) Der ungarische Ackerbau-Minister wird in der heute stattfindenden Sitzung des Parlaments einen Gesetzentwurf über die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Landwirtschaftlichen Arbeitern vorlegen. Ueber die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, der als strenges Amalgam geformt wurde, ist bislang noch nichts in der Oeffentlichkeit gebrungen. Im Sinne des angefügten Motivberichtes sollen die zu schaffenden gesetzlichen Bestimmungen zwischen den Landwirthen und Arbeitern einen derartigen Rechtszustand schaffen, der die Auswüchse der im ungarischen Zustande verbreiteten sozialistischen Bewegung besitzigen soll. Zu diesem Behufe werden sowohl das formelle Aequivalent des Arbeitsvertrages als auch die materiellen Garantien desselben genau festgelegt. Andererseits besetzt sich ein bedeutender Theil des Entwurfes mit den sehr weitgehenden und in solcher Weise anwendbaren Retorsionsmaßregeln gegen vertragsbrüchige Arbeiter, daß nach Wortlaut des Motivberichtes „den Arbeitgebern vollkommener Schutz gesichert wird“. Der Gesetzentwurf ist der erste Schritt, der seitens der Legislative zur Bekämpfung des Sozialismus gethan wird. Diesen sollen in nächster Zeit noch weitere folgen. Ergänzt wird die Aktion der Regierung durch eine gemeinsame Aktion sämtlicher ungarischen landwirtschaftlichen Vereine, welche darauf abzielt, die Grundbesitzer in eine einzige Organisation zum solidarischen Vorgehen und zur gemeinsamen Abwehr der höheren Lohnforderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter zu vereinigen. Es soll für jedes Komitat (Landwirtschaftskreis) ein Normalvertrag geschaffen werden, um die Arbeitsbedingungen überall gleichmäßig zu gestalten und zu verbinden, daß die Arbeiter unter dem Vorwande, auf anderen Gütern höhere Löhne in Aussicht zu haben, von den einzelnen Gutsbesitzern höhere Löhne oder gunstiger Arbeitsbedingungen erzwingen. Auch soll diese geplante Ausbentungsorganisation der Landbesitzer auf die Regierung einen Druck ausüben, daß das Militär zur Ausführung der Centarbeiten in der dringlichsten Periode des Monats Juli in Verweigerung gehalten werde. Wie man sieht, sind Regierung und Landbesitzer einig an der Arbeit, um die für ein menschliches Loos kämpfenden Landarbeiter niederzuknüppeln. — Die auch im Auslande mit Aufmerksamkeit verfolgte Affäre des pensionirten Ministerialrathes Kallits ist ein permanentes Scandal. Die gegen den Pensionirten (!) angestrebte Disziplinaruntersuchung wurde unterbrochen, weil die Mitglieder des Disziplinar-Senats ihr Amt niedergelegt haben. Die Untersuchung wurde nicht beendet, die Richter haben demissionirt, und trotz dieser Umstände hat Ministerpräsident Banffy den genannten Ministerialrath mit Absprechung aller Pensionrechte aus dem Staatsdienste entlassen! — ohne daß dem disziplinarisch Angeklagten überhaupt mitgetheilt worden wäre, wessen er eigentlich bezichtigt wurde. In der Motivierung des Urtheils wird auch angeführt, daß Verdraten Kallits als Mitglied des hauptstädtischen Gemeinderathes am 25. August d. J., als er gegen den Empfang des deutschen Kaisers auf Gemeindefloßen Protest einlegte und dabei sich zu so thörichten unsinnigen und beleidigenden Aeußerungen gegen den Verbändeten und unvergeßlichen Gast der Hauptstadt hinreissen ließ, welche die schwerste Abnüdung erlitten.“ Also derartige „Taktlosigkeit“ sind genügend, um die im Laufe einer 30-jährigen Dienstzeit erworbenen Rechte auf Staatsversorgung zu konfisziren! Der gemahregelte Beamte wird gegen das Urtheil, das allen Rechtsbegriffen Hohn spricht, an den Verwaltungs-Gerichtshof appelliren.

Schweiz. Bern, 26. November. (Eig. Ber.) Im Kanton Bern hat das Volk am nächsten Sonntag über ein neues Armengesetz abzustimmen, das an stelle des jetzt geltenden, das noch aus dem Jahre 1857 stammt, treten soll. Die Geschichte des bernischen Armenwesens alter und neuer Zeit ist reich an Scandalen und dunklen Thaten und in den letzten Jahren noch gab es zu Tode geprügelte Waisenkinder, geprügelte und schlecht genährte Armenhändler mit weißen Haaren und öffentlich zum billigsten Preise versteigerte Waisenkinder und andere Almosenempfänger. Das neue Gesetz will nun die ärgsten Mißstände abstellen. Unterstützungspflichtig ist der

Bahnort, nicht die Heimatgemeinde, und zwar mit dem Zeitpunkt der Niederlassung. Wenn jedoch eine Person innerhalb zweier Jahre nach Einzug in die Gemeinde in den Zustand dauernder Unterthänigkeit gerät, so fällt die Unterthänigkeit der früheren Wohnortgemeinde zu. Zur Annahme des Wohnortprinzips gelangte man bereits 1857, da zu jener Zeit schon nur 179 732 Bürger in ihrer Heimatgemeinde, 222 128 aber außerhalb derselben wohnten; 1888 waren es 207 828 resp. 278 843 Personen. Die Mithilfe in der Verpflegung der Armeen sollen befristet werden durch Beschaffung der nötigen Finanzmittel bei Entlastung der Gemeinden und Belastung des Staates, durch richtige Auswahl der Pflanzorte und Pflanzart nach den individuellen Verhältnissen der Armeen, intensivere Aufsicht des Staates und der Gemeinden, bessere Organisation der bundseitigen Aufsichtorgane, Sorge des Staates für Errichtung der notwendigen Anstalten, rechtzeitige und richtige Hilfeleistung bei Einzelnen und Familien, um sie vor dem Verfall zu retten, sorgfältige Erziehung der der Armenpflege übergebenen Kinder, Aenderung verschiedener veralteter Bestimmungen des Strafrechtsbuchs betreffend jugendliche Delinquenten in dem Sinne, daß an Stelle der Straferziehung treten und wenn Strafe verhängt werden muß, auch dann der erzieherische Zweck in den Vordergrund gestellt werden soll; Gewährung von Stipendien zu Berufserlernungen, Unterstützung auswärtiger Anstellungen, bessere Ordnung der auswärtigen Armenpflege etc. Aus dieser Reform des Armenwesens entspringt auch eine Erhöhung der Armenausgaben und zu deren Deckung eine Erhöhung der Armensteuer. Die Gemeinden hatten bisher eine gesammte Armenunterstützung von 1 200 000 Fr., der Staat eine solche von 800 000 Fr. aufzubringen. Durch die Erhöhung der Armensteuer werden die Mittel für die Armenpflege um 1 300 000 Fr. per Jahr vermehrt, die die Regierung an die kommunalen Armenbehörden vertheilt. — Für die Annahme des Gesetzes treten alle drei Parteien, also auch die sozialdemokratische, ein. In einem bezüglichen Anruf in der „Berliner Tagwacht“ wird gesagt, wenn die Sozialdemokraten wirklich Feinde der Sozialreform wären, wie die Gegner unerschütterlich behaupten, so müßten sie gegen das Gesetz stimmen. Da wir aber wissen, daß zur Zeit eine Aenderung der ganzen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann und eine Reform der Armenunterstützung dringend notwendig geworden ist, stehen wir für das Gesetz ein.“

Bern, 26. November. (Sig. Ber.) Durch die manchesterlichen und anderen Klären, die bei den bürgerlichen Parteien stärker waren als alle humane Bestimmung, ist in der Volksabstimmung vom 29. September 1895 das Zündhölzchen-Monopol mit 184 100 gegen 140 174 Stimmen verworfen worden. Doch müßte man allerseits zugeben, daß damit die Frage der Befreiung der schrecklichen Phosphorkelose nicht aus der Welt geschafft ist, und in der That beschloß der Nationalrath schon wenige Monate nachher, den Bundesrath einzuladen, eine Gesetzesvorlage über das Verbot der Verwendung des gelben Phosphors der Bundesversammlung zu machen. Seitdem sind zwei Jahre verstrichen, währenddem zahlreiche neue Fälle von Phosphor-Erkrankungen mit schrecklichem Verlauf, mit Kiefer-Operationen und dem schließlichen Tode gemeldet wurden. Nun hat endlich der Bundesrath einen bezüglichen Gesetzentwurf fertiggestellt, der folgende wichtige Bestimmungen enthält: Die Fabrikation von Zündhölzchen fällt ohne Rücksicht auf die Arbeiterzahl und die Ausdehnung des Betriebes unter die Bestimmungen des Fabrikgesetzes; sie darf nur in solchen Räumen betrieben werden, die ausschließlich dieser Fabrikation dienen. Zur Fabrikation von Zündhölzchen bedarf es der Bewilligung des schweizerischen Industrieministeriums, welches diejenige Bestimmungen aufstellen wird, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter und der Konsumenten erforderlich sind. Den mit der Ueberwachung der Zündhölzchenfabriken betrauten Beamten ist jederzeit der Zutritt in alle Räume gestattet, von denen mit Grund vermutet werden kann, daß sie der Fabrikation von Zündwaren dienen. Der Verkauf von Zündwaren darf nur in Verpackungen, inbegriffen Packet und Schachteln, stattfinden, welche die Firma oder die amtlich deponirte Fabrikmarke des Fabrikanten tragen. Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz werden mit Bußen von 50–1000 Fr., im Wiederholungsfall mit Gefängnis bis zu drei Monaten und durch Entzug der Fabrikationsbewilligung bestraft. Widerrechtlich fabrizirte, transportirte, zum Verkauf ausgebotene oder importirte Waare ist zu konfisziren. Die Vollziehung des Gesetzes ist Sache der Kantone. Der Bundesrath ist ermächtigt, die zur Vollziehung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften aufzustellen und insbesondere hinsichtlich Fabrikation, Verpackung, Transport, Verkauf, Ein- und Ausfuhr die nöthigen Schutzmaßregeln zu treffen. —

Frankreich.

Die Dreyfus-Angelegenheit. Oberst Picquart traf am Freitag vormittags 9½ Uhr im Justizministerium ein und wurde sofort vom General Pellieux vernommen. Major Esterhazy erschien gegen 11½ Uhr und verließ das Justizministerium um 12½ Uhr; er lehnte es ab, sich durch Reporter ausfragen zu lassen. Man vermutet, daß er mit Picquart konfidentiel wurde. Die „Agence Havas“ meldet, die Vernehmung Picquart's dürfte sich auf die von Esterhazy erhobene Beschuldigung bezogen haben, daß Picquart, um Dreyfus' Unschuld zu beweisen, eine Dokumentensammlung zusammengestellt habe, zusammengefaßt aus Proben von Esterhazy's Schrift und anderen Schriftstücken, die mit vieler Kunst von Picquart angefertigt seien. Die Beamten des Justizministeriums und des Gouvernements von Paris beobachteten über die Angelegenheit durchaus Stillschweigen. —

Vom heutigen Tage wird aus Paris noch folgendes berichtet: Wie verlautet, vernahm gestern General Pellieux außer dem Oberst Picquart und dem Major Esterhazy viele andere Zeugen, sämmtlich aus militärischen Kreisen. Ueber diese Untersuchungen wird nichts bekannt. Die Bewahrung des Geheimnisses, welche den Zeugen theils anempfohlen, theils befohlen wurde, wird von allen streng innegehalten. Esterhazy und Picquart sollen einander noch nicht gegenübergestellt worden sein, indes soll dies heute geschehen. Ein von Pellieux abgeordneter Offizier nahm heute in Gegenwart des Obersten Picquart eine Durchsichtung aller in dessen Wohnung beschlagnahmten Papiere vor. Der heutige Tag wird wahrscheinlich für den Gang der Untersuchung entscheidend sein.

Oberst Picquart hat in dem Verhöre vor General Pellieux keinerlei entscheidende Beweismittel vorgelegt, sondern nur die Vermuthung ausgesprochen, daß Esterhazy gleichzeitig im Solde des französischen und ausländischen Spionagedienstes stand. Graf Esterhazy habe die Leitung des französischen Spionagedienstes dirigirt und ebenso seinen Komplizen im Generalstabe, welcher ihm als Vermittler diene. Oberst Picquart nannte auch den Namen dieses Komplizen.

Der bulgarisch-französische Handelsvertrag wurde vom Senat angenommen. —

Belgien.

Die nächsten Wahlen werden besonders harte Kämpfe bringen zwischen den Stocklerikalen und deren demokratischen Brüdern. In Alost, dem Wohnsitz des wohlbekannten demokratischen Abbe Daens versuchen die Liberal-Kapitalisten alles im Guten und im Bösen, diesen von der Annahme einer Kandidatur für die Deputirtenkammer abzubringen. Falls er zurücktritt, soll ihm ein reichdotirtes kirchliches Amt in Aussicht gestellt worden sein. —

Spanien.

Von den Kolonial-Kriegsplanen. Aus Madrid wird die folgende schönfärbliche Mittheilung telegraphirt: 24 ausländische Häher sollen sich auf Kuba unterworfen haben. Der Generalkapitän der Philippinen meldet ferner, daß die ausländischen Häher beschloßen haben, in ihre Provinzen zurückzukehren und den Krieg anzugeben.

Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, würde die ohnedies unwahrscheinlich klingende New Yorker Meldung der „Frankfurter Zeitung“, daß Sagasta's Rücktritt bevorstehe, jedes Untergewand entbehren. —

Madrid, 27. Nov. Die „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht die Verordnungen über die Autonomie der Inseln Kuba und Porto Rico. In den Verordnungen wird zunächst der völligen Ausschließung der spanischen Regierung Ausdruck gegeben, dann werden die Bestimmungen aufgeführt, welche die Autonomie betreffen. Nach diesen Bestimmungen steht an der Spitze der Insel ein Generalgouverneur. Ein Parlament, welches aus zwei Kammern — der Repräsentantenkammer und dem Verwaltungsrathe — die beide gleiche Rechte haben, besteht, beräth über die Gesetze, die auf die Kolonialangelegenheiten bezug haben. Die Krone oder der Generalgouverneur können die Kammern suspendiren oder auflösen mit der Maßgabe, daß die Kammern innerhalb einer Frist von drei Monaten wieder einberufen bzw. neu zu wählen sind. Dem Generalgouverneur steht ein Ministerrath zur Seite; die Minister sind vor dem Kolonialparlament verantwortlich. Dem Generalgouverneur steht das Oberkommando zu, er sorgt für Anfertigung der Ordnung und läßt Gesetze und Verträge veröffentlichen und ausführen; ferner hat er das Begnadigungsrecht und das Recht, die konstitutionellen Garantien zu suspendiren. Die Feststellung der Zolltarife steht dem Parlaamente zu. Uebergangsbestimmungen regeln die Handelsbeziehungen zum Mutterlande; für gewisse nationale Produkte sollen gegenüber ähnlichen Produkten gegenseitig gewisse Vorzugstarife vereinbart werden.

Mit einer solchen „Autonomie“, die jederzeit vom Generalgouverneur aufgehoben werden kann, werden die Aufständischen sich nicht abweisen lassen. —

Rumänien.

Bukarest, 27. November. Das rumänische Parlament ist heute vom König mit einer Thronrede eröffnet worden. Die Finanzlage betreffend konstatiert die Thronrede, daß das Budget von 1896/97 mit einem Ueberschuß von 3 Millionen Lei abgeschlossen hat. Das nächste Budget werde im Gleichgewicht abschließen.

Nach Anknüpfung einer Reihe von Vorlesungen konstatiert die Thronrede schließlich, daß das Königreich Rumänien sich gegenwärtig in wohlgeordneter politischer Lage befinde und daß es lediglich seine materiellen Kräfte entwickle, nützliche und stabile wirtschaftliche Beziehungen schaffen und den moralischen und wirtschaftlichen Fortschritt konsolidiren muß. —

Türkei.

— Kanonenbestellungen. Eine Meldung des „Standard“ aus Konstantinopel besagt: Ungeachtet des förmlichen Protestes Russlands gegen die Verwendung der griechischen Kriegsentwickelung zum Ankauf von Kriegsmaterial gaben der Kriegsminister und der Marineminister Krupp eine Bestellung auf 150 Kanonen großen Kalibers im Gesamtwerte von 1½ Millionen Mark.

Afrika.

Die Verhandlungen der französisch-englischen Niger-Kommission dauern fort. Man glaubt, daß noch mehrere Sitzungen nöthig sein werden, um zu einem Resultat zu kommen, da die Kommission noch eine Menge von Dokumenten zu prüfen hat.

Das Kolonialministerium giebt eine offizielle Note aus, welche besagt, daß eine Depesche im Ministerium eingelaufen sei, welche welche über ein Zusammenreffen zwischen französischen und englischen Truppen bei Nihi berichtet.

Auch dem Londoner Kolonialamt ist diese Mittheilung zugegangen. Aber dies Gerücht wird, wie das Reutersche Bureau meldet, im Kolonialamt für sehr unwahrscheinlich gehalten, da die Engländer im „Hinterland“-Gebiete, welche sehr wenig zahlreich seien, strengen Befehl erhalten hätten, einen Konflikt mit den Franzosen zu vermeiden, welche letztere ähnliche Anweisungen bekommen hätten. —

Amerika.

Washington, 26. November. Dem Vernehmen nach beabsichtigt Präsident Mac Kinley, in der an den Kongreß zu richtenden Botschaft die Handels- und Negiprojizitätsbeziehungen eingehend zu erörtern. Im Ministerrath kam heute, wie es heißt, die Meinungsäußerung der Zucker produzierenden europäischen Staaten zur Sprache, dahingehend, daß die Erhebung von amerikanischen Zuckergöllen als Äquivalent der europäischen Zuckerausfuhrprämien eine ungerechte Differenzierung sei. Es steht fest, daß der im Dingley-Gesetz vorgesehene Abschluß von Negiprojizitätsabkommen durch die mit der Prämienfrage zusammenhängenden Erwägungen verzögert wird. —

Rio de Janeiro, 26. November. Die Kammer nahm den Schiedsgerichts-Vertrag zwischen Frankreich und Brasilien mit 90 gegen 33 Stimmen an. —

Australien.

Sydney, 25. November. Der Ausschuß der gesetzgebenden Versammlung genehmigte gestern eine Vorlage, wonach die Anti-Chinesenbill auch auf andere Rassen ausgedehnt wird, und eine andere Bill, nach der jeder Einwanderer eine bestimmte Bildung besitzen muß. Die letztere Vorlage ist nach dem in Natal gültigen Gesetz gestimmt. —

— Professor Dr. Julius Wolf, der zur Freude derer um und hinter Stumm endlich in Breslau eine Professur erhalten hat, ist trotzdem nach wie vor eifrig um seinen guten Ruf besorgt und bemüht, daß die Presse seinen Namen immer wieder nennt und sei es auch nur in preisgesehlich ausgedehnten Berichtigungen. Herr Wolf schreibt:

„Sie haben vor kurzem eine mich betreffende Notiz gebracht, die seitdem in eine Anzahl anderer sozialistischer Blätter übergegangen ist und die im wesentlichen unrichtige Angaben enthält, so daß sie mich zu folgender tatsächlicher Berichtigung herausfordert.

1. Es ist unklar, daß die in ihrer Mehrheit demokratische Zürcher Regierung von meiner Wirksamkeit in Zürich wenig erbaut gewesen ist. Sie hat mir vielmehr das Gegentheil wiederholt zu erkennen gegeben, unter anderem noch kurze Zeit vor meinem Abgang von Zürich dadurch, daß sie mich durch eines ihrer hervorragendsten Mitglieder zur Vorbereitung einer höchst wichtigen Gesetzesvorlage heranzog. Sie hat auch, als sie von dem an mich ergangenen Rufe erfuhr, nichts unversucht gelassen, um mich in Zürich zu halten und hat überdies, als sie die Fernschicklichkeit ihrer Bemühungen einsah, wieder von kompetentester Seite ihrem aufrichtigen Bedauern hierüber und ihrem Danke für die von mir geleisteten Dienste Ausdruck gegeben. Wie also hier, liegt

2. eine aus dem Nichts geschöpfte Unwahrheit in der Mittheilung Ihrer Notiz, ich hätte mich seinerzeit bei meinem Austritte Mitte der achtziger Jahre „recht radikal“ geäußert. Ich habe vom ersten Augenblick an, wo ich überhaupt diese Dinge zum Gegenstand meines Studiums zu machen begann und wie eine Meinung darüber bildete, der Sozialdemokratie gegenüber die Stellung eingenommen, die ich noch heute ihr gegenüber habe, und niemals ein Wort daraus gemacht. — trotz der unausgesetzten persönlichen Angriffe und Verunglimpfungen, deren Objekt ich an wissenschaftlicher Ueberzeugungen wissen von Seiten sozialdemokratischer Blätter und Agitatoren war. Sie glauben

3. aber mich verbreiten zu sollen, daß bei meinem Abgang Ehrenbezeugungen von Seiten der Kollegen und Studenten unterblieben seien. Etwas von letzteres ist wiederum falsch. Ich habe das mir angebotene Abschiedsbanquet der Professorenschaft angenommen, das Abschiedsbanquet der engeren Fakultät angenommen und bin hier wieder Gegenstand der Beweise aufrichtiger Freundschaft seitens meiner Kollegen gewesen. Ebenso habe ich Rundgebungen der Liebe und Treue in großer Zahl von Seiten meiner Schüler erhalten und erhalte sie noch jetzt, wenn auch, da ich in den Freien wegging, jede anderweitige Veranstaltung unmöglich war. Auch Ihre Mittheilung, es seien bei meinem Weggange die geläufigen Ehrungen unterblieben, steht danach mit den Thatfachen in großem Widerspruch.

Ich fordere Sie auf, diese thatsächliche Berichtigung Ihrer Mittheilungen in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist im vollen Umfang zu veröffentlichen und zeichne“

Es ist gut, daß Prof. Wolf selbst der „Welt“ mittheilt, wie werth er den Zürichern geworden ist. Aus den uns zugänglichen Zürcher-schweizer Zeitungen konnten wir nicht diesen Eindruck gewinnen, und unser Zürcher Korrespondent, gegen dessen Mittheilungen sich Herr Wolf wendet, hätte sicherlich pflichtgemäß uns über die von Herrn Wolf geschilderte Trauer über seinen Weggang berichtet, wenn ihm auch nur ein Sterbenswörtchen hierüber zu Ohren gekommen wäre. —

Parlamentarisches.

Die erste Plenarsitzung des Reichstags wird am Dienstag um 2 Uhr stattfinden. Am Mittwoch erfolgt voraussichtlich die Wahl des Präsidiums. —

Der Bundesrath ertheilt in der heutigen Sitzung seine Zustimmung den Ausschüssen über die Gesetzentwürfe betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats, sowie des Etats der Schutzgebiete für 1898, ferner betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Armees- und Marineverwaltung und betreffend die Verwendung von Ueberschüssen aus dem Etatsjahre 1898 zur Schuldentilgung. Auch den Ausschüssen über die Entwurfe der Einzelsetz des Auswärtigen Amtes und der Reichsschuld für 1898 wurde Zustimmung.

Interpellation über das Vereinsgesetz. Die „National-Zeitung“ theilt mit, daß die Regierung im Reichstage darüber interpellirt werden sollte, wie sie den Reichstagsbeschlusse bezüglich der Aufhebung des Verbindungsverbot für inländische Vereine auszuführen gedenke.

Das neue Abgeordnetenhaus in der Prinz Albrechtstraße wird, wie eine Korrespondenz mittheilt, ganz bestimmt noch vor Ablauf der im Januar beginnenden letzten Session der gegenwärtigen Legislaturperiode wenigstens in seinen Hauptzügen in Benutzung genommen werden. Es soll nämlich die Schlussitzung des Abgeordnetenhauses, die voraussichtlich schon im Laufe des Monats März stattfinden wird, unter allen Umständen in dem neuen Gebäude abgehalten werden, um den jetzigen Abgeordneten vor Ablauf ihres Mandats noch Gelegenheit zu geben, in dem neuen Hause, zu dessen Bau sie die Gelder bewilligt und das sie haben erstehen sehen, wenigstens ein Mal zu tagen. Dieser Beschluß ist in der in voriger Woche stattgefundenen Sitzung der Baukommission des Abgeordnetenhauses gefaßt worden, doch ist darüber bisher noch nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Die anlässlich zum 1. Januar 1898 beabsichtigte Fertigstellung des Hauses, die sich wohl hätte ermöglichen lassen, ist vor allem deshalb unterblieben, damit die Wände und die Polyederen noch erst besser austrocknen können. —

Gewerkschaftliches.

Ausland.

5. Kongreß des dänischen Arbeiterverbandes. Der Verband hat sich in den 2 Jahren seit dem letzten Kongreß sehr vergrößert. Aus 23 Lokalverbänden sind 31 mit über 2000 Mitgliedern geworden. 14 Städte haben in der Zeit Lohnerrhöhungen erlangt. Als Beweis für die Kraft des Verbandes wurde darauf hingewiesen, daß man in Esbjerg mitten im Winter einen Streik durchzuführen konnte und sich nicht ein Streikbrecher meldete. Der nächste Kongreß wird 1900 in Kopenhagen abgehalten.

Französische Streiks im Oktober. Das Arbeitsamt verzeichnet für Oktober 23 neue Streiks mit 3082 Theilnehmern (für 20 derselben) gegen 21 Streiks mit 4042 Theilnehmern im Oktober 1896. Ueber ein Drittel der Streikenden (1100) entfallen auf den Pariser Schlächterstreik. Die Durchschnittszahl der Oktober-Streiks in den letzten vier Jahren beträgt 25. Von den 23 Konfliktforderungen verursachten 13 Streiks, die Forderung der Arbeitszeit-Bekürzung 3 Streiks, Personenfragen 7 Streiks, darunter Forderung der Verminderung der Zahl der Wehrlinge. — Der Ausgang von 17 im Oktober begonnenen und von 4 vorherigen Streiks: 1 Erfolg, 11 Ausgleich und 9 Mißerfolge.

Die Delegirten des Gewerkschafts der britischen Eisenbahn-Angestellten waren, wie die Londoner „N. R.“ mittheilt, am Dienstag in Birmingham versammelt, um über die von den Eisenbahn-Gesellschaften auf ihre gestellten Forderungen eingegangenen Antworten zu beraten. Die Beratungen waren geheim, aber alle Neben wurden stenographirt. 25 Erwiderungsschreiben sind von den Bahngesellschaften eingegangen. Meistens waren es reine Empfangsbescheinigungen. Einige Gesellschaften, so die North-Western und die Midland-Bahn, erklärten, daß sie mit ihren Angestellten direkt, ohne Einmischung des Gewerkschafts, verhandeln wollten.

Eine wichtige Entscheidung hat das Gericht in Chicago gefaßt. Es wird von dort gemeldet: Das hiesige Gericht hat dem Eisenbahn-Bediensteten F. M. Keitham 21 500 Doll. Schadenersatz zugesprochen, weil ihn die North-Western-Eisenbahn-Gesellschaft auf die schwarze Liste gesetzt hatte. Keitham war 1894 ein Lokomotivführer der Gesellschaft und als der Gewerksverein der Eisenbahn-Angestellten den großen Streik anbezahlte, legte auch er die Arbeit nieder. Seit der Zeit hat ihn keine amerikanische Eisenbahn-Gesellschaft angestellt, weil die North-Western-Gesellschaft die übrigen Eisenbahnen vor ihm gewarnt hatte. Die Entscheidung erregt das allergrößte Aufsehen.

Unternehmer-Verbände.

Ein Syndikat der brandenburgischen Brenner ist am 26. November nach dem „Berl. Tagebl.“ gebildet worden. Daraus soll sich für Preußen, Westpreußen, Pommern ein Organisationspunkt entwickeln, um und an welchen sich ähnliche Organisationen anschließen bis zu einer festgesetzten Organisation des ganzen Brennereigewerbes. Das ist also ein Wiederaufleben des alten Kartellsplans, um unter Benützung der durch die Gesetzgebung erleichterten Konkurrenz neuer Brennereien die Spirituspreise durch Einschränkung der Produktion noch weiter zu treiben. Die großen Liebesgaben aus der bestehenden Gesetzgebung erscheinen diesen Herren noch nicht ausreichend.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Barnstadt, 27. Novbr. (B. S.) Die zweite Ständekammer wurde auf den 7. Dezember einberufen. Der Zusammentritt erfolgt zu einer einwöchigen Tagung.

Wien, 27. November. (B. S.) Österreichischer Delegation. Bezüglich der Militär-Strafprozessordnung berichtet der Ausschuß, daß der Entwurf im Kriegsministerium bereits fertiggestellt sei und nach Begutachtung durch die betreffenden Fachorgane des Kriegsministeriums dem beiderseitigen Justiz- und Landesverteidigungs-Ministerium übermitteln werden würde.

Paris, 27. November. (B. S.) Seit gestern Abend wird Major Graf Esterhazy von fünf Geheimpolitikern überallhin verfolgt. Ein unbestätigtes Gerücht besagt, die Verhaftung des Majors liege nahe bevor. Oberst Picquart ist vollständig unbewacht.

Konstantinopel, 27. November. (B. S.) Der österreichische Lloyd-Dampfer „Blau“ kollidirete mit dem griechischen Dampfer „Anton“. Die Passagiere und die Mannschaft wurden gerettet. Stamm war die Rettung vollzogen, als der „Anton“ in die Tiefe sank. Wie sich herausgestellt hat, war infolge des Anpralles der Kessel explodirt.

Saloniki, 27. November. (B. S.) Die Aufstände der Albanesen und Armanen nehmen großen Umfang an; zahlreiche Ortschaften werden von denselben belagert.

Wegen des späten Eintreffens der Marinevorlage verzögerte sich das Erscheinen unseres Blattes, was die Leser entschuldigen mögen.

Das Chaos in Oesterreich.

Der Verfassungsbruch, der Umsturz von oben, die Degradation des Parlaments zur Polizeiwachstube, die öffentliche Gewaltthätigkeit niedriger Polizei-Organe in offener Parlaments-Sitzung, all' die Schmach und Schande, die ungeheure Verantwortung für die unzähligen schwersten Verbrechen, haben Baden und die badenischen Mameluken um keinen Zoll breit ihrem Ziele näher gebracht. Alles war umsonst. Graf Baden findet aus dem parlamentarischen Labyrinth keinen Ausweg und er muß bis zum 31. Dezember das Ausgleichsprovisorium in parlamentarischer Weise zur Erledigung bringen.

Als Graf Falkenhayn, der Bluthund von Falkenau und Ostau, der Ackerbauminister des kaiserlichen Regiments, seinen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung einbrachte und der Präsident ihn ohne Debatte und Ausschlußberatung, ohne zweite und dritte Lesung, ohne Bestätigung des Beschlusses durch das Herrenhaus, sowie ohne Sanktionierung durch die Krone und ohne Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt unter Gegenzeichnung der verantwortlichen Minister einfach als angenommen erklärte, da schien es einem Augenblick, daß die Obstruktion gebrochen sei, daß die Opposition dem Grafen Baden und seiner feudalen adeligen und bürgerlichen Bedienten polnischer, tschechischer und deutscher Sprache einfach das Feld räumen, den Staatsrechtspolitikern freie Bahn gewähren werde. Im ersten Augenblick war die bürgerliche Opposition in allen ihren Schattierungen für den feierlichen Austritt aus dem Parlamente unter patriotischen Protesten. Es ist ein nun allgemein, auch von den bürgerlichen Parteien anerkanntes großes Verdienst um den österreichischen Parlamentarismus, um die Fortsetzung des Kampfes mit allen Mitteln gegen das badenische Regiment, daß die sozialdemokratische Fraktion dieses fürchterlich radikal erscheinenden, in Wirklichkeit aber den geheimen Wünschen der Baden und Konjunkten entgegenkommenden Beschlusses nicht gefast hat. Durch ihre Erklärung, daß sie trotz des Verfassungsbruchs, trotz aller den einzelnen Abgeordneten drohenden Gewaltthätigkeiten und Gefahren im Parlamente ausharren und für die Rechte des Volkes furchtlos und rüchthellos eintreten werde, zwang sie, die Führung der Opposition übernehmend, alle Gruppen derselben, ihre früheren Beschlüsse aufzugeben und der Sozialdemokratie sich anzuschließen.

So unangenehm dem Grafen Baden und seinen Helfershelfern im Parlamente dieser große moralische Erfolg der Sozialdemokratie, die Durchschauung und Durchkreuzung seiner geheimsten Pläne war, so hoffte er doch noch auf die praktischen Wirkungen der zwar nicht zu Recht bestehenden aber brutal anzuwendenden neuen Geschäftsordnung. Er dachte mit der Furcht vor der Polizei, mit der kleinlich-eulenden Drohung des Diätenentzuges und der Ausschließung aus den Sitzungen eine Weiterführung der Obstruktion verhindern zu können. Und der Schein gab ihm Recht, die bürgerlichen Parlamentarier der Opposition trugen sich mit der Absicht, die Obstruktion in dem Rahmen der neuen Geschäftsordnung zu versuchen, wobei sie unzweifelhaft Schiffbruch gelitten hätten. Da war es wiederum die Vertretung des arbeitenden Volkes im österreichischen Abgeordnetenhaus, welche die Führung der Opposition übernahm und ohne jede Rücksicht auf die eigenen Personen, ohne jede Scheu vor den Folgen, den Gewaltthätigkeiten der Gegner, die Obstruktion mit neuer Macht, mit nie geahntem Erfolge zu ihrer Sache machte.

Wir haben in unserem Berichte über die gestrige Sitzung gezeigt, wie die Sozialdemokratie fast ganz allein den Kampf gegen die neue Geschäftsordnung und gegen die brutalen Polizeifürsten führen mußte, wie sich unsere Abgeordneten vergewaltigen lassen mußten, ohne daß die bürgerliche Opposition, von ganz vereinzelt Abgeordneten abgesehen, auch nur den Finger rührte. Fast die ganze sozialdemokratische Fraktion war aus dem Hause euseuert und wieder athmete Baden und das Präsidium auf, wieder schöpften sie neue Hoffnung, daß nun nach Ueberwältigung der schärfsten Opposition die Gesetzgebungsmaschine, ungestört durch die Obstruktion, das Ausgleichsprovisorium erledigen werde. Aber die Sozialdemokratie außer dem Hause blieb auch noch eine Macht. Die öffentliche Meinung, die gesammte nicht sozialdemokratische Presse billigte nicht bloß das Verhalten unserer Fraktion, nein sie rühmte dasselbe, sie pries die Vertreter der Arbeiter als die einzigen aufopferungsfähigen, vor nichts zurückschreckenden Wahren des Parlamentarismus. Da blieb den bürgerlichen Abgeordneten keine Wahl mehr, sie mußten nun auch trotz ihrer Scheu vor Polizisten, trotz ihrer Furcht vor den unangenehmen Folgen sich auf die von den Sozialdemokraten in die neue Geschäftsordnung geschlagene Bresche stellen und die Obstruktion fortsetzen. So hat die Sozialdemokratie, obgleich alle ihre Vertreter von der heutigen Sitzung ausgeschlossen waren, die Führung behalten.

Eine Depesche unseres Wiener Korrespondenten meldet uns das folgende:

Das gestrige Vorgehen der sozialdemokratischen Abgeordneten findet allgemeine Bewunderung und unterschiedslos Zustimmung. Die Zeitungszensur wird in schärfster Weise gehandhabt, heute wurde nicht nur die „Arbeiter-Zeitung“, sondern auch die deutsch-nationale „Deutsche Zeitung“, dann die antisemitische „Österrische Rundschau“, das Organ des Abgeordneten Wolf, und — die badenische „Reichswehr“ konfisziert. Die ganze von der Regierung und dem kaiserlichen Feudaladel unabhängige Presse verurtheilt in der schärfsten Weise die Handhabung der Geschäftsordnung, der Ton der Betrachtungen der Presse ist überaus ernst gestimmt, man merkt aus allen Äußerungen die schwere Besorgnis um die weitere Entwicklung in und außerhalb des Parlamentes. Das Organ des Abg. Lueger und der Christlich-Sozialen, das „Deutsche Volksblatt“, das früher mehr zu Baden als zur Obstruktion hielt, muß nun unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Frage richten, ob die Konstitution in Oesterreich noch bestehe. Das Blatt warnt vor der Erdrosselung des Parlamentarismus, selbst eine offene und ehrlche Suspension der Verfassung hält es für würdiger als den gegenwärtigen Zustand.

Vor Beginn der heutigen Parlamentsitzung war bekannt geworden, daß nun auch der Wiener Christlich-Soziale Abgeordnete Dr. Weiskirchner seine Stelle als Schriftführer des Abgeordnetenhauses niedergelegt habe und daß eine der Hauptstützen des Parlamentes, der frühere Unterrichtsminister im Koalitionsministerium, Stanislaus von Madetzki, aus der parlamentarischen Kom-

mission der Rechten ausgeschieden sei. Beide Ereignisse sind schwere moralische Schläge für die verfassungsbrecherische Majorität. Hierzu kam noch die Mitteilung, daß die katholische Volkspartei (die Klerikalen) nicht mehr Willens sei, die Verantwortung für die verfassungswidrigen Vorgänge zu übernehmen. Wirklich übergaben sie dem Präsidium im Laufe der Sitzung die Erklärung ihres Bedauerns über das Zustandekommen und den Inhalt der neuen Geschäftsordnung. Der Eindruck dieser Erklärung wurde durch die Mißbilligung der Vorgänge in den letzten Sitzungen nicht abgeschwächt. Im Hause war ferner bekannt geworden, daß das gewaltthätige und offenbar gefehwidrig handelnde Präsidium die Stirne hatte, mehrere ausgeschlossene Abgeordnete der Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit und Störung der Verhandlungen des Parlamentes zu denunzieren. All' das und die Nachrichten über die ungeheure Aufregung in Böhmen, über die große Demonstration in Graz, über die zahlreichen Verhaftungen in Wien hatten eine bis zur Siebetheile aufgeregte Stimmung im ganzen Hause erzeugt.

Als Abrahamowicz die Sitzung eröffnete, wurde er von der Linken und unseren Genossen Riesenwetter und Dr. Jaroslawicz mit betäubendem Lärm empfangen, so daß ein Beginnen der Verhandlung ganz unmöglich war und der Präsident sich zurückziehen mußte. In der Pause erschien der gestern aus dem Hause ausgeschlossene Abgeordnete Wolf, der durch ein Hinterthor eingetreten war. Gleich nach ihm erschienen Polizeikommissare und Wachleute im Saal und schleppten ihn buchstäblich hinaus, wo er auf das Gutochten des — Justizministers hin für verhaftet erklärt und per Wagen, einen Korb im Munde, in das Landgericht gebracht wurde. Unterdessen erschienen die ausgeschlossenen Sozialdemokraten korporativ am Hauptthore des Parlamentes, das aber sofort geschlossen und abgesperrt wurde mit der Erklärung, daß das Präsidium unseren Abgeordneten den Eintritt verwehre. Als die Sozialdemokraten die zum Eingange des Parlamentes führende Rampe verließ, wurden sie von den in Masse vor dem Parlamente stehenden Studenten erkannt. Unter Hochrufen wurde trotz allen Wehrens Genosse Dazgunski auf die Schultern gehoben. Dies war für die Polizei das Signal zu brutalen Kitagen mit gezogenem Säbel und einheersprengenden Pferden. Dazgunski wäre fast überritten worden, viele Teilnehmer an dieser unvorbereiteten Demonstration wurden verhaftet.

Während sich diese Szenen im Parlamente abspielten, begaben sich die Obmänner der Opposition zum Ministerpräsidenten Baden und erklärten, daß jede parlamentarische Verhandlung unmöglich sei. Auch der Bürgermeister von Wien, der bekannte Abgeordnete Dr. Lueger, schloß sich gedrängt durch die gestrige einseitige Kundgebung des Gemeinderathes, welcher die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Parlamente forderte, diesen Schritten an; er erklärte dem Ministerpräsidenten, daß er als Bürgermeister bei Fortdauer der Vergewaltigung der parlamentarischen Minorität keinerlei Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Wien bieten könne, er soll gedroht haben, dem Kaiser über die unhaltbaren Zustände Bericht zu erstatten.

Baden erklärte, auf eine Vertagung des Hauses auf drei Tage einzugehen, falls die Sitzung in Ruhe geschlossen würde.

Hierauf wurde die Sitzung blühschnell geschlossen.

Bei der Unversität fanden große Zusammenkünfte von Studenten statt, die von der Polizei, welche in das Universitätsgebäude einbrang, gesprengt wurden. Man spricht von Verwundungen von Studenten und Polizisten.

In Graz fanden gestern Abend große Demonstrationen gegen Baden statt, an denen 25 000 Arbeiter und die Studentenschaft theilnahmen. Mit Ausnahme einiger Verhaftungen und der Verwendung eines Arbeiters durch die Polizei verlief alles in Ordnung trotz des starken Aufgebots des Militärs und der Sicherheitswache (Schutzmannschaft).

Zur Ergänzung unserer ausführlichen eigenen Depeschen sind noch folgende Telegramme von Interesse:

Wien, 27. November. (W. Z. B.) Von den während der gestrigen Straßendemonstrationen verhafteten 51 Personen wurden 13 wegen Aufruhrs und wegen Geradenwürgung bedrohlicher Verfügungen und eine wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit dem Landesgerichte eingeliefert; 10 Personen wurden wegen Uebertretung der Staatsanwaltschaft angezeigt; 5 Personen wurden wegen Einmischung in eine Amtshandlung dem Bezirksgerichte überliefert, 15 wurden polizeilich abgestraft und gegen 7 ist die Amtshandlung noch nicht abgeschlossen. Eine Person wurde freigelassen.

Wien, 26. November. („Frankf. Ztg.“) Die deutsche Fortschrittspartei beschloß heute Abend, gegen den Ministerpräsidenten Baden und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Abrahamowicz an die Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Mißbrauch der Amtsgewalt und öffentlicher Gewaltthätigkeit zu erstatten.

Budapest, 27. November. („Woff. Ztg.“) Die gesammte Presse ohne Ausnahme verurtheilt in den schärfsten Worten das Vorgehen der österreichischen Regierung und des Präsidenten Abrahamowicz und stellt fest, daß der österreichische Parlamentarismus todgeschlagen und entwürdigt ist. Unter solchen Umständen habe auch eine Votierung des Provisoriums keinerlei moralischen Werth. Einzelne Blätter bestreiten, daß ein so votirtes Ausgleichsprovisorium überhaupt gesetzlichen Werth besitze. Wenn das aber auch der Fall wäre, müßte das Lösungswort jetzt doch sein: „Los von Oesterreich!“ Die ganze zivilisirte Welt werde die Gewaltthaten brandmarken, die in Wien geschehen seien, da könne Ungarn sich nicht fern auf den Standpunkt der Neutralität begeben, es müsse lieber auf den Ausgleich verzichten, als den gefährlichen Schein auf sich nehmen, daß alle diese Gewaltakte in Verbindung mit Ungarn geschehen seien oder gar seinem Interesse dienen.

So muß Graf Baden bald einsehen, daß all' die Schandthaten, die ihm zur Last zu legen sind, umsonst gethan sind. Nicht den Ausgleich mit Ungarn führt er herbei, nein, er erschüttert bloß den Bestand der Monarchie, er wird zum Todtengräber des Verhältnisses mit Ungarn und löst das ohnedies lockere Band, das Oesterreich noch zusammenhält. Nicht wie ein großer Staatsmann, sondern wie ein trotziges, rechthaberisches Kind, das die Folgen seiner Handlungen nicht bedenkt, handelt der österreichische Ministerpräsident und seine Bedienten im Parlamente. Ihr Bruch mit der verfassungsgemäß gewährleisteten alten

Geschäftsordnung und die hieraus sich ergebenden Folgen werden zum theil auf Veranlassung der Badenisten, zum theil auf die der vergewaltigten Abgeordneten die Gerichte beschäftigen. Das Strafgericht wird den Abg. Wolf nicht verurtheilen können, weil es die neue Geschäftsordnung nicht als zu recht bestehend anerkennen kann und deshalb ihm die volle Zimmernität zuerkennen muß. Beim Zivilgericht werden die ausgeschlossenen Abgeordneten ihre Diäten gegen den Staat eintragen, und das Zivilgericht wird die Rechtlichkeit des Ausschlusses der Abgeordneten prüfen müssen und gegen die Abrahamowicz entscheiden müssen, und endlich das österreichische Reichsgericht, das zum Schutze der durch die Verfassung gewährleisteten politischen Rechte eingesetzt ist, wird den Ausschluß der Abgeordneten für ungesetzlich erklären und damit die Rechtungültigkeit der neuen Geschäftsordnung und aller unter derselben gefaßten Beschlüsse feststellen müssen!

Das muß kommen und das muß die Autorität des Ministeriums Baden vernichten.

So ist es kein Wunder, daß wieder das Gerücht von dem Rücktritte Baden's in Wien zirkulirt.

Wie dem aber auch sei, ob Baden bleibt oder geht, ein Ausweg aus dem Chaos ist nicht zu erkennen.

Partei-Nachrichten.

Preussische Landtagswahlen. In Liebnicht's Erklärung in der „Neuen Zeit“, daß der Hamburger Beschluß nur durch einen außerordentlichen Parteitag abgeändert werden könnte und daß jeder andere Weg unmöglich sei, schreibt die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung in Dortmund: „Wir müssen diese Ausführungen Liebnicht's als völlig richtig anerkennen. Entweder ein außerordentlicher Parteitag oder der Beschluß bleibt bestehen. Es will uns indes scheinen, daß dies theure Mittel nicht einmal notwendig sein werde. Im Jahre 1898 fanden die Wahlen zum Landtag erst Mitte Oktober statt; nimmt er diesmal ein natürliches Ende, — und Konfliktstoff liegt nach Erledigung der Vereinsrechts-Novelle wohl nicht mehr vor — so dürften die Wahlen ungefähr auf denselben Termin fallen, zumal die Behörden im Frühjahr genug Arbeit mit den Vorbereitungen für die Reichstagswahlen haben. Es brauchte also nur der gewöhnliche Parteitag etwas früher einberufen zu werden und es wird dann Zeit genug da sein, um die Stellung der Partei zu den Landtagswahlen noch einmal gründlich zu erörtern.“

Die „Münchener Post“ schreibt: „Es kann durchaus nicht behauptet werden, daß die bis jetzt gepflogene Diskussion Klarheit in die ganze Angelegenheit gebracht hätte. Schließlich wird, um zu einem gedeihlichen Ergebnisse zu gelangen, doch nur die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages übrig bleiben. Hierüber sich anzusprechen, haben ja Parteileitung und Reichstags-Fraktion in den nächsten Tagen ausreichende Gelegenheit.“

Dagegen sagt die „Freie Presse“ in Elberfeld: „Wir sind der Meinung, daß die Frage sich ohne Schwierigkeiten ganz von selbst lösen wird, wenn es einmal heißt, an die praktische Verwirklichung des Hamburger Beschlusses heranzutreten.“

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Potsdam wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten circa 160 Stimmen abgegeben, vor zwei Jahren waren es nur 100. Gewählt sind — mit 251—423 Stimmen — die Kandidaten der vereinigten Bezirksvereine und des Haus- und Grundbesitzervereins, größtentheils fromme Konservative nebst ein paar Liberalen und einem Antisemiten. Zwei Freimüthige steben mit Konservativen in Stichwahl. Die Wahlbetheiligung betrug kaum 10 pCt.

In Kottbus erhielt bei der Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratischen Kandidaten 195—205 Stimmen; einer, Genosse Keil, kommt in Stichwahl. Die von unserer Partei mit unterstützten bürgerlichen Kandidaten Bierich und Käse, die dem Stadtverordneten-Kollegium schon angehört haben, wurden mit 100 und 77 Stimmen wiedergewählt.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Wistler in Pommern wurden drei Kandidaten der Arbeiter mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Wistler gehört zum Landratsamt Tychow, in dessen Bereiche die Arbeiter nicht mehr öffentlich die Marxellasse spielen dürfen. Das Verbot hat, wie man sieht, gar nichts geholfen.

Die Parteigenossen im Saarrevier haben, wie der Bezirksvertrauensmann L. Emuel aus Saargemünd in der letzten Zusammenkunft mittheilte, im vergangenen Jahre 210 M. aufgebracht. Die Ausgaben betragen 188 M. Als Bezirksvertrauensmann wurde wieder L. Emuel gewählt, als Ortsvertrauensmann für Saarbrücken Konrad Quant und als solcher für St. Johann Bruno Bähr.

Der Vertrauensmann des 1. anhaltischen Wahlkreises nahm im letzten Geschäftsjahr 1912 M. 98 Pf. ein. Die Ausgaben betragen 1923 M. 63 Pf.; darunter befinden sich 850 M. Unterstützung für inhaftirte Genossen und 700 M. Projektkosten. Als Vertrauensmann wurde Genosse Stelzer wiedergewählt. An den letzten Sonntagen verbreiteten die Parteigenossen 40 000 Flugblätter im ganzen ersten anhaltischen Wahlkreise.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Welter, früherer verantwortlicher Redakteur des „Volksblatts für Anhalt“, der gegenwärtig in Dessau eine zehnjährige Gefängnisstrafe wegen Verleumdung des Oberberg-raths Weisleder verbüßt, hat Selbstbeschäftigung und Selbstbelästigung bewilligt bekommen. Ob er auch eine Zeitung lesen darf, konnte das „Volksblatt für Anhalt“, das diese Mittheilung macht, noch nicht erfahren.

Redakteur S. Dehne von der „Franklischen Tagespost“ wurde wegen Verleumdung des Magistratsraths Lurz in Pärth vom Schöffengericht daselbst zu 50 M. und zu den üblichen Nebenkosten verurtheilt.

Tokales.

Die Lokalliste für Berlin und Umgegend ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigelegt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage erwächst den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste auch in der gegenwärtigen Jahreszeit streng zu beachten. Hier in Berlin wie in nächster Nähe der Reichshauptstadt besteht noch der traurige Zustand, daß behördliche und ordnungsparteiliche Einflüsse die sozialdemokratische gestimmte Arbeiterschaft an der Wahrnehmung des bischen Vereins- und Versammlungsrechts hindern, das in Preußen unter den unzeitgemäßesten Verhältnissen gesetzlich festgelegt ist. Den Saalabtreiberischen und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin selber verdeckt, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein Mittel übrig, als die Lokalliste; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besuch daher nur solche Lokalitäten welche auf der Liste verzeichnet stehen. Auch in diesem Kampfe führt uns Beharrlichkeit und Energie zum Ziele!

Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf die am Dienstag, den 30. d. M., abends 8 Uhr, Abendstr. 21 bei Stechert (früher Joel) stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Ueber das Thema: „Wie erhält die Proletarierin sich und

Ihre Kinder gesund?" wird Dr. med. Bernstein einen Vortrag halten. Siehe Inserat in der Dienstags-Nummer.

Achtung, zweiter Wahlfreis. Heute, Sonntag Abend 6 1/2 Uhr, findet bei Jubel, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Dr. Völkel aus Halle über „Unser täglich Brot gib uns heute“ sprechen wird. Die Vertrauensperson.

Die „Freie Volkshöhle“ beginnt am Sonntag, 12. Dezember, die vierte Serie ihrer Vorstellungen im Fessing-Theater. Max Galbe's „Jugend“, ein Liebes-Drama in drei Aufzügen, gelangt im Dezember zur Aufführung. Die Hauptrollen befinden sich in Händen der Herren Adolph Klein als Kaplan Gregor v. Schigoroff, Plarrer Poppe: Karl Waldow, Knichen: Fr. Müll. Krause.

Die Vorstellung für die III. Abtheilung findet heute, den 28. November, nachmittags 3 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater statt, die Vorstellung für die IV. Abtheilung am 5. Dezember desgleichen. Gespielt wird „Ein Jubiläum“ und „Die Fahnenweihe“. Da nur noch Mitglieder zur IV. Abtheilung aufgenommen werden können und von der Bildung einer V. Abtheilung vorläufig Abstand genommen wird, liegt es im Interesse aller derjenigen, die noch dem Verein beitreten wollen, dies unverzüglich zu thun, da auch die IV. Abtheilung ziemlich gefüllt ist. Es ist den Mitgliedern nur gestattet, die Vorstellung ihrer Abtheilung zu besuchen. Nachzügler können nur einen Stehplatz erhalten, soweit Raum vorhanden ist.
Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Am Gewerbegericht ist eine Einrichtung getroffen worden, die von vielen Arbeitern mit Genugthuung begrüßt wird. Von Montag, den 29. November d. J. ab wird das Bureau des Gewerbegerichts, Breitestr. 20a, für dasjenige in gewerblichen Streitigkeiten Recht suchende Publikum, welches am Tage hieran verhindert ist, wöchentlich versuchsweise von 6—7 1/2 Uhr abends mit Ausnahme der Abende vor den großen Festtagen zur Entgegennahme von Klagen geöffnet sein. Die bisherige Einrichtung, nach welcher Klagen von dem übrigen, am Tage nicht befindlichen Publikum während der Dienststunden von 8—9 Uhr ausgegeben werden können, bleibt hierneben bestehen.

Die Sterblichkeit unter den schulpflichtigen Kindern Berlins. Nach den Veröffentlichungen des Berliner Statistischen Amtes starben im Jahre 1895 in Berlin 515 Knaben, 531 Mädchen, zusammen 1046 Kinder im Alter von 6—14 Jahren. Darunter waren 272, 213, 163, 95, 85, 87, 74, 67 Kinder im Alter von 6—7, 7—8 u. s. w. Jahren. Auf akute Infektionskrankheiten kam fast die Hälfte aller Sterbefälle: 211 Knaben, 253 Mädchen, zusammen 464 Kinder, worunter 153, 101, 72, 39, 29, 22, 16 im Alter von 6—7, 7—8 u. s. w. Jahren waren. Besonders häufig waren Scharlach und Diphtherie, Scharlach bei 74 Knaben, 97 Mädchen, zusammen 171 Kindern (62, 34, 11, 5, 7, 5 in den genannten 8 Altersjahrguppen), Diphtherie bei 107 Knaben, 129 Mädchen, zusammen 236 Kindern (75, 55, 29, 23, 24, 14, 13, 9 in den 8 Gruppen). Von anderen Krankheiten traten namentlich Erkrankungen der Athmungsorgane zahlreich als Todesursachen auf, bei 84 Knaben, 93 Mädchen, zusammen 177 Kindern (33, 32, 19, 16, 10, 25, 23, 17). Darunter war z. B. Lungentzündung mit 37 Fällen (21 Knaben, 16 Mädchen), Lungenschwindsucht mit 112 Fällen (45 Knaben, 47 Mädchen) vertreten. Auffällig häufig waren auch Hirnhautentzündung (51 Fälle) und Nierentzündung (55 Fälle). Beide treten bekanntlich oft im Gefolge von Scharlach oder Diphtherie auf. Angesichts dieser Zahlen muß man unwillkürlich fragen, wie weit die Schule selber an der Entstehung und Verbreitung von Krankheiten unter der Schulpflichtigen beteiligt ist. Für die ansteckenden Krankheiten ist ein die Verbreitung begünstigender Einfluß des Schulbesuches mit Sicherheit nachgewiesen. Hier werden nicht nur die die Schule besuchenden Kinder angesteckt, sondern es findet durch diese auch eine Uebertragung auf die noch nicht schulpflichtigen Geschwister statt. Umso mehr Grund liegt vor, eine regelmäßige ärztliche Ueberwachung der Schulkinder zu fordern. Diese Forderung muß mindestens für die Gemeindeschulen gestellt werden, schon wegen der Unzulänglichkeit der hygienischen Einrichtungen dieser Schulen, durch die die Verbreitung ansteckender Krankheiten unter der Schulpflichtigen mehr als anderswo begünstigt wird. Schularzte könnten hier außerordentlich segensreich wirken. Manche beginnende Erkrankung könnte durch sie rechtzeitig erkannt, manche Ansteckung verhütet, manche Familie vor schmerzlichen Verlust bewahrt werden. Daneben würden sanitäre Verbesserungen, z. B. schon die bloße Herabsetzung der Klassenfrequenz — man sieht, wie zahlreich die Gründe sind, aus denen diese immer und immer wieder gefordert werden muß! — bis zu einem gewissen Grade vorgehend wirken können. Es ist ja klar, daß die Anwesenheit eines mit ansteckender Krankheit befallenen Kindes in einer stark besetzten Klasse viel verhängnisvoller werden muß als in einer schwach besetzten. Die Frequenz ist heute in den untersten Klassen am höchsten. Aber gerade für die jüngsten Schulkinder, die gegen die mannigfachen, aus der Klassenüberfüllung sich ergebenden Schädigungen noch nicht abgehärtet sind, die auch durch die ansteckenden Krankheiten noch am meisten gefährdet sind und ihnen am ehesten erliegen, wäre die geringste Frequenz zu wünschen. — Die Frage der ärztlichen Ueberwachung der Gemeindeschulkinder ist heute so weit gediehen, daß sie gegenwärtig wenigstens in einem Ausschuss berathen wird. Daß es dahin gekommen ist, daß sich nur den seit Jahren immer wiederholten Mahnungen und Aufträgen der Arbeitervertreter in der Stadtverordneten-Versammlung zu danken. Ohne den Druck, der von ihnen ausgeht, würde die „freisinnige“ Mehrheit der Versammlung sich mit dieser Angelegenheit ebenso wenig weiter befassen wollen, wie mit den zahlreichen anderen Mängeln und Missethänden im Berliner Gemeindeschulwesen. Auch die Frage der Frequenzherabsetzung, die zugleich eine sanitäre und pädagogische ist, wird durch die unablässigen Bemühungen unserer Genossen ihrer Lösung entgegengeführt werden.

Die Zeit der Eisbahnen ist angebrochen, wenn sie auch wegen Verkehrsdrucks der Jahreszeit, die ab und zu noch in ihre wärmere Kindheit zurückfällt, manchmal wieder vertagt werden muß. Kliefige Pladale verläuden an den Anschlagsläusen die Eröffnung der künstlich hergerichteten Tummelplätze. Und wenn das Wetter, wie es allerdings den Anschein hat, nicht wieder umschlägt, werden wir wieder für so manches entschuldene Sommervergnügen den Ertrag im Schlittschuhlaufen finden können. Doch während z. B. die Sommerausflüge in die Umgebung von Berlin im großen und ganzen von allen Bevölkerungsklassen ausgeführt werden, sind die Eisbahnen nur für solche geöffnet, die es sich leisten können. Gewiß findet man auch auf den Eisbahnen so manchen, der gerade nicht den vollen Theil der oberen Jehntausend hat. Immerhin aber ist das Schlittschuhlaufen in den Großstädten schon fast zum Privilegium der oberen Gesellschaftsklassen geworden. Und das ist namentlich im Interesse der Großstadtkinder bedauerlich, die im Winter nicht einmal das Vergnügen haben, in den öffentlichen Anlagen spielen zu können, wie im Sommer.

Die Nachkommen der Genußbürger machen das gesunde Vergnügen des Schlittschuhlaufens bei ihrem Uebermaß an Zeit zum Sport, gerade so wie die anderen Bewegungsspiele: Fußball, Lawn-Tennis u. a. m., die mit dem Ende des Sommers nicht mehr saisonmäßig sind. Und während sich die „vom Glück begünstigten“ auf der glatten Fläche tummeln, stehen die Proletariatskinder jenseits des Janneß, zwischen den Klängen der Musik und Lügen durch Böcher und Klagen hindurch nach der Menge, die unter dem im Winde flatternden bunten Wimpeln kreist, lang und gleitet. Ihren Eltern ist es nicht möglich, ihnen immer das Eintrittsgeld, das sich meist auf 25 Pf. beläuft, zu geben, noch viel weniger eine Abonnementkarte zu kaufen, deren Preis sich sogar auf 6 M. stellt. So bleibt ihnen denn nichts weiter als die „Schlitterbahn“, die sich vereinzelt in den Straßen bei den Brunnen findet. Daß das Eintrittsgeld

wirklich das größte Hindernis für eine gesunde, gerade den großstädtischen, bleichen Proletariatskinder durchaus nöthige Bewegung im Freien ist, geht aus dem Bestreben der Kinder hervor, sich auf den unbemühten Wegen unserer Promenaden und Plätze sogenante wilde Eisbahnen zu schaffen. Wenn sie nämlich wirklich mit Ach und Krach ein Paar Schlittschuhe von ihren Eltern bekommen haben, so verlagert aber die elterliche Liebe zuletzt doch an der Magerkeit des Geldbeutels, wenn es täglich heißt: „Gieb mir 20 Pfennig zum Schlittschuhlaufen!“ Man kann sich ja leicht ausrechnen, was das bei drei bis fünf Kindern in einer Woche ausmachen würde.

Nun sind zwar in den vergangenen Jahren Versuche gemacht worden, den Kindern auf den Schulhöfen unentgeltliche Eisbahnen zu bieten. Auch sollen in diesem Jahre die Versuche wiederholt werden. Doch diese vereinzelt sind belanglos. Auch dürften sie immer mehr eingeschränkt werden, da man die Schulhöfe mit gärtnerischem Schmuck versteht und versehen wird. Dann aber muß man noch in Erwägung ziehen, daß die Kinder, wenn sie den halben Tag nicht ohne Aufforderung ein Wort äußern oder eine Bewegung machen dürften, doch ihre Spielstunden nicht unter Aufsicht zubringen mögen. Und es ist wirklich nicht nöthig, ihnen in Gestalt eines Lehrers auch für die Spiele einen Schutzmantel zu geben. Denn etwas anderes würde er wohl kaum sein. Bei dem allen Kindern eigenen Hang zur Unabhängigkeit würde dies den Genuß ihrer Spielstunden auch erheblich in Frage stellen. Man kann sie getrost allein spielen lassen, wenn sie auch ein wenig lärmen. Das ist ihnen zuträglich und — Jugend will austoben.

Da also die Eisbahnen auf den Schulhöfen und ferner eine Verbilligung des Eintrittsgeldes in Privatbahnen für die Schulkinder durchaus den Uebelthänden nicht abhelfen, muß nach anderen Maßregeln gegriffen werden. Und da haben uns die Kinder selbst den Weg gezeigt! Die unbemühten Promenadenwege unserer Boulevards und Plätze, sowie die Spielplätze in den Gainen müßten in der Frostzeit zu Eisbahnen hergerichtet werden, das läßt sich mit ganz geringer Mühe erreichen. Entweder könnten die Parkbeamten die platten Wege auf dieselbe Art, wie sie im Sommer den Rasen und die Sträucher besprengen, zu den schönsten Eisbahnen umwandeln, oder die Straßenreiniger könnten dieses Amt übernehmen. Sontige Einrichtungen sind nicht weiter nöthig, da die Schlittschuhe zum Anschlößen der Schlittschuhe dienen könnten. Diese Einrichtung müßte selbst auf die Gefahr hin getroffen werden, daß die Eisbahnpächter aus Gewinnrücksichten dagegen sind. Denn hier darf allein die Gesundheit der Großstadtkinder, die immer mehr von gesundheitlichen Spielen abgesondert wird, ausschlaggebend sein. — Für die Schlittschuhe würden schließlich schon die Eltern sorgen, wenn es ihnen auch schwer fällt.

Die Abrechnung der Berliner Volksschullehrer mit dem „Freisinn“ wurde am Freitag in der außerordentlich stark besuchten allgemeinen Lehrerversammlung fortgesetzt, die zum Zwecke der Erörterung der nach der neuesten Lehrergehaltungs-Regelung weiter zu ergreifenden Schritte einberufen worden war. Lehrer Groppler, der über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung berichtete und die Vorschläge des Vorstandes des Berliner Lehrervereins vortrug, ging noch einmal scharf ins Gericht mit der „freisinnigen“ Mehrheit der Stadtverordneten. Er trug die Empfindungen, von denen die Berliner Volksschullehrer nach dieser neuesten Gehaltsregelung befallen sind, sichtlich besser mit dem von ihm zitierten, von der Versammlung mit vielstimmigem Bravo und lebhaftem Beifall ausgenommenen Singspruch über die „freisinnigen“ Forderungen im Landtage und die Bewilligungen des „Freisinn“ im Rathhause, als mit seiner schließlichen Aufforderung, sich trotzdem nicht vom Liberalismus abzuwenden, sondern sich ihm im Gegenteil noch mehr als bisher zuzuwenden. Wessen sich der „Freisinn“ von der Mehrzahl der Berliner Volksschullehrer zu gewärtigen hätte, wenn sie dürften, wie sie möchten, das kam in der Diskussion wiederholt zu deutlichem Ausdruck. So z. B. bei den von häßlichen Worten begleiteten Worten eines Redners, daß sei die Quittung für die treue Arbeit, die die Lehrer dieser Partei geleistet hätten; abzuwenden müsse man sich vom Liberalismus; wohin man zu schreiten habe, das wisse man nun, — natürlich nicht nach rechts! Ein anderer Redner wies unter lebhaftem Protest eines Theiles der Versammlung darauf hin, daß trotzdem auch bei den diesseitigen Stadtverordneten — Stichwahlen eine ganze Anzahl von Kollegen dem Liberalismus wieder gegen eine Partei, die schon seit längerer Zeit in Schulfachen die Führung übernommen hat, ihre Unterstützung gewährt hat. Bei dem Terrorismus, den der „Freisinn“ bei den Wahlen auf die Berliner Lehrer ausübte in der Lage ist, darf man sich über dieses Verhalten der Lehrer kaum wundern. Deshalb wird aber auch der Berliner „Freisinn“ die Abrechnung, die die Lehrer jetzt mit ihm halten, nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. — Die Versammlung nahm eine Resolution an, die gegen die Freisetzung des Grundgesetzes auf nur 1000 M. protestirt, den Gegenstand zwischen dem Verhalten des „Freisinn“ im Landtage und in der Berliner Gemeindeverwaltung hervorhebt und die von der „freisinnigen“ Mehrheit der Stadtverordneten durch jenen Beschluß belandete Geringschätzung der Arbeit der Schule mit der Behandlung der Schule durch die reaktionären Parteien an eine Stufe stellt. Zugleich wurde der Vorstand des Berliner Lehrervereins beauftragt, bei der Aufsichtsbehörde um Nichtbefestigung jenes Beschlusses zu bitten und die alten Forderungen des Lehrervereins von neuem aufzustellen. Vielleicht kommt es nun wirklich zu dem vom Stadt. Preuss. in der Dienstags-Versammlung als „eine Schädigung unserer liberalen städtischen Verwaltung“ bezeichneten Ausgange, daß die gegenwärtige Regierung gewissermaßen als Vertreter und Anwalt der Lehrer einen Beschluß einer liberalen städtischen Verwaltung umstößt.

Die Gasproduktion der städtischen Gaswerke betrug im Kalender-Vierteljahre Juli/September 1897: 20 901 000 Kubikmeter, in demselben Zeitraume des Vorjahres dagegen 21 159 000 Kubikmeter, für 1897 sind daher weniger produziert 258 000 Kubikmeter, mithin 1,219 pCt. — Diese Mehrproduktion in 1896 gegen 1897 hat wohl den Grund in der im Jahre 1896 stattgehabten Gewerbe-Ausstellung. — Abgegeben wurden zum Preise von 16 Pfennigen für einen Kubikmeter zu Leuchtzwecken (ausschließlich des eigenen Verbrauchs) 10 892 232 Kubikmeter, zum Preise von 10 Pfennigen für einen Kubikmeter a) zu Koch- und anderen gewerblichen Zwecken 8 657 051, b) zum Betriebe von Motoren 1 822 788, zusammen 5 509 839 Kubikmeter, also zusammen zu Koch- u. s. w. Zwecken und zum Betriebe von Motoren 16 402 071 Kubikmeter. An öffentlichen aus den städtischen Anlagen versorgten Plätzen waren vorhanden Ende September cr. 26 530, welche in 20 887 Laternen brannten, aus der englischen Gasanstalt wurden gespeist 1013 Platten in 797 Laternen. Die Petroleum-Laternen haben sich im Juli/September-Quartal um 77 vermindert und betragen immerhin noch 1073 Stück.

Die gemischte Deputation zur Vorbereitung der Angelegenheit wegen Aufschlusses eines neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken hat gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner die Verhandlungen über die Vertragsbedingungen beendet und beschloffen, den Kommunalbehörden zu empfehlen, auf Grund dieser Bedingungen mit den Elektrizitätswerken einen neuen Vertrag abzuschließen. Hiernach verzichtet die Stadtgemeinde, wie es von ihrer manchesterlichen Vertretung zu erwarten war, bis zum Jahre 1915 auf die Uebernahme der Werke, wogegen ihr angeblich wesentlich größere Vortheile bezüglich der Berliner Elektrizitätswerke und der im Umkreis von 30 Kilometern anzulegenden Werke eingeräumt werden.

Die zweite Halle des Bahnhofes Treptow, welche aus Anlaß der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung errichtet war und nach früheren Beschlüssen erhalten bleiben sollte, wird nunmehr doch abgerissen. Die Baulichkeiten des Bahnhofes finden auf anderen Stationen der Stadtbahn Verwendung, die Halle selbst wird zum Theil

nach Schönhauser Allee, Friedrichsberg und Schmargendorf gebracht, um dort für Verlagerung der betreffenden Hallen zu dienen. Die Baulichkeiten, Dienstboden u. s. w. dürften auf dem in Aussicht genommenen zweiten Moabitler Bahnhofe des Nordrings Verwendung finden.

Im Treptower Park sind die eisernen Streden des ehemaligen Wasserturmes, dessen Abriß über 6 Monate infolge eines vor-gekommenen Baumalles inhibirt war, entfernt worden, und hiermit sind die letzten Theile der öffentlichen Gebäude der Ausstellung beseitigt. Im Mai nächsten Jahres soll der gesammte Park wieder dem Publikum zur Verfügung stehen.

Mit dem ersten größeren Schneefall brachte uns der gestrige Tag auch wieder den ganzen alten Jammer der Verkehrsverhältnisse. Die Straße stand unter dem Zeichen der festengebliebenen Fußwerke, der dampfenden, abgetriebenen und gestürzten Pferde. Nur hin und wieder sah man einen Kutscher, der das nöthige Handwerkszeug mit sich führte, um den Thieren sofort auf der Straße die Eisen schärfen zu können. Bedauerlich ist, daß selbst unter so schwierigen Verhältnissen noch die Lastwagen überladen werden. Die Pferdebahnen führen auf längeren Strecken vielfach mit drei Pferden. Auch den Fußgängern wurde der Straßendreck nicht leicht. Die Bestreuung der Bürgersteige mit Sand und Asche ließ sehr viel zu wünschen übrig.

Allgemeines Befremden hat es gestern unter den Arbeitern der städtischen Straßenreinigung erregt, daß bei dem starken Schneefall keine Hilfsmannschaften eingestellt wurden. Dies hatte zur Folge, daß z. B. die dem Oberaufseher Priglaw unterstellten Arbeiter ganz über Gebühr angestrengt wurden. So mußten die Nacharbeiter nicht allein am Morgen zwei Stunden länger, also bis zehn Uhr arbeiten, sondern auch bereits wieder um 2 Uhr mittags zu einem bis 5 Uhr festgesetzten Dienst antreten. Herr Inspektor Domke dagegen hat seine Mannschaften nur bis 10 Uhr arbeiten lassen. Erst am Sonntag sollen Hilfsarbeiter eingestellt werden. Die Herr Priglaw besetzt auch noch der lässliche Brauch, daß am Sonntage sowohl ein Vorarbeiter als auch ein Arbeiter wegen der Abkündigung 13 Stunden arbeiten muß. Es ist nicht gut einzusehen, warum Herr Priglaw diese Gesplogtheit beibehält, wo doch alle anderen Inspektionen sie längst abgeschafft haben.

Eine Armenleiche. Am 14. d. M. wollte die in der Markussstraße wohnende Frau M. ihren Vater, der seit einiger Zeit im städtischen Siechenhause in Pflege war, besuchen. Zu ihrem nicht geringen Schreck erfuhr sie bei dieser Gelegenheit, daß der alte Mann bereits am 6. d. M. verstorben war. Im Bureau des Siechenhauses beklagte sich Frau M., daß man sie nicht vom Tode ihres Vaters benachrichtigt habe; sie erhielt den Bescheid, man habe den Todesfall an ihre auf dem Bureau notirte Adresse nach der Lübeckstraße gemeldet, von wo die Postkarte als unbestellbar zurückgekommen sei. Frau M. war der Meinung, ihr verstorbenen Vater würde zweifellos ihre jetzige Wohnung richtig angegeben haben und sie verlangte, daß man ihr die unbestellbare Karte zeige. Diesem Verlangen wurde jedoch nicht entsprochen; man theilte ihr mit, daß ihr Vater bereits am 10. d. M. auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde beerdigt worden sei. Von dem Friedhofsinspektor, den sie nach der Grabstätte ihres Vaters fragte, erfuhr Frau M. zu ihrem Erstaunen, daß die Leiche noch gar nicht beerdigt sei, sondern sich in der Anatomie befände. Frau M., der daran lag, selber für die BeerDIGUNG ihres Vaters zu sorgen, begab sich nach der Anatomie, um die Leiche zu reklamiren. Hier wurde ihr bedeutet, daß sie zu spät komme, über die Leiche sei bereits an anatomischen Zwecken verfügt, sie dürfe den Leichnam nicht sehen, könne ihn aber in einem verschlossenen Sarge zur Bestattung bekommen. Unter diesen Umständen verzichtete Frau M. darauf, die BeerDIGUNGSkosten selber zu tragen, sie meinte, sie könne ja nicht wissen, ob ihr in dem verschlossenen Sarge auch wirklich die Leiche ihres Vaters vorabgelegt werde; wie leicht könne nicht eine Verwechslung stattfinden. Endlich am 18. d. M. erhielt Frau M. vom Friedhofs-Inspektor die Nachricht, daß die Leiche ihres Vaters auf dem Begräbnisplatze angelangt sei, und die BeerDIGUNG an dem genannten Tage stattfinden könne. Frau M. begab sich in Begleitung von einigen Angehörigen nach Friedrichsfelde, um dem Begräbnis beizuwohnen, jedoch wurden ihr neue Schwierigkeiten bereitet. Der Inspektor erklärte ihr, daß die sofortige BeerDIGUNG nur stattfinden könne, wenn Frau M. die Kosten derselben tragen wolle, andernfalls müsse sie am anderen Tage wiederkommen, da kostenlose BeerDIGUNGEN nur vormittags angeführt würden. Der energischen Intervention der Frau M. gelang es jedoch, die sofortige BeerDIGUNG zu erwirken und damit die für sie so unliebbare Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. — Frau M. ist der Meinung, daß sie wegen der häufigen Besuche, die sie ihrem Vater im Siechenhause machte, den Aerzten und Wärtern als Tochter des Verstorbenen sehr wohl bekannt war, und man ihre Adresse, falls dieselbe nicht richtig angegeben war, wohl hätte ausfindig machen können. Wenn man erwägt, daß im preussischen Staate die Feuerbestattung offiziell immer noch als gegen Religion und Pietät verstoßend betrachtet wird, dann erscheint die Art, wie man über die Leiche eines Armen ohne Zustimmung der nächsten Angehörigen verfügt, recht wenig pietätvoll.

Zur Kennzeichnung des preussischen Fiskus. Die Gefängnisverwaltung von Plötzensee hat die von den Treppen und Fluren ihrer Beamten-Wohnhäuser entfernten Gasarme nunmehr endlich wieder anschrauben lassen und die Beleuchtung wieder hergestellt. Wie es scheint, ist der Entschluß kein ganz freiwilliger gewesen. Geldigt wird die Angelegenheit damit aber noch nicht sein; es verlaudet, daß die Verwaltung den Bewohnern der Beamtenhäuser, also ihren Beamten, nicht nur die von jetzt ab entstehenden Beleuchtungskosten in Anrechnung bringen will, sondern daß von den Beamten auch das bisher verbrauchte Gas nachgezahlt werden soll. Die Beamten, die eine Gehaltsaufbesserung, nicht aber eine Kürzung ihres Einkommens erwarten, werden sich nach Kräften dagegen sträuben.

Eine längere Betriebsstörung trat gestern Morgen auf der Gesamtlinie Treptow-Beckenstraße der elektrischen Bahn von Siemens und Halske ein. Sämmtliche Wagen blieben länger als eine halbe Stunde auf der Straße liegen, was zu vielen Unzuträglichkeiten Veranlassung gab. Die Ursache der fatalen Störung wurde alsbald in der Station der Berliner Elektrizitätswerke ermittelt, wo ein Schulkasten durchgebrannt war, so daß die Sicherung des Kabels geschmolzen ist. Nachdem diesem Uebelstand abgeholfen worden, konnte der Betrieb sofort wieder aufgenommen werden. Mit der Einwirkung durch den Schneefall, wie im Publikum angenommen wurde, hatte der Zwischenfall nichts zu schaffen.

Ist der Mörder der Thiele entdeckt? Künftig wird gemeldet: Dardile, welcher in der Nacht zum 18. November einen Raubmord auf eine Prostituirte in der Hannoverischen Straße ausgeführt hat und bei seiner Verhaftung sich geisteskrank stellte, so daß er nach der städtischen Irrenanstalt überführt wurde, ist der Kriminalpolizei wieder zur Verfügung gestellt worden und wird der Staatsanwaltschaft vorgeführt werden. Die Prostituirte K., welche am 6. November in ihrer Wohnung am Eisentheil-Heer von einem Manne, den sie in der Hannoverischen Straße getroffen und mitgenommen hatte, überfallen wurde, indem derselbe ihr ein Taschentuch in den Mund stopfte und den Versuch machte, sie zum Fenster hinauszuführen, hat in Dardile den Thäter mit Bestimmtheit wieder erkannt. Ebenso eine Prostituirte, welche gegenüber von der ermordeten Thiele wohnte, bekundet, daß sie von Dardile im Juli in ihrer Wohnung bedroht und mißhandelt worden sei. Für die Annahme, daß Dardile der Mörder der Thiele sei, spricht der Umstand, daß die Prostituirte K. in ihm einen Mann wiederzuerkennen glaubt, den sie in der Nacht vom 7. zum 8. August auf der Straße unsern der Thiele'schen Wohnung getroffen und mitgenommen, der jedoch die Flucht ergriffen hat, als ihm auf der Treppe Hausbewohner entgegenkamen. In dem Besitz des Dardile ist ein mit dem Wuchstaben M. gezeichnetes Taschentuch gefunden worden, welches die Wuchsfrau als Eigenthum einer bei der Thiele früher wohnhaften Prostituirten wiedererkennt.

Ein aussehend Geistesgestörter, der von einer wahren Ferkelzucht besessen wurde, zertrümmerte Freitag Abend in einer Schankwirtschaft in der Putzstraße zwei große Schaufensterböden mit seinen Stiefeln. Alsdann versuchte der Mann, der erst in der betreffenden Schankwirtschaft gewinkt hatte, die Fenster der Parterrewohnungen des Straßenzuges ebenfalls zu zertrümmern; hieran wurde jedoch der Wütende durch hinzukommende Schutzleute gehindert. Auf der Polizeiwache der Brunnenstraße, wohin er gebracht wurde, gelang es nicht, seine Personalien festzustellen.

Einem mehrfach bestrafte Mann ist eine goldene Damen-Remontoir-Zylinder-Uhr mit sehr kleinem Zifferblatt, auf der Vorder- und Rückseite eine verghmeintliche Verzierung, abgenommen worden. Er will die Uhr im Sommer in der Nähe des Narbinde-Platzes gefunden haben. Der Eigentümer kann sich an einem Versteigerung Vormittags im königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 337 II, melden.

Untergrundbahn. Der Alltagsgesellschaft Siemens u. Halske, Abteilung für elektrische Bahnen, ist auf ihren Antrag wegen vorläufiger grundsätzlicher Zustimmung zu der von der Gesellschaft projektierten elektrischen Unterpflaster- und Hochbahn vom Potsdamer Platz nach der Schillingstraße von der städtischen Verkehrsdeputation der Bescheid geworden, daß eine solche nicht eher erteilt werden könne, bevor nicht eine Vereinbarung wenigstens über die Hauptpunkte des der Zustimmung zu Grunde zu legenden Vertrages zu Stande gekommen ist. Die Verkehrsdeputation, welche die große Bedeutung eines Verkehrsmittels, wie es die projektierte Unterpflaster- und Hochbahn bieten würde, gern anerkennt, auch die Vorteile insbesondere des Unterpflasterbahn-Systems in Rücksicht auf den übrigen Straßenverkehr vollumfänglich würdigt, sehe daher der baldigen Aufnahme der Vertragsverhandlungen und der Ueberwindung bezüglich der Forderungen seitens der Gesellschaft entgegen. Ein ähnlicher Bescheid ist der Gesellschaft bezüglich der projektierten elektrischen Untergrundbahn vom Potsdamer Platz über Bahnhof „Friedrichstraße“ nach der Schloßbrücke erteilt worden.

Zwei Menschen durch eine Explosion getötet. Eine furchtbare Explosion ereignete sich gestern Abend gegen 7 Uhr in der Aktien-Spiritsfabrik, Schäferstr. 5. Unter gewaltiger Detonation, die die umliegenden Häuser erzittern machte, flog ein großer Teil der dreieckigen Fabrikwand nach der Schäferstraße. Fast in der gesamten Höhe der Wand zerbrach ein 10 bis 15 Meter breiter Spalt. Zusammenhängende Mauerstücke von vielen Zentnern waren zur Seite geschleudert und die Straße bildete fast in ihrer gesamten Breite ein vollständiges Chaos. Unter den Mauertrümmern befand sich auch ein eiserner Zylinder, der die Veranlassung der Explosion geworden ist. Die von vier verschiedenen Meldern herbeigerufene Wehr hatte zunächst die Aufgabe, zu untersuchen, ob das durch den gewaltigen Explosionsdruck gehobene Dach widerstandsfähig sei, weshalb die mechanische Wehr angefordert wurde. Dann galt es vor allen Dingen, festzustellen, ob nicht Passagiere unter den Trümmern auf der Straße begraben lagen. Ein großes Aufgebot der Löschmannschaften ging deshalb unverzüglich an das Ausräumen der Trümmer. Glücklicherweise beschätzte sich hier die Vermutung von den Unglücksfällen nicht. Ein 18-jähriger junger Mensch wäre allerdings beinahe verloren gewesen, da er im Augenblick der Explosion nur noch etwa zehn Schritte von der Unfallstelle entfernt war. Dagegen wurden im Innern des Zylinderraums die beiden Meister Ehrlich und Weidert als halbverkohlte Leichen aufgefunden. Wie das Unglück entstanden ist, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Ermittelt wurde bis jetzt nur, daß neben dem großen Zylinder auch die kupfernen Zuleitungsdröhen gesprengt sind. Hätten die großen Spirits-Lager der Fabrik Feuer gefangen, wäre das Unglück unabsehbar geworden.

Unfall. Die Feuerwehre wurde in vergangener Nacht gegen 3 Uhr von zwei unbekannt gebliebenen Männern durch den auf dem Grundstück Schönhauser Allee 127 befindlichen öffentlichen Feuermelder alarmiert. Bei der Annäherung von Passanten ergriffen sie die Flucht.

Feuerbericht. Freitag früh 1 Uhr brannte Hedemannstraße ein Bureauamt gänzlich aus. Es hatten zwei Köpfe längere Zeit Wasser zu geben, bevor die Flammen gedämpft wurden. Der entstandene Schaden ist erheblich, da auch das Haus bedeutend beschädigt wurde. Um 10 Uhr vormittags ging Neue Friedrichstr. 99 ein größerer Posten Papierabfälle in Flammen auf. Nachmittags 2 Uhr erfolgte Alarm nach Bornsdorferstraße 28. Hier hatte das Zwischengebäude auf einem Neubau Feuer gefangen, das die Wehr längere Zeit beschäftigte. Abends 8 Uhr brannte Lindenstr. 18 ein Korb mit Kinderspielzeug. Sonnabend Mittag 12 Uhr erfolgten gleichzeitig zwei Alarmierungen; es brannte Schleimannstr. 42 ein Korb mit Wäsche und Lantwischstraße 4 ein Badetuch. Ein Stunde später wurde die Wehr nach Altonaerstr. 17 gerufen, wo die Balkenlage vom Feuer ergriffen war, das auch dem Hause sonst noch wesentlichen Schaden zufügte. Zu gleicher Zeit mußte Steglitzerstr. 13 ein Gardinenbrand beseitigt werden. Gegen 5 Uhr brannte Blumenstr. 79 die Klosettopackung.

Arbeiterisiko. Freitag Mittag fiel auf dem Güterbahnhof der Ostbahn beim Verladen von Brettern der 56 Jahre alte Arbeiter August Günther infolge eines Schritts von einem Arbeitswagen herab und zog sich einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung zu.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Beim Abspringen von einem Pferdebahnwagen stürzte Freitag Nachmittags hinter der katholischen Kirche der Sanftmann Friedrich Dryborn zu Boden und trug eine arge Verletzung des Beckenknochens davon. Bekannte brachten ihn nach seiner Wohnung. — In der Alexanderstraße lief das Dienstmädchen Emma Gertig gegen eine Droschke und wurde überfahren. Im Krankenhaus stellte man Hautabschürfungen am rechten Arm und rechten Fuß fest. — In dem Badesee am Kropfingener-Ufer vor der Molllebrücke fiel der Knicker Karl Ende von seinem zweispännigen, mit Spiritusgefäßern beladenen Wagen und wurde überfahren, wobei das linke Vorderrad ihm über den Unterleib ging. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht.

Die Direktion der Projektions-Vorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Steudiner), altes Urania-Theater am Veltreier Stadt-Platz, teilt mit, daß heute Abend 8 Uhr der angeforderte Vortrag: „Benedig und seine Kunstschätze“ von Professor Dr. Max Schmid, Koenig, zum 6. Male wiederholt wird. — Nachmittags 5 Uhr ist die angeforderte Schiller-Vorstellung: „Eine Wanderung durch das alte Rom“ etc. — Beide Vorträge werden durch zahlreiche zum Teil farbige Lichtbilder erläutert.

Das Berliner Aquarium hat längt durch die unter Leitung des Herrn Professor Dr. Heine stehende Biologische Station auf Helgoland eine reichhaltige Sendung von Blumentieren, Sonnenfarnen, Seegras und Schwämmen aus der Nordsee empfangen, so daß insbesondere das eine der großen oberen Meerwasser-Bassins, welches etwa hundert Stadi der prächtig gefärbten und mit breiten, am Rande gefransten, den Kronenstämmen einer Reife gleichenden Tentakeln (Fächer) ausstrahlenden Scenellen ausgenommen hat, einen Hauptangehungspunkt bildet. Einen weitaus andern gearteten Schmuck erzielten mehrere kleine und große Seewasserbecken durch ein lebhaftes Pflanzenleben, welches mit dem salzigen Grün der Schwammgewächse zu weitläufiger Verästelung in drei bis vier Fuß hohen Meeressalzen oder Ueuen aus dem adriatischen Meere besteht. Einige gleichfalls aus dem südeuropäischen Meere eingeführte Fischtransporthiere brachten neben dem merkwürdigen, aber schon betrübteren Seepferdchen eine Anzahl der ihnen verwandten, in Gestalt, Fortpflanzung und Lebensweise so außerordentlich merkwürdigen, die mit ihrem bandartigen, dünnen, nadelartig gestrichelten Körper den im Wasser befindlichen Kranzgebilden (Seegras) sich anhängeln und dadurch sich vor Entdeckung schützen.

In der Angelegenheit des Restaurateurs Herrn Hermann Finger, Reichensbergerstr. 103, unsere Notizen in der Nr. 156 vom 8. Juli und Nr. 236 vom 9. Oktober er. betreffend, halten wir uns für verpflichtet, nochmals ausdrücklich zu erklären, daß Herr Finger seinerzeit keineswegs aus „Gang zu Demunitionen“ Angaben bei der Polizei machte, dahingehend, daß eine Anzahl Gasuhrwerke in seiner Nähe Sonntag die Türen nicht schließen. Es ist unrichtig, wenn

behaupelt wurde, daß es zur „Paffion“ des Herrn Finger gehöre, seine Kollegen wegen Nichtschließen der Türen am Sonntag bei der Polizei zu denunzieren.

Aus den Nachbarorten.

Arbeiter-, Handwerker-, Parteigenossen in Schöneberg! Die am 10. November stattgehabten Stabsverordnetenwahlen zur 3. Abteilung haben für uns, außer einem Mandat, ein positives Resultat nicht ergeben. Noch befinden wir uns in 5 Bezirken in Stichwahl. Seitens unserer Gegner wird alles getan, um diese 5 Bezirke zu erobern. Diese Gesellschaft möchte im Stadtparlament vollständig unter sich sein, damit ihren kapitalistischen Gelüsten nicht der leiseste Widerspruch seitens der Arbeiter entgegenzusetzen werde. Euch Arbeitern und Parteigenossen haben wir in vielen Zusammenkünften den Werth einer Vertretung von unserer Seite im Stadtparlament vor Augen geführt. Ihr allein seid nur im Stande, eine solche Vertretung durchzusetzen. An Euch liegt es jetzt, Leute ins Stadtparlament zu entsenden, die fähig sind, die traurige Lage der großen Masse zu begreifen, die aber auch andererseits Willens sind, für die ersten sozialen Aufgaben der Kommune mit aller Energie einzutreten. Dies kann nur geschehen, wenn Ihr am Tage der Stichwahl, am Dienstag, den 30. November, vormittags von 11 bis abends 5 Uhr, Mann für Mann an den Wahlstich tretet und eure Stimme zu Gunsten des Arbeiterkandidaten abgebt. Geschehe ein Jeder seine Pflicht und der Sieg ist unser!

In folgenden Bezirken kommen wir in Stichwahl:
3. Bezirk (Barbarossastr. 1-77, Frankenstraße, Hohenstaufenstraße 88-85, Köpferstraße). Wahllokal: Turnhalle der Gemeindegemeinschaft in der Köpferstraße. Kandidat: Tischler G. Köpfer.

5. Bezirk (Barbarossastr. 78-81, Gleditschstraße, Brunnenstraße 12-116, Heinrich Riepertstraße, Altkönigsstraße). Wahllokal: Restaurant Neumann, Goltzstr. 10. Kandidat: Klempner Friedrich Masuch.

6. Bezirk (Mazienstraße, Apostel Paulusstraße, Belgierstraße, Merseburgerstraße). Wahllokal: Turnhalle der Gemeindegemeinschaft der Apostel Paulusstraße, Eingang Brunnenstraße. Kandidat: Tischler Gustav Hoffmann.

14. Bezirk (Eberstraße, Friedenauerstraße, Frl. Reuterstraße, Gustav Freitagstraße, GutsMuthsstraße, Hauptstr. 57-93, Koburgstraße 19-17, Wargstraße, Sponholzstraße, Holbeinstraße). Wahllokal: Restaurant von Beyershaus, Haupt- u. Koburgstraßen-Ecke. Kandidat: Buchdrucker Herm. Schubert.

15. Bezirk (Grunerstraße, Hauptstr. 51-56 und 94-115/116, Koburgstr. 1-12, Mariendorfer Weg, Mühlenstraße, Priesterweg, Tempelhoferstraße, Tempelhofer Weg). Wahllokal: Saal der Schloßbrauerei, Hauptstr. 112-114. Kandidat: Schlosser Herm. Meiling.

In dem 2. und 16. Wahlbezirk, in denen die Bürgerpartei und die Unabhängigen zur Stichwahl stehen, haben sich die Parteigenossen der Stichwahl abzugeben zu enthalten.

Parteigenossen, welche sich am Tage der Wahl dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich vorm. 10 Uhr bei Obst, Brunnenstraße 110, einzufinden.
Zum Schluss weisen wir noch darauf hin, daß am morgigen Abend in der Schloßbrauerei eine Volksversammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Paul Singer referieren wird. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Steglich-Friedenau. Arbeiter! Parteigenossen! Die Neuwahlen zum Reichstage stehen vor der Thür. Angesichts der politischen Lage ist es unsere dringendste Pflicht, unsere Interessen wahrzunehmen, und enger zusammenzuschließen, um sicher und mit Nachdruck den Ansturm der Reaktion abzuwehren zu können. Thut alle eure Pflicht, erscheint vollzählig in der am Dienstag, den 30. November, im Schwarzen Adler zu Steglich abends 8 Uhr stattfindenden Volksversammlung und agitiert allerorts für eine rege Beteiligung. Die Tagesordnung lautet: Die Volksstimme an der Arbeit. Referent: Genosse Haber. Diskussion. Ferner steht auf der Tagesordnung: Stellungnahme zur Kreisversammlung beziehungsweise Wahl der Delegierten zu derselben. Der Vertrauensmann.

Schmargendorf. Auf die am Dienstag, 30. November, abends 1/2 8 Uhr, im Lokale des Herrn Vayer, Warnemünderstraße, stattfindende öffentliche Versammlung sei hiermit aufmerksam gemacht. Um zahlreichem Besuch bittet Der Vertrauensmann.

In Weiskow sollte am Todensamstag eine Volksversammlung mit einem Vortrag des Genossen Hoffmann über „Unsere Toten“ abgehalten werden. Trotzdem dem Einberufer Penkert vom Amtsvorsteher die Anmeldung der Versammlung, wenn auch erst nach persönlicher Rücksprache, bescheinigt worden war, verbot der überwachende Beamte, angeblich im Auftrage desselben Amtsvorstehers, die Versammlung. Hierdurch sind dem Einberufer Anstöße in Höhe von 25,70 M. erwachsen, und da Penkert nun der Ansicht ist, für den „Fehlgrund“ des Herrn Vorstehers nicht verantwortlich zu sein, so werden Schritte gehen werden, um denselben, der die Schuld hieran trägt, auch die Kosten bezahlen zu lassen.

In einer schweren Anschuldigung kam es, wie erst jetzt bekannt wird, am Donnerstag früh aus ganz geringfügiger Ursache auf der Chaussee zwischen Groß-Zielen und Budow. Hier begegneten sich drei Kartoffelwagen des Händlers Rube aus Groß-Zielen und fünf mit Säcken beladene Wagen des Fuhrherrn Karl Richter aus der Frankfurter Allee 44. Ueber das Ausweichen entstand ein Streit, der sich namentlich zwischen dem 19-jähr. Rube'schen Kutscher Palm und einem der Richter'schen Kutscher so zuspitzte, daß dieser dem Palm die Schrottladung eines Teschus in den Unterleib jagte. Der Arzt Dr. Vogel aus Britz, der sofort herbeigerufen wurde, legte dem Schwerverletzten einen Verband an und ließ ihn mit einem Wagen nach Britz in das Kreis-Krankenhaus bringen. Das Befinden des Verwundeten, das bis dahin schlecht war, besserte sich gestern Nachmittags etwas. Aus Budow wird uns berichtet, daß der Thäter verhaftet sei, Herr Richter bestreitet das.

Theater.

Freie Volksbühne. Heute Nachmittags 3 Uhr Vorstellung für die dritte Abteilung im Friedrich-Wilhelmshof-Theater: „Sein Jubiläum“ von Ernst Brezang und die „Hahneneier“ von Joseph Kaderer. Die Verlosung der Plätze beginnt um 2 Uhr.

Wochen-Spielplan der hiesigen Theater. Opernhaus. Sonntag, 29.: „Urbine“. Montag, 30.: „Garmen“. Dienstag, 31.: „Die Reiter von Nürnberg“. Anfang 6 1/2 Uhr. Mittwoch, 1.: „Hänsel und Gretel“. „Die Puppenfee“. Donnerstag, 2.: „Der Barbier“. „Cavalleria rusticana“. Freitag, 3.: „Hänsel“. Sonnabend, 4.: „Mozart-Jubiläum“. I. Abend: „Prometheus“. Sonntag, 5.: Mittwoch 12 Uhr öffentliche Konzerte. II. Abend: „Maurerische Trauermusik“. G-moll-Sinfonie. Requiem. Montag, 6.: III. Abend: „Die Entführung aus dem Serail“. Dienstag, 7.: IV. Abend: „Figaro's Hochzeit“. — Schauspielhaus. Sonntag, 29.: „Das neue Welt“. Montag, 30.: „Figaro's Hochzeit“. Dienstag, 31.: „Das neue Welt“. Mittwoch, 1. Dezember: „Der Weiskowwurm“. Donnerstag, 2.: „Das neue Welt“. Freitag, 3.: „Der Weiskowwurm“. Sonnabend, 4.: „Das neue Welt“. Samstag, 5.: „Der Weiskowwurm“. Sonntag, 6.: „Maria Magdalena“. Neues Igl. Operntheater (Kroll). Sonntag, 29.: „Kaiserin und Goldschmied“. Sonntag, 30. Dezember: „Goldschmied“. — Der Spielplan des Deutschen Theaters weist für diese Woche folgende Vorstellungen auf: am Sonntag Abend, sowie am Dienstag und Freitag: „Jugendfreunde“; Montag und Sonnabend: „Die verurteilte Witwe“ mit Agnes Borma und Josef Ratin; Mittwoch: „Rara“; Donnerstag: „Das Kästchen von Heilbrunn“, helbes mit Agnes Borma in den Titelpartien; nächstfolgenden Sonntag Abend „Agnes Jordan“. Nachmittags-Vorstellungen: am Sonntag, den 28. November: „Einsame Menschen“, nächstfolgenden Sonntag: „Hänsel“. — Im Veltreier-Theater kommt auch in der laufenden Woche der Schwant „Hans Hudelein“ von Oscar Stumenhof und Gustav Kadelburg an allen Spieltagen zur Aufführung. Am Nachmittags-Vorstellung wird am Sonntag Max Halbe's Pieschdrama „Jugend“, am nächsten Sonntag das Lustspiel „Der Brotpfeil“ mit Adolf Klein als Baron Leopold v. b. Egge gegeben werden. — Die Direktion des Berliner Theaters hat infolge der anhaltend hohen Häuser, welche sie mit Dreyer's Lustspiel „In Verhandlung“ ergibt,

die in Rücksicht genommenen Kooptisten zurückstellen müssen und haben in dieser Woche mit Ausnahme des Freitags ausschließlich Wiederholungen von „In Verhandlung“ statt. Freitag geht das diesjährige Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ von Max Wolf zum ersten Male in neuer Ausstattung in Szene und wird Sonnabend Nachmittags zum ersten Male wiederholt. Nachmittags-Vorstellungen diesen und nächsten Sonntag: „Mein Leopold“, — Im Residenz-Theater erlöst „Dorina“ Sonntag, den 28. November, die erste Sonntag-Aufführung, da diese zugkräftige Kooptisten am Todensamstag nicht zur Darstellung gelangen durfte. Am Nachmittags-Vorstellung geht bei halben Preisen „Odetta“ mit Jeanette Reauenderer und Direktor Brandt in Szene. — Das Repertoir des Neuen Theaters für die kommende Woche ist folgendermaßen zusammengefaßt: Sonntag: „Mitternacht“, vorher „Im Hirsberg“. Sonntag Nachmittags in vollständigen Preisen: „Tilly“. Montag: „Die Ueberschwemmung“. Dienstag: „Mitternacht“, vorher: „Im Hirsberg“. Sonnabend zum ersten Male: „Die Vögelbrüder“. Sonntag: „Die Vögelbrüder“. Sonntag Nachmittags in vollständigen Preisen: „Tilly“. Der Beginn der Nachmittags-Vorstellungen ist auf 3 Uhr festgesetzt. — Das Goethe-Theater geht folgenden Wochenspielfest aus: Schöndan's Lustspiel „Gärtelchen“ wird sechs Mal, nämlich Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und nächsten Sonntag wiederholt. Montag wird „Der Barbier vom Straßfeld“ zum letzten Male in dieser Spielzeit und Freitag erstmalig „Die Journalisten“ gegeben. Nachmittags finden folgende Vorstellungen statt: diesen Sonntag: „Hänsel“, Mittwoch: „Die Jungfrau von Orleans“ und nächsten Sonntag: „Jasemann's Töchter“. — Im Schiller-Theater ist Sonntag Nachmittags als vierte Vorstellung in Schiller-Jubiläum „Maria Stuart“. Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend finden Wiederholungen von „Bianca Bonini“ statt; zusammenhängende Aufführungen von „Wallenstein“ sind für Mittwoch („Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“) und Donnerstag („Wallenstein's Tod“) angelegt. — Im Thalia-Theater geht Sonntag Nachmittags die ermäßigten Preisen zum letzten Male „Hänsel und Gretel“ (Weiskow's Spiel) in Szene; vorher wird ebenfalls zum letzten Male „Das Weiskowmärchen“ gegeben. Abends 7 Uhr findet bei einfachen Preisen eine Doppelvorstellung statt, und zwar gehen der dreiteilige Schwant „Die Drillingmutter“ und das Bauernstück „Frau Neumann“ in Szene. Für Donnerstag kommenden Woche ist die Erstaufführung der beiden Kooptisten, des „Schwanen-Bein über's Meer“ und der „Bursche, Witte, recht freundlich“ angelegt. Am Wochenspielfest des Bellealliance-Theaters ist die Kooptisten-„Reudalbrüder“, welche Sonntag zum ersten Mal in Szene geht, noch für Dienstag, Donnerstag und Sonnabend festgesetzt. Ren einstudiert wird am Freitag „Das Glas Wasser“ von Scire gegeben, und Sonntag den 5. Dezember findet eine Aufführung von „Deborah“ statt. „Die Grille“ und „Braubach“ gehen je einmal, für Montag resp. Mittwoch, auf dem Spielplan. Nachmittags-Vorstellung für Sonntag, 28. November: „Die Mose“. „Wallenstein's Lager“, Sonntag, 6. Dezember, „Die Braubach“ oder „Rum von der Mose“. — Luisen-Theater: Montag: „Hänsel“, Dienstag: „Gedächtnis-Fest“, Mittwoch: „Joppensträß's Erben“, Donnerstag: „Hänsel“, Freitag: „Der große Wohlthäter“, Sonnabend: „Hänsel“, Sonntag Nachmittags: „Hänsel“, abends: „Auf eigener Fährte“. — Gebannt und erklärt wird Sonntag Nachmittags in Oden-Theater zu halben Preisen zum letzten Male gegeben; abends 7 1/2 Uhr geht das Volksstück „Leben und Lieben“ zum 4. Male in Szene, welches übrigens die ganze Woche das Repertoir beherrschen wird. — Im Friedrich-Wilhelmshof-Theater am Sonnabend Doppelvorstellung zu einfachen Preisen. Zur Darstellung gelangen der Schwant „Der deutsche Jodel“ und die dramatische Szene „Der Streik der Schmeißer“, von François Coppée mit Herrn Oberregisseur Leonhard Ottomeyer als Jean Gautier, sowie das Lustspiel „Ein kleines Mißverständnis“ Montag und Dienstag bleibt „Der deutsche Jodel“ auf dem Repertoir, während Mittwoch die „Jungfrau von Orleans“ mit Fräulein Eise Louisa als Gast in der Titelrolle in Szene geht. — Im Alexanderplatz-Theater bleibt die Feste „Die Weiskowweier der anderen Welt“ oder „Spiritus“ bis auf weiteres auf dem Repertoir. Sonntag nachmittags 4 Uhr geht das Märchenstück „Tischlein deck dich — Gelb wird dich — Knäuel aus dem Saal“ als Abendvorstellung in Szene. — Im Apollo-Theater findet heute die letzte Sonntag-Vorstellung des mit allgemeinem Beifall aufgenommenen November-Programms statt. Vom Mittwoch ab tritt eine Reihe neuer Aufführungen auf.

Soziale Rechtspflege.

Die Tagelöhnerin Fromberg. Die auf den Felbern des Gutes Grünfelde beschäftigt wurde, trat eines Abends, als sie vom Felde kam und die ihr auf dem Gutehofe angewiesene Schlafstelle aufsuchen wollte, auf einen Vogel. Sie verletzte sich den Fuß soart, daß ihre Erwerbsfähigkeit um 80 pCt. beschränkt wurde. Ihr Anspruch auf eine Unfallrente wurde von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aber zurückgewiesen. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft vernahm den ursächlichen Zusammenhang des Unfalls mit dem landwirtschaftlichen Betriebe. Das Mädchen gehöre nicht zu dem ständigen Gutsgesinde, es sei eine freie Arbeiterin, der die Schlafstelle auf dem Gutehofe nur der Bequemlichkeit halber angewiesen worden sei. Mit ihrer Thätigkeit auf dem Felde sei auch ihr Verweilen im Banne des Betriebes beendet gewesen. Die Klägerin legte Berufung ein und hatte damit beim Schiedsgericht Erfolg; es wurden ihr 80 pCt. der Vollrente angebilligt. Den Verlust der Berufsgenossenschaft wies das Reichs-Versicherungsamit mit der Begründung zurück, der Weg von der Arbeit zur Schlafstelle auf dem Gutehofe falle hierauf in den Betriebsbann.

Unfall bei Regelung der Hypothekenverhältnisse. Der Landwirth Rudich war verunglückt, als er sich nach der nächsten Stadt begeben wollte, um Hypothekenzinsen zu zahlen und eine neue Hypothek anzunehmen. Mit seinem Anspruch auf eine Unfallrente wies ihn die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft ab. Seine Berufung beim Schiedsgericht hatte ebenfalls keinen Erfolg. Das Schiedsgericht führte aus, die Thätigkeit, bei der Rudich verunglückt, habe lediglich der Wahrung privatrechtlicher Interessen gedient. Es fehle der nähere Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betriebe. Rudich legte Revision ein und machte geltend, der Gang nach der Stadt sei infolge einer Thätigkeit im landwirtschaftlichen Betriebe, als die Errichtung einer neuen Hypothek zur Erhaltung seiner Bäderställe und zur Abwehr der Zwangsvollstreckung notwendig gewesen sei. Das Reichs-Versicherungsamit erkannte indessen gleichfalls zu seinen Ungunsten, indem es annahm, daß in der Regulierung der Hypothekenverhältnisse eines Landwirths kein landwirtschaftlicher Akt im Sinne des Unfall-Versicherungsgesetzes liege.

Gerichts-Beilage.

Unter der Auflage, wesentlich Nahrungsmittel vorzufalschen und zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr gebracht zu haben, fanden gestern die Pferde- und Schweinefleisch-Fabrikanten Friedrich Höcht und Wittwe Auguste Sperling vor dem vierten Strafamt des Landgerichts I. Die Angeklagten betreiben jeder für sich ein selbstständiges Gewerbe. Ihre Abnehmer sind in erster Linie die sogenannten „liegenden Wursthändler“, welche ihre Waare auf den Märkten in kleinen Städten feilhalten. Der Auf von der Güte des Erzeugnisses der Angeklagten verbreitete sich im vorigen Jahre besonders in Halle a. S.; es liefen viele Bestellungen von dort ein. Die Verkäufer erhielten für 3 M. 60 Paar kleine und 40 Paar größere Würste. Die Händler in Halle besuchten mit Vorliebe die Märkte im Anhaltischen. Die dortige Polizei hält aber daran, daß der Nachweis geliefert wird, daß die Würste aus gesundem Schweine- und Rindfleisch hergestellt sind. Die Händler verlangten von den Lieferanten diesbezügliche Bescheinigungen, worauf die Angeklagten diese Alteste in folgender diplomatischen Form ausstellten: Dem Händler N. N. bescheinige ich hiermit, daß die von ihm feilgehaltenen Würste aus Fleisch hergestellt sind, welches von Vieh stammt, das in Berlin geschlachtet und hierzuland untersucht worden ist. Die in der Wurst befindlichen Theile von Schweinen sind trichinen- und finnenfrei, mithin obligatorisch. Um diesen Schriftstücken ein amtliches Mißsehen zu geben, wurde dazu ein Stempelbogen benutzt. Die Behörden in Sachsen haben sich aber nicht täuschen lassen; da die Händler behaupteten, sie seien in dem Glauben gewesen, Wurst aus Rind- und Schweinefleisch zu erhalten, so wurden die Lieferanten zur Anzeige gebracht. Die Angeklagten bestritten, daß die Händler nicht über die Beschaffenheit der Waare unterrichtet gewesen seien, jeder verlässliche Mensch wisse, daß er Pferdefleisch kaufe, wenn er 60 Paar Würste für 3 M. erhalte. Etwas Schweinefleisch sei thatsächlich in der Wurst enthalten und deshalb sei die bezügliche Bemerkung in dem Alteste be-

rechtigt. Die als Zeugen vernommenen Händler behaupteten, daß sie gefälscht worden seien, obgleich der als als Sachverständiger vernommene Schlächtermeister Kliffmann dies kaum für möglich hielt. Der Gerichtshof hielt unter allen Umständen das Publikum für gefälscht. Höchst wurde zu drei Monaten Gefängnis und 300 M., die Wittve Sperling zu zwei Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt. Das Urtheil soll im „Vol.-Anz.“ und in der „Saale-Ztg.“ veröffentlicht werden.

Köpenick. Vor dem hiesigen Amtsgericht fand vorgestern die Verhandlung gegen die vier Genossen Fiedler, Ziegelmann, Richter und Riecke statt, die von dem Polizeiwachtmeister Haller, als dieser eine öffentliche Versammlung am 26. August d. J. deswegen auflöste, weil auf sein Verlangen die anwesenden Frauen nicht aus dem Saale entfernt wurden, wegen nicht sofortiger Entfernung resp. Räumung des Saales notiert und von der Polizeiverwaltung in Köpenick deshalb mit einem Strafmandat bestraft worden waren. Die Genossen hatten richterliche Entscheidung angetrieben, und sie wie eine ganze Reihe Zeugen bezeugten, daß sie den Saal garnicht so schnell verlassen konnten, wie sie selbst es gewünscht hätten, denn der Keller habe von ihnen vor dem Verlassen des Saales erst die Begleichung ihrer Sache verlangt. Sie seien dem auch nachgegeben, und der ganze Vorgang habe noch keine fünf Minuten nach Auf- lösung der Versammlung gewährt. Beachtenswerth ist eine Aeußerung des Richters, der den Angeklagten, als diese ihm sagten, daß es ihr gutes Recht sei, ihre Frauen in öffentliche Volksversammlungen mitzubringen, entgegnete: „Sie wollten nur immer wieder Skandal machen, um den kleinen Leuten, die sich zu ihrer Partei rechnen, Anreiz zur Unzufriedenheit zu geben und die Polizei dabei ärgern; Sie können doch auch ohne die Theilnahme Ihrer Frauen an solchen Versammlungen Ihre Angelegenheiten regeln!“

Die Angeklagten mußten freigesprochen werden. Der Amts- anwalt hatte 30 M. Geldstrafe beantragt.

Wegen Vergehens gegen die §§ 153, 152 der Reichs- Gewerbe-Ordnung in Idealconturrenz mit Beleidigung, hatten sich gestern die Tischler Hermann Schumann, Max Demel, Eimrich Mandler und Otto Schulz vor der 138. Abtheilung des Amts- gerichtes I, unter Vorsitz des Richters von Hoff zu verantworten. Nach der Anklage sollen die Angeklagten den Tischler Rogosinski, welchen der Tischlermeister Thöns, Pappel-Allee 44, an Stelle des entlassenen Schumann zur Arbeit angenommen hatte, am 12. Juli d. J., als er die Arbeit beginnen wollte, beschimpft und bedroht haben; Schulz soll außerdem gegen ihn auch noch thätlich geworden sein, weil er annahm, daß Rogosinski ihn aus der Arbeit drängen wollte. Die Angeklagten behaupteten wiederholt ihre Unschuld und behaupteten, daß es sich bei der Anzeige, die Rogosinski sehr gegen seinen Willen nur auf Anstiften des Meisters Thöns eingereicht habe, um einen Nachsatz des Thöns und des Zibel handle. Mandler habe nämlich gegen beide die Privatklage angestrengt und theilweise bereits gesiegt. Thöns habe — was unter Beweis gestellt werden könne — dabingehende Aeußerungen gemacht, daß er Mandler etwas am Fingern fassen würde. — Staatsanwalt-Assessor Schütte hielt die Angeklagten im Sinne der Anklage voll und ganz überführt und beantragte gegen Schumann 1 Monat Gefängnis, gegen Demel 14 Tage Gefängnis, gegen Mandler 1 Monat Gefängnis und gegen Schulz, da dieser bereits mandlerlei auf dem Kerkerhof hat, 2 Monat und 14 Tage Gefängnis zusätzlich zu der Strafe, welche er augen- blicklich in Kopenhagen verbüßt. Rechtsanwalt Wolfgang Heine — als Vertreter des Angeklagten Schumann, doch zugleich auch für die anderen Angeklagten sprechend, bestritt, daß es sich bei dem in Frage stehenden Vorfall um eine Verabredung zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie dieses der § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung fordere, gehandelt habe. Es bleibe nur die Beleidigung übrig, für die eine milde Geldstrafe am Platze sei, falls nicht bei der Unsicherheit der Aussagen des Rogosinski auf Freisprechung erkannt werden müsse. Nachdem hietzu noch festgestellt war, daß Thöns den Mandler und den Demel erst nach dem Vorfall entlassen, änderte der Staatsanwalt seinen Antrag dahin ab, daß sich das Schöffengericht für unzuständig erklären und die Sache der Strafkammer zur Aburtheilung über- weisen möge, da versuchte Adhucation vorliege. Das Vorgehen der Angeklagten sei ein Nachsatz gegen Thöns; sie wollten den Rogosinski zwingen, bei diesem nicht zu arbeiten. Der Gerichtshof trat diesem letzteren Antrage des Staatsanwalts bei.

Die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Densow verhandelte gestern wiederum gegen den Schauspieler Paul Hugo Krieger, der beschuldigt ist, mit Hilfe von 5 gleichfalls angeklagten Personen Betrug und Untren- tlichung zum Schaden der ehemaligen Direktoren des Belle-Alliance- Theaters, Maurice und Häfner begangen zu haben. Krieger, ein 23jähriger Mann, spiegelte den beiden Direktoren vor, daß er 23 000 Mark geerbt habe, die sein angeblicher Vormund — einer der Mitangeklagten — verwalte. Er wollte sich an dem Unternehmen des Belle-Alliance-Theaters betheiligen und es kam auch ein Sozietäts-Vertrag zu Stande, worauf Krieger als stiller Theilhaber eintrat und 200 M. monatlich erhalten sollte. Die Erbchaftsgeschichte war aber schwindel, den Maurice nicht durchschaute, weil ihm eine angebliche von dem „Vormunde“ herrührende eidesstattliche Versicherung vorgelegt wurde, wonach dem Krieger die Erbchaft bei seiner Großjährigkeit am 1. Oktober 1896 ausgezahlt werden würde. Maurice will auch von dem angeblichen „Vormunde“ persönlich gehört haben, daß alles seine Wichtigkeit habe. Krieger erhielt daraufhin nach und nach von Maurice 400 Mark baar und bewog diesen auch, ihm Wechsel in Höhe von 215 M. zu akzeptieren. Am 6. Oktober 1896 sollte Krieger vertragmäßig die Einlage von 10 000 M. zahlen und nun begann eine von Krieger inszenirte Komödie der Irrungen, bei der ihm die Angeklagten hilfreiche Hand geboten haben sollen. Der Gerichtshof war, daß die 10 000 M., von denen schon 4000 M. weiter gezahlt waren, nicht gezahlt wurden, Direktor Maurice in die größte Verlegenheit kam und außerdem die dem Krieger gewährten Geldbeträge verlor. — Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen Krieger 1 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen den Vater Berger, der die Rolle des Vormundes gespielt hatte, einen Monat, gegen den Kaufmann Robert Wall sechs Monate, gegen dessen Ehefrau Wall einen Monat, gegen einen anderen Kaufmann Wall drei Monate und gegen den Kaufmann Rebi Kiwi drei Monate Gefängnis. Die Rechtsanwältin Dr. Platow, Ulrich und Leonh. Friedmann machten geltend, daß die letztgenannten Angeklagten selbst von Krieger gefälscht worden seien. — Der Gerichtshof verurtheilte: Krieger zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, Berger zu einem Monat, Wall I zu drei Monaten, Frau Wall zu zwei Wochen, Wall II zu zwei Monaten und Rebi Kiwi zu zwei Wochen Gefängnis.

Das Urtheil im Mordprozeß Bensch, welches uns erst um 1 Uhr nachts zugeht, lautet, wie bereits mitgeteilt worden ist, auf acht Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Die Geschworenen hatten nicht auf „Schuldig des Mordes“, sondern nur auf „Schuldig des Tödtungsschlages“ erkannt. Ueber den Schluß der Verhandlungen ist noch folgendes nachzutragen: Nach den Reden des Staats- anwalts und des Verteidigers zogen sich die Geschworenen zurück, erschienen aber nach anderthalbstündiger Verathung wieder. Es mußte noch einmal in die Verhandlung eingetreten werden, da die Geschworenen noch eine Feststellung verlangten darüber, welcher Art der Fensterverbruch an demjenigen Fenster gewesen sei, durch welches der Zeuge Buran einstieg. Einer der Geschworenen wünscht noch zu wissen, ob der Revolver ein besonderes leicht abzuführendes sei, oder ob es einer besonderen Kraftanstrengung bedürfe, in schneller Aufeinanderfolge mehrere Schüsse abzufeuern. Es stellt sich heraus, daß die beiden Sachverständigen Baralla und Waber sich bereits entfernt haben, und schon droht hierdurch noch in letzter Stunde die Vertagung, als der Staatsanwalt vorschlägt, einen der anwesenden Wachen als Sachverständigen zu vernemen. Als Rechtsbeistellter sind damit einverstanden. Der Wendarm prüft den Revolver und

begutachtet, daß derselbe zu dem leichtgehenden gehöre. Die Geschworenen prüfen den Revolver selbst, und einer von ihnen meint, daß doch eine gewisse Kraftanstrengung dazu gehöre, schnell hintereinander mehrere Schüsse abzufeuern. Die Sachverständigen Baralla und Waber wurden in Geldstrafen von 30 bezw. 20 M. genommen wegen ihrer vorzeitigen Entfernung.

Zwei hiesige Aerzte hatten vor Jahren mit dem nunmehr verstorbenen Rechtsanwalt A. D. und Naturheilkünstler Glänke eine Geschäftsverbindung geschlossen, um diesen in der Propa- ganda für seine Methode behilflich zu sein. Diese Handlungs- weise erregte den medizinischen Kollegen als eine Verletzung der ärztlichen Standesehre; sie brachten die Angelegenheit vor die Kammer der Provinz Brandenburg und diese sagte den Beschuldigten, den beiden angeschuldigten Aerzten das Wahlrecht und die Wählbarkeit für die Kammer auf fünf Jahre zu entziehen. Dagegen legten die also Gemahregelten beim Ober-Präsidenten der Provinz Beschwerde ein, auf welche nunmehr eine Entscheidung des Ministers eingelaufen ist, die in der letzten Sitzung der Kammer durch den Vorsitzenden Herrn Medizinalrath Becker zur Mittheilung gelangte. Der Minister findet das Vorgehen der Kammer durchaus gerechtfertigt.

In 35 weiteren Klagen des Arbeitsausschusses der Ge- werbe-Ausschließung gegen Garantiefondszeichner fand gestern Vormittag vor der 12. Zivilkammer am Landgericht I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Vorbrodt Termin an. Mehrere Beklagte waren persönlich erschienen, einige gaben noch in letzter Stunde dem Rechtsanwalt Lohmer Vollmacht. Gegen zwei Beklagte, von denen der eine 2000 und der andere 500 M. ge- zeichnet hat, erging ein Beschlagnahmegericht. Auf den Vortrag, zunächst nur einen Fall in allen Instanzen durchzuführen zu lassen, geht der Arbeitsausschuß aus verschiedenen Gründen nicht ein. Nach der ersten Verhandlung haben übrigens schon einige Zeichner, gegen die noch keine Verhandlung anberaumt war, bezahlt. Die zweite Verhandlung wurde gestern in 33 Fällen ebenfalls ver- tagt, da der Rechtsanwalt der Beklagten wieder erklärte, sich auf das bereits mitgetheilte Nooum der Kläger nicht äußern zu können. Für alle bisher vertagten Fälle wurde ein neuer Termin auf den 12. Januar vormittags 10 1/2 Uhr anberaumt.

Für Gemeinden, welche an öffentlichen Flüssen liegen, ist eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts von großer Wichtigkeit. Der Stadt Krossen wurde von der Regierung zugemuthet, eine ältere Oberbrücke durch eine neue zu ersetzen, weil die Schiffsahrt unter dem bisherigen Zustande leide und durch bloße Veränderungen Abhilfe nicht geschaffen werden könne. Der Oberpräsident bestätigte die Verfügung, worauf die Stadtgemeinde klagbar wurde. Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts hob die Verfügung unter folgender Begründung auf: Auch wenn, wie behauptet, aber nicht erwiesen sei, die Stadt Eigen- thümerin der Brücke wäre, könnte daraus nur die Verpflichtung her- geleitet werden, sie zu beseitigen, nicht aber die, sie durch einen Neubau zu ersetzen. Nun stütze sich die Regierung darauf, daß die Stadt eine Brückengeld-Berechtigung besitze. Hier komme § 138 II 15 des Allgemeinen Landrechts in Betracht. Danach sei jeder Privat- Inhaber einer Zoll-, Wege- oder Brückengerechtigtheit verpflichtet, die Brücke u. a. auf eigene Kosten im sicheren Zustande zu erhalten. Unter Umständen könne hieraus allerdings gefolgert werden, daß der Inhaber einer Brückengerechtigtheit die Brücke neu zu bauen habe, nämlich im Falle ihrer Bauauffälligkeit. Darum handele es sich aber hier nicht, da die Erhaltung der Brücke als Kommunikationsmittel die Verfügung der Regierung nicht ver- anlaßt habe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Für die englischen Maschinenbauer gingen bei der Ber- liner Gewerkschafts-Konmission folgende Beiträge ein: Herrenparthei der Maschinenbau-Arbeiter Berlins durch Kredit 6,25. Pflanzverein Nord-Ort 6. Aufgehörter Statflub 4,81. Agitationskommission der Tapezierer Berlins durch Friedmeier 30. Tapezierer Berlins durch Friedmeier 85. (eigene Listen). Bäckerverein Norden 5. Von den Sattlern Berlins (auf Vöfen) durch Weiser 30,55. Von den Sattlern Berlins durch Kiedel (auf Vöfen) 24,25. Vom Personal der Berliner Stadtbrauerei Vorkontroll 4 9/20. Von den Maurern Pantons und Nieder-Schönhausen 50. Freie Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplasten Berlins und Umgebung 50. Von den Berliner Posamenten-Arbeitern u. Arbeiterinnen d. Müller (auf Vöfen) 71,25. Tischlerei Schulz, Prachtstr. 59, 3. Rate, 9,35. Holz- und Dreher- verein Berlins, 2. Rate, 25. Von den Holzbearbeitungsmechanikern- Arbeitern Berlin II (Vorkontroll auf Vöfen) 30. Gemacht bei einer Bekleidungsleiter im Gefängnis Wiedenhof 5. Verband der Gas- arbeiter, Verwaltg. Mannheim I, 22,45. Arbeiter der Jeddischen Stadfabrik, Grünstraße, 8,15. Böhme- und Kravattenbranche d. Rv. (auf Vöfen) 21,55. Faguerria der Töpfer in Sulzfeld 40. Zentral- verein der Formler, Jähstraße Berlin, 200. Statflub Stiefel 2. Freie Vereinigung der Zivil-Verdienstnehmer Berlins u. Umgeb. 50. Handb.-Hilfsarbeiter Berlins (Jahrl.) d. Kamp (auf Vöfen) 33,55. Von den Holzarbeitern von Plow u. Priemer, Charlottenberg 18 10/10. Tischlerei Böhm, Weberstr. 52, 2. Rate 130. Kadunnarfabrik von Gundholz, 6. Rate 14,15. Tonnenbrüder in der alten Pagenhofer Lohne, Reichensbergerstr. 170 5/10. Maschinenbau-Arbeiter Berlins durch Kredit (auf Vöfen) 150,40. Darunter Fabrik Rieber u. Komp. 12,55. Fabrik Wehner 4,50. Fabrik Behrlein, Reichensbergerstr. 26,50. Fabrik Schulz, Blumenstr. 14,50. Fabrik Hansen 14. Fabrik Dobrowolsky u. Barick 10,50. Hof u. Co. 8,00. Fabrik W. Hoffmann 5,50. Fabrik Fährberg 9,30. Fabrik Weiser 9,10. Fabrik Schulz Blumenstraße 13. Fabrik Reinhold 7,55. Fabrik Schmidt 4,25. Von den Maurern in Landberg an der Warte 14,30. Typographen bei D. 5,25. Turnverein Freiheit Rowanow 2. —. Wohlthätige Anstalt zwischen Turn- verein Siedte Berlin und Freiheit Rowanow 4,50. Gefangenen Brüder- bund, 6. R. S. B. 10. —. Textilarbeiter-Verband, Filiale Kottbus 10. —. Am Bericht d. Reichs, Charlottenberger Weg 2,50. Arbeiter der Firma Gebr. Rothmann 21,30. Weiterer Beitrag nimmt das Gewerkschaftsbureau (M. Millang, Annenstr. 16, 1 Tr.) entgegen.

Eine Branchen-Versammlung der Tischmacher beschloß, die Werkstatt-Kontrollkommission zu beauftragen, sich demnächst ein- zugehen mit den Werkstätten der Tischbranche zu beschäftigen und das Resultat in einer späteren Branchen-Versammlung bekannt zu geben.

Im Verband der Nordmacher wurde in der letzten Ver- sammlung berichtet, daß am letzten Streik, der 3 Wochen dauerte, 106 Arbeiter theilhaftig waren. Die Gesamt-Einnahme betrug 2925 M., die Ausgabe 2260,30 M.; somit verblieb ein Ueber- schuß von 664,70 M. Seefeld, Krause und Berner wurden mit der Revision dieser Abrechnung betraut. Der nächsten Versammlung soll ein Streikreglement zur Annahme vorgelegt werden.

Deutsches Reich.

Die Handschuhmacher in Osterfeld sind in eine Lohn- bewegung eingetreten. Es handelt sich um Einführung eines einheitlichen Schnittpreises in sämtlichen Fabriken und beträgt der Aufschlag für einige Artikel bis zu 10 pCt. Die Fabrik G. Behrens, die größte am Orte, hat diese von den Handschuhmachern gestellte Forderung bewilligt, wohingegen die Handschuhmacher der übrigen Fabriken ihre Forderungen einreichten resp. schon in den Ausstand eingetreten sind. Es dürfte aber bei der Begeisterung, welche unter den be- troffenen Arbeitern herrscht, den Fabrikanten schwer fallen, aus ihrer Ablehnung zu beharren. — Daß die Lage für die Arbeiter gut ist, folgt daraus, daß auch schon eine zweite Fabrik, Behrens Söhne, die Forderungen bewilligt hat.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik in der F. F. Meyer'schen Schuhfabrik in Bremen dauert unverändert fort. Die Haltung der Streikenden ist eine musterhafte. Streikbrecher sind nicht zu ver- zeichnen. Der Ausstand der Zwiader bei der Firma B. Göthe und G. Fischer in Grotzsch bei Leipzig scheint sich auch auf die übrigen Arbeiter auszudehnen. Die Firma versucht durch die Be-

kanntgabe schwarzer Listen den Ausständigen die Aufnahme anderer Arbeit zu erschweren. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fern- zuhalten.

Spiegel in Fabriken. In verschiedenen größeren Werken Oberschlesiens scheint die durch Polizeispiegel besetzte Ueberwachung der Arbeiter, von der Auer auf dem letzten Parteitag ein Beispiel aus einer süddeutschen Fabrik ansführte, eingeführt zu werden. In einigen Fällen sind gerade während der Anwesenheit des Kaisers in Oberschlesien Leute als Arbeiter in größere Werke eingetreten, die gelegentlich des Verfahrens gegen die Bergarbeiter-Organisation in Jahre und Jaborze im Jahre 1894 vor Gericht als Polizeispiegel entlarvt wurden. Ueberhaupt steht hier noch das Spiegelwesen in voller Blüthe.

Die Arbeiter des sächsischen Gaswerks in Porscheid m legten am Sonntag früh wegen Ablehnung einer Forderung auf Lohnerhöhung plötzlich ihre Arbeit nieder und verzeigten damit die Pforten von der Gaskommission und der Gewerkschaft Vorzeims in nicht geringe Aufregung. Der Versuch, rasch auswärtige Kräfte zu gewinnen, mißlang, und so sah man sich veranlaßt, die verlangte Lohnerhöhung (von 3,40 M., bezw. 3,80 M. auf 4 M. bezw. 4,50 M. pro Tag) zu bewilligen. Nachmittags war der Ausstand schon beendet.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kypolda siegte die Liste des Gewerkschaftsartikels mit 167 gegen 27 Stimmen. In Dessau drang gleichfalls die Liste der Gewerkschaften mit großer Majorität durch. Bezüglich der Arbeitgeberliste ist die Ueberrumpelung nicht ganz gelungen, obwohl sie so leicht gewesen wäre. Unsere Kandidaten erhielten 13 Stimmen und die der Gegner mit Ausnahme eines auch 13 Stimmen. Es wäre also leicht gewesen, unsere ganze Liste durchzubringen. So aber mußte gelooft werden und kamen dadurch immerhin von den 5 aus der Klasse der Gewerbetreibenden zu wählenden Besitzern drei von unserer Liste zu der Ehre, als Arbeitgeberbeisitzer im Gewerbegericht für 6 bezw. 2 Jahre zu fungiren. Die Gewerbegerichtswahl in Augsburg endete mit einem Siege der organisirten Arbeiterschaft. Unsere Liste erhielt 9676, die der Gegner 8227 Stimmen.

Die freikundigen Schriftsteller der Firma Ludwig und Mayer in Frankfurt a. M. konnten in ihrer letzten Versammlung konstatiren, daß von den Ausständigen niemand wortbrüchig ge- worden ist. Die Firma hat versucht, durch Dranziehen von einigen ungelerten und ungenügenden Kräften theilweise den Betrieb fortzuführen, natürlich konnte das nur geschehen durch Erzeugung eines minderwertigen Fabrikats. Der Vorstand der Buchdrucker- Organisation beachtigt deshalb, die Buchdruckfirmen auf diesen Ausstand aufmerksam zu machen.

Versammlungsverbot auf Untwegen. Die „Babische Volks- stimme“ berichtet über ein interessantes Vorkommniß in Wein- heim, das eine große Reklamation aufweist mit der auch in anderen deutschen Staaten hier und da gelübten Praxis der Behörden, den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen zu erschweren. Die Metallarbeiter in genannter Stadt hatten vor einiger Zeit in einem dort erscheinenden Blättchen eine Versammlung angekündigt. Zugs ließ sich der Amtmann den Redakteur des Blattes kommen und bedeutete ihm, daß er die Versammlungsanzeige widerrufen müsse. Als das nicht geschah, vielmehr eine zweite Annonce erschien, wurde der Wirth des Versammlungslokals vor den gestrigen Herrn Amtmann zitiert. Diesem stellte der Amtmann in Aussicht, daß, wenn die Versamm- lung in seinem Lokale stattfände, er mit 50 M. bestraft und seine Wirthschaft geschlossen würde. Schließlich wurde dem Wirth der Rath gegeben, die Wirthschaft zu schließen, um so die Versammlung unmöglich zu machen. Ob die vorgelegte Behörde des Herrn Amtmann eine solche Einwirkung des Gast- wirths gegenüber in der freien Ausübung ihres Gewerbebetriebes billigt, bleibt abzuwarten.

Eingelassene Druckschriften.

Im Freien Stunden. Illustrirte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Bormardt) Preis pro Heft 10 Pf., enthält in Nr. 48 und 49 den laufenden großen Roman: Der Kampf um die Scheide von Gise Oresto (Fortsetzung). — Ferner: Die letzten Stunden eines Denkwürdigen. (Von Max H. Zeman). — Lebendig begraben. (Aus dem Granddäuischen). — Dies und Jenes (Journalistische und kulturhistorische Skizzen). — Wig und Scherz. In Heft 49 wird bereits der mit Heft 1 des zweiten Jahrganges be- ginnende Roman „Widenerab“ „Der Böhmern von Klauen“ angekündigt, der von dem bekannten Wandermaler G. M. Ullrich künstlerisch illustriert ist. Auch 18 ohne Preisänderung von Nr. 1 ab der Inhalt jedes Heftes von 16 Seiten auf 34 Seiten vermehrt.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Redaktion und Verlag: Berlin NW, Marienstr. 19) haben schon ihr 11. Heft erscheinen lassen. Dasselbe enthält ein Essay über den jüngst dahingegangenen Parteigenossen Grillenberger. Ferner wird in ihm die Kritik-Serie über den Stand der sozialistischen Be- wegung in den verschiedenen Kulturstaaten, welche bereits in Einzelbroschüren den Sozialismus in England, Italien, Polen, Ungarn, Spanien und Que- nensland behandelt hat, in diesem Heft fortgesetzt durch eine sehr eingehende Arbeit über den Sozialismus in Frankreich aus der Feder von A. de Sellhaas, dem bekannten Herausgeber des „Prolet Social“. Der Inhalt des elegant ausgestatteten Heftes ist im folgenden der folgenden: A. de Sellhaas: Der Sozialismus in Frankreich. — R. G. Zacher: Karl Grillenberger. — Henriette Fürth: Auslese und Sozialreform. — Dr. August Winter: Die feuballe Gese des Reiches. — G. Sorel: Der Ursprung des Staats- sozialismus in Frankreich. — Gertrud Bernhardt: Ein Roman von Gabriele d'Annunzio. — Dr. Johannes Menzinger: Rechtsprechung und Reichsgericht. — Rundschau: Deutsches Leben (Die politische Situation). — Aus der Zeit (Henry George) — Bücher. — Ein überaus charakteristisches Portrait Grillenberger's ist beigegeben. — Preis 50 Pf., pro Quartal 1,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. **Die juristische Sprechstunde** findet die Woche Montag, Frei- tag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr statt.

Zwei Wettende 45. Nur für Herren. **Abonnent 2. 30.** Ist nicht bekannt; vielleicht giebt Ihnen ein Fachorgan Auskunft.

N. 23. 1. Ob in dem Ausdruck „Flegel“ eine grobe Beleidigung, die zum Austritt aus der Arbeit berechtigt liegt, hängt von dem Empfindungs- grad der Richter ab. Berufliche Richter müssen die richtige Empfindung zu haben. 2. Ja. 3. 2 Jahre. 4. 3 Monate. 5. Ja. — M. P. und M. M. Der Antrag auf Minderhaltung der Liebemanns muss spätestens innerhalb 3 Monaten nach Ablauf der Ehezeit gestellt sein. Es müssen ferner vor der Ehezeit mindestens 235 M. geleistet sein. — **Gefundbrunnen.** Ja. 2. N. 100. R. 22. 5. 100. Rein. — M. Z. Sie möchten den Todestest beibringen oder ein Todesangebot beim Amtsgericht veranlassen. Das Aufgebotsverfahren setzt voraus, daß trag aller Nach- forschungen seit zehn Jahren keine Kunde über das Leben des Betreffenden zu erzielen war, und dauert etwa 1 Jahr. — M. D., Pankow. Rein.

Witterungsübersicht vom 27. November 1897.

Stationen.	Barometer stand in mm, reductirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° = 40° F.)
Swinemünde . .	760	WSW	8	Dunst	—1
Hamburg . . .	762	WSW	5	bedeckt	—1
Berlin	764	W	3	Schnee	—1
Biesbaden . . .	770	SO	2	Rebel	—2
München	771	W	4	Rebel	—5
Wien	772	Stil	—	Rebel	—8
Papacanda . . .	745	NO	2	wolfig	—5
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cord	764	W	5	bedeckt	12
Aberdeen	755	SW	3	halb bedeckt	6
Paris	772	SW	2	bedeckt	—4

Wetter-Prognose für Sonntag, 28. November 1897. Ein wenig warmer, zeitweise auflarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden. **Berliner Wetterbureau.**

Die Agrarfrage vor der französischen Kammer.

Paris, 22. November.

I. Statistisches.

Nach sieben Sonnabend-Sitzungen (die Interpellationen werden bekanntlich seit der letzten Wintersession in der Regel nur am Sonnabend verhandelt) ist die Interpellation des Genossen Jaurès über die Agrarfrage zum Abschluß gekommen. Ueber die ersten vier Sitzungen (drei Reden von Jaurès und die Antwort des Sozialistenführers Deschanel in der Sommersession) habe ich Ihnen ausführlich berichtet. Die letzten drei Sitzungen wurden fast vollständig ausgefüllt durch eine Rede des Genossen Gabriel Deville und durch zwei Reden des Ministerpräsidenten Méline.

Der interessanteste Punkt der letzten Debatte betrifft die tatsächliche Entwicklung der französischen Agrarverhältnisse seit der statistischen Erhebung von 1882. Dafür hat erst die jüngst veröffentlichte Agrarstatistik von 1892 ziffernmäßiges Material geliefert. Zur richtigen Beurteilung der Ergebnisse ist aber zunächst voranzuschicken, daß die bürokratisch zusammengesetzte und bearbeitete Statistik an einem wesentlichen Fehler leidet. Sie ist nach einzelnen Gemeinden ausgenommen worden, ohne Rücksicht darauf, daß der Grundbesitz gerade der größeren und größten Landwirthe auf verschiedene Gemeinden sich erstreckt, während das Umgekehrte, ein einziger Betrieb mit mehreren Eigentümern, viel seltener der Fall ist. Daher die die Wirklichkeit entscheidende Verschiebung der Besitzverhältnisse zu Gunsten der kleineren Betriebe.

Eine Vorstellung davon giebt der bedeutende Abstand zwischen der Zahl der Betriebe und der Zahl der Eigentümer. 1882 kamen auf 5 672 007 Betriebe insgesammt 4 895 246 Eigentümer, davon 3 525 342 selbstwirthschaftende. Und daß auch in der Statistik von 1892 derselbe grobe Fehler gemacht wurde, zeigt das Anwachsen der Betriebe um 30 745 bei dem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der selbstwirthschaftenden Eigentümer um 138 007. Demnach sind die statistischen Zahlen über das Verhältnis zwischen den einzelnen Besitzkategorien als entschieden schönfärberei zu betrachten.

Es sei noch vorausgeschickt, daß das gesammte landwirtschaftliche Gebiet (ohne die Steuerrückstände) seit 1882 um 213 000 Hektare zurückgegangen ist (49 578 000 Hektar anstatt 49 591 000 Hektar), eine für die Verchiebung der Besitzverhältnisse nicht unerhebliche Zahl, und daß die amtliche Statistik den Grundbesitz in vier Kategorien theilt: 1. unter ein Hektar — „ganz kleines Eigentum“, 2. von 1 bis 10 Hektar — „kleines Eigentum“, 3. von 10—40 Hektar — „mittleres Eigentum“, und 4. über 40 Hektar — „großes Eigentum“.

Die Verschiebungen in der Verteilung des Grundbesitzes zwischen 1882 und 1892 zeigt nun folgende Tabelle:

ha	1892		1882		Ab- oder Zunahme	
	Zahl der Betriebe	Fläche in Hektaren	Zahl der Betriebe	Fläche in Hektaren	Betrieb	Hektare
unter 1	2 167 667	1 088 898	2 285 405	1 327 253	+ 67 799	+ 243 420
1—10	2 685 030	11 366 274	2 617 558	11 244 700	- 17 472	- 121 574
10—40	727 222	14 845 630	711 118	14 318 417	- 16 104	- 527 293
über 40	142 088	22 266 104	138 691	22 403 373	- 3 997	+ 227 269

Es zeigt sich eine relativ (im Verhältnis zur Gesammfläche) erhebliche Zunahme des „ganz kleinen Eigentums“, d. h. desjenigen Grundbesitzes, der entweder kleinen Rentiers, Kleinbauern, Angehörigen liberaler Berufe und besser bezahlten Angestellten gehört, die sich ein kleines Landhaus nebst Hof und Garten leisten können, oder ländlichen Pächtern, Halbpächern und Tagelöhnern, die zugleich eine kleine Parzelle Land besitzen. Für die Fortschritte des landwirthschaftlichen Kleinbesitzes beweist also die Zunahme der Zwergebetriebe um 67 799 und ihrer Fläche um 243 420 Hektare jedenfalls gar nicht. Obendrein hat man allen Grund anzunehmen, daß die ländlichen Pächter, Halbpächer und Tagelöhner um weit mehr von der Zunahme profitirt haben. Ist doch ihre Zahl seit 1882 und 1874 000 auf 1 885 000, also um 186 000 zurückgegangen. Trotzdem aber versichert Méline, der in der Agrardebatte überhaupt rücksichtslos denn je der Wahrheit und der Gewissenhaftigkeit ins Gesicht schlug, daß jene Zunahme beweise, daß das kleine Eigentum im Begriffe ist, das mittlere zu untergraben und zu zerstückeln! Die Wahrheit ist, daß das wirkliche kleine Eigentum von 1—10 Hektar, das ist der Grundstock der französischen Bauernschaft, um 17 472 Betriebe und 121 574 Hektare abgenommen hat.

Hervorzuheben ist ferner die Verminderung des Großbesitzes (über 40 Hektare) um 3397 Betriebe bei gleichzeitiger Vermehrung der Fläche um 227 269 Hektare. Innerhalb dieser Kategorie ist jedoch zu unterscheiden zwischen den Betrieben von 40—100 Hektaren und denjenigen von über 100 Hektare: die Zahl der ersteren hat um 7894 abgenommen, die der letzteren um 4 497 zugenommen. Für die Veränderung des Flächenverhältnisses zwischen den beiden Gruppen fehlen die Angaben. Jedenfalls aber erscheint der Fortschritt der Konzentration des Großgrundbesitzes unbedeutend.

Alles in allem ergibt der Vergleich zwischen 1882 und 1892 eine nur schwache Veränderung zum Nachtheil des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes. Der den Besitz von 1—40 Hektar betreffende Verlust von rund 653 000 Hektaren rührt wohl zu einem Drittel von der Verwüstung der Heidesplazungen durch die Reblaus her, also von einer anormalen Erscheinung. Dadurch verringert sich noch mehr die rein sozialökonomische Bedeutung jenes Verlustes.

Betrachten wir noch die Veränderungen in der persönlichen Zusammensetzung der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Dieser Theil der Statistik ist viel zuverlässiger und belehrender.

Die Gesamtzahl der selbstwirthschaftenden Eigentümer ist 1882—1892 von 3 525 000 auf 3 387 000, um 138 000 gesunken. Dabei hat aber die Zahl der Eigentümer, die ausschließlich von ihrem landwirthschaftlichen Betrieb leben können, um 51 000 zugenommen (2 183 000 anstatt 2 132 000), während die Zahl der Pächter, Halbpächer und Tagelöhner, die zugleich ein Stückchen Land ihr eigen nennen, von 1 374 000 auf 1 188 000, um 186 000, zurückgegangen ist. Noch erheblicher ist der Rückgang der ganz besitzlosen Tagelöhner: er beträgt 270 000 Mann, 1 210 000 anstatt 1 480 000. Schließlich zählte man 122 000 Knechte und Mägde weniger, 1 882 000 anstatt 1 934 000.

In diesen Zahlen spiegelt sich wieder einerseits die Proletarisierung der Zwergebauer (eine Abnahme von 186 000 gegen eine Zunahme der selbständigen Landwirthe um 51 000, selbst vorausgesetzt, daß die Zunahme ausschließlich infolge des Emporstehens von Zwergebauern erfolgt ist und nicht auch, wie das aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein dürfte, infolge der weiteren Zersplitterung des mittelbäuerlichen Besitzes durch Erbtheilung) und die Verelendung der Klein- und Mittelbauern (Abnahme der Zahl der Dienstboten) und andererseits die Fortschritte des landwirthschaftlichen Maschinenbetriebes (Abnahme der Zahl der Tagelöhner bei gleichzeitiger Zunahme des Lohnes).

Insgesamt ist die Zahl der in der Landwirtschaft erworblichthätigen Personen 1882—1892 um 630 000 gesunken. Der Gesamtfortschritt der gleichen Personenzahl zwischen 1862 und 1882 beträgt 935 000, darunter 274 000 selbstwirthschaftende Eigentümer, 520 000 Tagelöhner und 141 000 Dienstboten weniger. Die Zer-

sehung der Agrarverhältnisse hat sich demnach 1882—1892 im Vergleich mit dem doppelt so großen Zeitraum 1862—1882, wenn auch nur um ein geringes, beschleunigt. Die Langsamkeit des Zerfallsprozesses und namentlich die einen Stillstand gleichkommende Veränderung der Größe des bäuerlichen Grundbesitzes erklärt sich im wesentlichen aus dem bekannten Eigenthumssinn des französischen Bauern, aus dessen unverwundlicher Anhänglichkeit an die Parzelle. So weit über die statistische Unterlage der letzten Agrardebatte. Die agrarpolitischen Ausführungen Gabriel Deville's, Méline's Lösung der Agrarfrage und die politische Bedeutung der ganzen Debatte sollen in einem zweiten Besuche behandelt werden.

Paris, 23. November.

II. Gabriel Deville's Agrarsozialismus und Méline's agrarischer Wahlmanisf.

Gabriel Deville's Rede bildet in ihrem theoretischen Theil gewissermaßen den ersten Versuch, das Agrarprogramm der französischen Arbeiterpartei theoretisch zu begründen. Im Gegensatz zu Jaurès stellt sich Deville auf den Boden dieses Programms, obwohl er übrigens seit vielen Jahren nicht mehr der Arbeiterpartei angehört. Er geht aus von dem schon im Agrarprogramm angedeuteten Unterschied zwischen dem auf eigener Arbeit beruhenden und dem kapitalistischen Privateigentum. Deschanel hatte den Sozialisten Widersprüche zwischen ihrer allgemeinen Auffassung vom Sozialismus und ihrer Auffassung vom Agrarsozialismus vorgeworfen, diese Widersprüche auf wohl taktische Rücksichten zurückführend. Deville antwortete darauf u. a. mit einem Zitate aus Karl Marx' „Kapital“, wo ebenfalls der Unterschied zwischen den beiden Arten Privateigentum gemacht werde. Die betreffende Stelle lautet im deutschen Original: „Die politische Ökonomie verwechselt prinzipiell zwei sehr verschiedene Sorten Privateigentum, wovon das eine auf eigener Arbeit des Produzenten beruht, das andere auf der Ausbeutung fremder Arbeit. Sie vergißt, daß das letztere nicht nur den direkten Gegensatz des ersteren bildet, sondern auch bloß auf seinem Grabe wächst.“ (Kapital, I. Band, 4. Auflage, S. 729.)

Deville folgert nun daraus zweierlei: Erstens, den seit Marx zum Gemeingut der Arbeiterpartei aller Länder gewordenen Satz, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Konzentration derselben in wenigen Händen durch die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses zur Vorbedingung hat. So lange also das bäuerliche Grundvermögen nicht zu kapitalistischem geworden ist, kann von dessen Vergesellschaftung nicht die Rede sein. Außerdem erklärte Deville ausdrücklich, daß er dafür halte, daß die dem Sozialismus zu Grunde liegende wirtschaftliche Entwicklung keine partielle sei: „Wir glauben, daß die Produktionsmittel, von selbst einen kollektiven Charakter annehmend, überall in einer mehr oder minder entfernten Zukunft zur Vergesellschaftung fähig werden.“ Dabei kann „der Bauer, ebenso wie der städtische Arbeiter, seine endgiltige Rettung nur im Siege der sozialistischen Ideen finden.“

Andererseits aber erblickt Deville in jenem auch von Marx konstatierten Unterschied die Rechtfertigung des praktischen Eintretens der Sozialisten für den Schutz des „kleinen Eigentums“ im allgemeinen und des bäuerlichen im besonderen: „Unter dem praktischen Gesichtspunkt muß man zwischen unseren Realisationen (auf unmittelbare Verwirklichung zielenden Forderungen) und unseren Voraussetzungen unterscheiden... Diese werden in keiner Weise jene beeinflussen, ... so daß die Realisationen, von den Umständen allein angetrieben, zu verschiedenen Lösungen führen werden, ganz einfach deshalb, weil sie sich an verschiedene Bedingungen anpassen haben.“ Mit anderen Worten, die sozialistische Auffassung von der wirtschaftlichen Entwicklung wird durch eine chinesische Mauer von der sozialistischen Tätigkeit getrennt. Prinzipien und Taktik sollen einander den Rücken kehren, sobald das „kleine Eigentum“ in Frage kommt. Deville erklärte denn auch ohne Umschweife: „Alle Reformen, die das Resultat herbeiführen würden, das kleine Eigentum wirklich zu schützen, ... so geringfügig sie seien und wer auch deren Urheber seien, werden uns, was man mag, es wollen oder nicht, unter ihren Anhängern finden.“ Und weiter: „Das wahre kleine Eigentum, d. i. dasjenige, welches hinreichend ist, um dem Besitzer ein unabhängiges Leben zu sichern, ... hat keine ausreichigeren, seine wärmeren und keine logischeren Verteidiger als die Kollektivist.“

Der Schutz des kleinen Eigentums in allen Formen liegt nach Deville außerdem im Interesse des Proletariats, da dessen Lage durch die Vermehrung der Zahl der auf Lohnarbeit angewiesenen Existenzen verschlechtert werde. Das individuelle Interesse des einzelnen Proletariats wird also mit dem historischen Klasseninteresse des Proletariats verwechselt, und zwar in noch weitgehenderem Maße wie das z. B. von Seiten der Gegner der Frauenarbeit geschieht.

In der Frage der praktischen Schutzmaßregeln zu Gunsten des kleinen Eigentums geht Deville dagegen nicht so weit, wie das Agrarprogramm. In der kapitalistischen Ordnung, so führte er aus, könne man für die kleinen Eigentümer „höchstens die Schwierigkeiten des Kampfes ums Dasein vorübergehend minder hart gestalten, namentlich durch Erleichterung und gerechtere Verteilung der Steuerlast“. Wozu aber dann der theoretische Berg des kleinbürgerlichen Sozialismus?

Zur Verwöhnung der Charakteristik des Deville'schen Agrarsozialismus sei noch folgendes erwähnt. Auf eine Anpassung Méline's, der nach bekannten Mustern den vom Kapitalismus ausgehenden Bauern vor dem „Zukunftsaufstand“ grüselig zu machen suchte, antwortete Deville, daß in der sozialistischen Gesellschaft der kleine Eigentümer zwar kein Verkaufsrecht haben werde, daß dazu die Möglichkeit fehlen werde; es ließe sich aber weder theoretisch noch praktisch etwas dagegen einwenden, daß, so lange die Thatsachen unsere Voraussetzungen nicht in ihrer Gesamtheit gerechtfertigt haben, der kleine Eigentümer unter gewissen Garantien — Lohnarbeiter verwenden sollte.“

Deville's Rede ist, im ganzen genommen, ein meines Erachtens notwendigerweise mißlungener Versuch, die kleinbürgerlichen Tendenzen der meisten Richtungen des französischen Sozialismus vom Standpunkte des proletarischen Sozialismus zu rechtfertigen... Méline hat, wie bereits bemerkt, in seiner Antwort noch mehr gesunkert, als das sonst bei diesem „Staatsmann“ der Bourgeoisie üblich ist. Kein Wunder, da seine Rede von vornherein als ein Wahlmanisf gedacht war, zum Zwecke der Einseitigkeit der bäuerlichen Wählermasse, dieser letzten Reserve der Bourgeoisie. Der erste Theil der Méline'schen Rede, worin er mit den amtlichen statistischen Zahlen Schindluder trieb und den Sozialismus wieder einmal todtzureden versuchte, ist ohne jedes sachliche Interesse. Im zweiten Theil suchte er seine „Lösung“ der Agrarfrage in recht marxistischer Form vor den Augen des naiven Bauer erklären zu lassen.

„Niedrigere Produktionskosten und höhere Verkaufspreise“ — nach dieser walwurprätiglichen Formel sind alle agrarischen Unzufriedenheiten Méline's zubereitet, aber wohl gemerkt, nur insofern das Gesamtinteresse der Bourgeoisie dadurch nicht verletzt wird. Das ist ja der hervorsteckendste Unterschied zwischen Méline und den deutschen Agrariern. Während diese konsequent und daher nur allzu aufrichtig die Interessen der nichtagrarischen Bourgeoisie opfern möchten, treibt Méline auf wirtschaftlichem wie auf rein politischem Gebiet ein heuchlerisches Doppelspiel. Dazu zwingt ihn die Zusammensetzung seiner parlamentarischen Mehrheit, die wohl ebensowenig nichtagrarische und

fröhlicher Elemente aufweist, wie unentwegte Agrarier, — eine Zusammensetzung, die ihrerseits wieder der Ausbruch der verzerrten Verhältnisse der Klassenkräfte Frankreichs ist. Die französische Bourgeoisie kann sich vor dem Ansturm der proletarischen und kleinbürgerlichen Kräfte nur unter der Bedingung am Ruher erhalten, daß sie ihre inneren Zwistigkeiten schieblich friedlich zum Schweigen bringt.

Daher die relative Harmlosigkeit der Méline'schen Heilmittelchen, die tendenziösen „Wenn“ und „Aber“ seiner ganzen Argumentation. Er bezeichnet die Geldwährung als eine der Hauptursachen des Sinkens der Getreidepreise, — was ihm beiläufig eine herbe und treffende Kritik seitens seines politischen Freundes Yves Guynet im freilich wenig gelesebenen „Século“ zuzog, — zugleich aber verlegte er die Einwirkung des rettenden Bimetallismus in die märchenhafte Zeit, wo diese Maßnahme durch eine internationale Uebereinkunft beschlossen werden würde. Die Steuerlast, meinte er ferner, müsse von der Landwirtschaft auf das mobile Eigentum abgewälzt werden; in Wirklichkeit aber hat er während seiner Regierungszeit aus Rücksicht auf die nichtagrarische Bourgeoisie zuerst die Rentensteuer und dann die ganze Steuerreform fallen lassen. Schließlich ist davon nichts übrig geblieben, als die Entlastung der staatlichen Grundsteuer um 26 Millionen. Und gar erst die wahre Steuerreform zu Gunsten der Bauernmasse, die von den Sozialisten und Radikalen vertheidigte progressive Einkommensteuer, hatte niemand energischer bekämpft als gerade der Bauerndemagog Méline. Weiter: er behauptete die übermäßige Bedeutung der Getreidespekulation; er versicherte aber sogleich der spekulierenden Bourgeoisie, daß er an das Verbot des Terminhandels nicht denke, — wie er übrigens auch die bestehenden Gesetze gegen die Spekulation nicht anzuwenden versucht hat. Dagegen liegt ihm am Herzen die Unterdrückung des kleinen Zwischenhandels in Agrarprodukten auf dem Wege der landwirthschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, sowie der Errichtung von genossenschaftlichen Wäckeren und Fleischerieien. Im Unterschied von den deutschen agrarischen „Mittelstandsparteilern“ braucht ja Méline auf das Kleinbäuerthum keine Rücksicht zu nehmen, indem dieses ein für allemal radikal und sozialistisch wählt.

Immerhin packte ihn ein gelindes Grinsen vor seinen eigenen Worten, als ihn die Sozialisten auf der gegen den Zwischenhandel gerichteten Erklärung festnagelten, so daß er nachträglich in das amtliche Stenogramm seiner Rede eine abschwächende Aeußerung hineinschmuggelte.

Neben der Unterdrückung des Zwischenhandels stellte er selbstverständlich noch weitere eventuelle Forderungen in Aussicht. Im übrigen versprach er Wunder von der weiteren Entwicklung der gegenseitigen landwirthschaftlichen Kreditgenossenschaften, — nachdem er die Zuhilfenahme der Bank von Frankreich für die Schaffung eines ausgiebigen und billigen Bodenkredits im Interesse der Bankokratie hintertrieben und auf ein Almosen von 40 Millionen hatte reduziren lassen.

Die Bauern müssen verunsichert sein, um auf den Räder der Méline'schen „Lösung“, die höchstens den Großbauern nützen kann, anzuhäufen. Die Ordnungsmehrheit ist aber vom Glauben an die bäuerliche Nothwehr so sehr durchdrungen, daß sie den öffentlichen Anschlag der Méline'schen Rede votirt hat — nebst dem eingeschmuggelten Sähen bezüglich des Zwischenhandels, trotz des Protestes von Jaurès.

Dagegen wurde die von Jaurès beantragte Veranstaltung einer öffentlichen Enquete über die Lage der Landwirtschaft wohlweislich abgelehnt. Das wird für die Sozialisten eine weitere agitatorische Waffe in ihrer ländlichen Propaganda sein. Ich sage: eine weitere, weil, wie Jaurès treffend betonte, schon der öffentliche Anschlag der Méline'schen Rede der sozialistischen Landagitator Vorschub leisten muß.

Versammlungen.

Die Händler besprachen am Freitag in einer öffentlichen Versammlung verschiedene Mißstände, unter denen die Kleinbändler mit Weihnachtsbäumen zu leiden haben. Es wurde darüber geflaggt, daß die Großhändler auf den Lagerplätzen, die sie auf den Bahnhöfen inne haben, einen Kleinhandel mit Weihnachtsbäumen betreiben, und daß dadurch die Kleinbändler geschädigt werden. Weiter schloß sich die Kleinbändler dadurch benachteiligt, daß die Erhebung des Standgeldes für die Verkaufsstellen, welche die Händler auf den Straßen und Plätzen inne haben, an die Gebrüder Krüger in Generalpacht vergeben ist, und die genannten Herren die Höhe des von ihnen eingezogenen Standgeldes anscheinend ganz nach eigenem Belieben festsetzen. Dagegen wünschen die Händler, daß von der zuständigen Behörde ein fester, den Verhältnissen angemessener Tarif für das Standgeld bestimmt wird. Wegen des Kleinhandels auf den Bahnhöfen hat sich eine Kommission der Händler bereits im Februar d. J. an die betreffenden Eisenbahn-Betriebsinspektionen gewandt, worauf die Antwort erfolgte, daß die Großhändler die Lagerplätze kontraktlich gemietet haben und die Eisenbahn-Verwaltung nicht in der Lage sei, in den Geschäftsbetrieb der Lagerplätze Inhaber einzugreifen. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, eine erneute Eingabe an die Eisenbahn-Direktionen zu richten, worin diese erlucht werden, bei der Neuvermichtung von Lagerplätzen die Bestimmung in die Kontrakte aufzunehmen, daß den Großhändlern der Kleinhandel auf den Lagerplätzen untersagt ist. — Damit noch vor dem Beginn des Weihnachtbaum-Handels eine ausgiebige Agitation für die Interessen der Christbaumhändler betrieben werden kann, wurde die bestehende Agitationskommission um vier Mitglieder verstärkt und derselben aufgegeben, Adressen von Christbaumhändlern zu sammeln und Geldsammlungen vorzunehmen.

In einer öffentlichen Wäckererversammlung, die am 28. d. M. im „Schützenhaus“ tagte, hielt der Redakteur der „Deutschen Wäcker-Zeitung“ einen Vortrag über die technische Entwicklung im Wäcker-Handel. Die anschließende Diskussion drehte sich um die Organisationsfrage. Verschiedene Redner wiesen darauf hin, daß nur eine feste, geschlossene Organisation im Stande ist, die Lage der Wäcker-Arbeiter zu verbessern. Eine dahingehende Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Verband der Sattler, Abtheilung der Koffer- und Taschenarbeiter, erörtert in seiner Versammlung vom 28. November die Frage: Wie stellen sich die Mitglieder zu dem Antrage der Filiale I betreffend die Urabstimmung über die Einlösung der Arbeitslosen-Unterstützung? Nach einem erschöpfenden Referat von Herber's über den Ruher der Arbeitslosen-Unterstützung beschloß die Versammlung, sich für die Urabstimmung zu erklären.

Veroin deutscher Schuhmacher. Montag, den 20. November, abends 8 Uhr: 1. Jahrestag I bei Herrn, Weinstr. 11. 2. Jahrestag II bei Herrn, Dragonerstr. 16. 3. Jahrestag III im Klubhaus, Kommandantenstr. 72. 4. Jahrestag IV bei Frau, Adalbertstr. 21. 5. Jahrestag V (Schulstraßen) bei Schiller, Rosenholzerstr. 57. 6. Jahrestag VI bei Herrn, Grünwaldstraße 110. 7. Jahrestag VII bei Herrn, den 20. November: 8. Jahrestag VIII bei Herrn, Frankfurt-Wies 174; Vortrag des Genossen F. Ruffin.

Samstagskursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 29. November, abends 8 Uhr, bei Herrn Neumann, Brunnenstr. 150; Vortrag über: Auerhäuser, Knochenbrüche und Verrenkungen. Nachdem praktische Übungen.

Allgemeine Familien-Verkehrskasse. Heute Sonntag: Adressen, 123 bei Diele und Oranienstr. 22a bei Busow.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Parteigenossen und Genossen werden auf den 28. Abend 7 Uhr in Feuerherren's Gasthaus, Alte Jakobstr. 76, stattfindenden Vortrag von Herrn Dr. B. über „Die Weltanschauung“ aufmerksam gemacht. Am nächsten Abend findet der Vortrag.

Vertrauensleute der Stokerarbeiter. Nächste Sitzung Freitag, den 1. Dezember, bei Kölln, Rosenholzerstr. 13.

Geselliger Verein Waldgrün. Sitzung heute Nachmittag 5 Uhr bei Herrmann, Köllnstr. 8.

*) Diese Einschränkung ist im Auge zu behalten, da Deville's Rede in manchem sich mit den Ansichten der Arbeiterpartei nicht deckt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonntag, 29. November.
Freie Volkshöhle (Fried. Wilhelmshändelstr.) 3. Abtheilung. Die Robinsonsche. Vorher: Sein Jubiläum. Anfang 8 Uhr.
Cyprianus. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Das neue Weib. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Delia's Hochzeit.
Deutsches Jugendtheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 1/2 Uhr: Einsame Menschen.
Montag: Die verunkelte Mode.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 1/2 Uhr: Mein Leopold.
Montag: In Behandlung.
Goethe. Circuleuse. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Othello.
Montag: Der Parterre von Kirchfeld.
Lefing. Hans Hudebein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Jugend.
Montag: Hans Hudebein.
Schiller. Madame Bonnard. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
Montag: Bonina Bonini.
Neues. Im Dorfbau. Scherzmittwoch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Trübe.
Montag: Die Ehrenverfälschung.
Selke-Milane. Herdaffären. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Herdaffären.
Reibung. Dorina. Vorher: Vico versa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Othello.
Montag: Dorina. Vico versa.
Unter den Linden. Blaubart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Großherzogin von Gersolien.
Montag: Blaubart.
Central. Berliner Hölzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Diefelbe Vorstellung.
Thalia. Die Drillingmutter. Frau Picotant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 4 Uhr: Sänkel und Geisel. Vorher: Das Wetterhändchen.
Montag: Toben und Toben.
Friedrich-Wilhelmshändelstr. Der kausche Joseph. Vorher: Der Streif der Schmeiche. Ein kleines Ribberhändchen. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Ostend. Leben und Lieben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Gebannt und erlöst.
Montag: Leben und Lieben.
Alexanderyplatz. Die Geheimnisse der anderen Welt. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Trübsen des Dich. Sief streck Dich, Knüttel aus dem Saal.
Montag: Die Geheimnisse der anderen Welt.
Luisen. Der große Wohlthäter. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Das alte Weib.
Montag: Othello.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundl. Anst. 10 Uhr. Täglich abends 8 Uhr. Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse No. 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschläge!

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis 25 Pf.
Reichhaltigste Sammlung der Welt an lebenden Seethieren, Reptilien etc.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Wiener Tanz- und Operellen-Gesellschaft.
6-10 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182. Dir. G. Weib.
Nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Gebannt und erlöst.
Schauspiel nach Berner's Roman in der Gartenlaube. — Abends 7 1/2 Uhr: Novität! Zum 4. Male: Novität!
Leben und Lieben.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von D. Klein. Musik von G. Wanda. Im Tunnel von abends 6 Uhr ab: — Frei-Konzert. —
Vorher: Leben und Lieben.

Volks-Theater
Im Welt-Restaurant
97. Dresdenener Straße 97.
Novität! Täglich: Novität!
D diese Radler!
Bosen-Burleske von D. Hoeder. Im vorderen Saale:
„Almenrausch n. Edelweiss“
Tyroler Sänger-Gesellschaft.
Direktion: Alois Ebner.
Sonntags 6 Uhr.
Anfang: Nachmittags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Heute Sonntag:
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Neues brillantes Programm.
Max Franklin-Troupe.
Melanie Robertil.
Paxton's Schönheits-Gallerie und noch 20 Kunstkräfte.
Montag: Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Reichshallen-Tunnel:
Militär-Offeney-Konzert.
Kapelle d. 5. Garde-Reg. i. Unif.
Anfang 6 Uhr.
Montag: Alexander-Kapelle in Uniform.
Dir. J. Janisch.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Berte
Vorstellung im Schiller-Jubäum:
Maria Stuart. — Abends
8 Uhr: Madame Bonnard.
Montag, abends 8 Uhr: Bonina
Bonini.
Dienstag, abends 8 Uhr: Bonina
Bonini.

Luisen-Theater
31. Reichendergerstraße 31.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Schauspiel in 3 Aufzügen von Betty
Philip.
Abends 8 Uhr:
Der große Wohlthäter.
Vollständ. mit Gesang in 6 Bildern
von G. Wilken. Musik von H. Val.
Montag zum 2. Male: **Othello.**
Direkte Verbindung mit dem Theater:
Gleitz-Bahn: Dönhofsplatz-Reichen-
bergersstraße in 10 Minuten.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Sonntag, den 28. November 1907,
nachm. 3 Uhr:
Berliner Fahrten.
Vollständ. Ausstattung mit Gesang
und Tanz in 6 Bildern von Julius
Freund und Wilhelm Mannhaldt.
Musik von Jul. Cindolhofer.
Abends 7 1/2 Uhr:
Berliner Fahrten.
Fritz Linke,
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal,
Zimmerstr. 33, (früher Züdenstr. 36.)

Urania
Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Anst. täglich
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr
Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62:
Täglich (außer Sonntags und
Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissen-
schaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschläge!

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a,
Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis
25 Pf.
Reichhaltigste Sammlung
der Welt an lebenden Seethieren,
Reptilien etc.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Wiener Tanz- und Operellen-Gesellschaft.
6-10 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182. Dir. G. Weib.
Nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Gebannt und erlöst.
Schauspiel nach Berner's Roman in der Gartenlaube. — Abends 7 1/2 Uhr: Novität! Zum 4. Male: Novität!
Leben und Lieben.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von D. Klein. Musik von G. Wanda. Im Tunnel von abends 6 Uhr ab: — Frei-Konzert. —
Vorher: Leben und Lieben.

Volks-Theater
Im Welt-Restaurant
97. Dresdenener Straße 97.
Novität! Täglich: Novität!
D diese Radler!
Bosen-Burleske von D. Hoeder. Im vorderen Saale:
„Almenrausch n. Edelweiss“
Tyroler Sänger-Gesellschaft.
Direktion: Alois Ebner.
Sonntags 6 Uhr.
Anfang: Nachmittags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Heute Sonntag:
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Neues brillantes Programm.
Max Franklin-Troupe.
Melanie Robertil.
Paxton's Schönheits-Gallerie und noch 20 Kunstkräfte.
Montag: Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Reichshallen-Tunnel:
Militär-Offeney-Konzert.
Kapelle d. 5. Garde-Reg. i. Unif.
Anfang 6 Uhr.
Montag: Alexander-Kapelle in Uniform.
Dir. J. Janisch.

Schreiben hilft doch!
Das Publikum schreibt vor Vorführen in
Quarg's
Vandeville Theater
Gr. Frankfurterstr. 182/183.
wird seit täglich überfüllt.
Der Grund hierfür sind einzig
und allein die beiden Lustspiele
Das Modell
und
Das Armband
welche von den
I. Original-Budapestern
(Lautsky & Spitzer)
mit enormen Erfolg
zur Aufführung gebracht werden.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Wochent. 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Carmen Faur.
Robert Steidl.
La Foy
mit ihrer Novität:
Der Feuer- und Flammentanz
und 30 Künstler I. Ranges.
Kasseneröffnung 8 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch, den 1. Dezember 1907:
Wiederantritt des Gesangs-Humor.
*** Ollo Reuter. ***

I. Original-Budapester
Possen- u. Operellen-Theater
Begründer und Direktion:
Anton und Donat Herrfeld.
Kaufmann's Variété.
Heute zum 83. Male:
Ein
Abend im Wintergarten.
Im Atelier.
Formal das hervorragendste
Spezialitäten-Ensemble
In Vorbereitung:
Familie Kochsalz.
Von Dreien der Glücklichenste.
Anfang: Wochentags 1/2, 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Heute, Sonntag, den 28. November:
Neu! Neu!
Madame Potiphar.
Charakterstudie mit Gesang in 6 Bildern
von Carl's Duchsow.
Nach der Vorstellung Tanztroupe.
Montag: Madame Potiphar.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Dir.: Winkler & Fröbel.
Nur noch bis Dienstag
Mitt., Winter und Witz, freudig
in der mit stürmischem Beifall
aufgenommenen Gesangs- und
Tanz-Posse
Die Ballet-Ratten.
Tanz das brillante erfolgreiche
November-Programm.
30 Nummern.
Künstler ersten Ranges.
Lebende Photographien.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1,50 R.
Mittwoch: Das große Weihnachts-
Programm.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Novität-Programm.
Neu! Mr. Boby, Clown, Neu!
mit seinen Wundertänzen.
Neu! Der Klingelring von Vofse.
Volkslied. Viel Erfolg!
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Victoria-Brauerei.
Wegscheiderstr. 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Jeden Montag und Freitag:
Stettiner Sänger
(Weibel, Vietor, Britton, Steidl, Kreue, Köhl, Schneider und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Zum Schluss, neu:
Ein Orchester-Streik.
Instrumental-Ensemble v. Weibel.
Dienstag:
Böhmisches Braukhaus.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresden-Str. 52/53 (Alte-Passage)
Kunstreise 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Lohnender Familien-Aufführung.
Mit durchgängig neuer Ausstattung:
Tolle Berliner Fahrten.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang
und Tanz. — Vorher:
Junge Männer u. alte Weiber.
Kupspiel in 1 Akt von Th. Apel.
Kassieren sammt Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Referentier Platz 50 Pf.

Louis Keller's Festsäle
Koppenstr. 20
Größtes und schönstes Stabliement
der Residenz.
Heute, Sonntag:
Grosse Soirée der Norddeutschen Sänger
Steinmey, Gahnbly, Zimmermann, Reifing, Stobbe, Stangenberg und Fried, sowie
Großes Instrumental-Konzert
des Neuen Berliner Konzert-
Orchesters unter persönlicher Leitung
des Musikdirektors Rudolf Tietz.
Nachdem: **Großer Ball.**
Zwei stark besetzte Orchester, Streich-
und Bläsermusik.
Anfang 5 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.
Nachdem: **Gr. Soirée**
des Steinmey-Norddeutschen Sänger
u. Familien-Kränzchen. Anfang 8 Uhr.

Koncert-Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. G. Pierr.
Kritischer Leiter Jos. Klinger.
Bisher unterricht. Stimmlicher
Beifall!
Mit vollen Segeln.
Lebensbild mit Musik in 3 Akten.
von D. Schulz.
Vorzügliche neue Spezialitäten.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entrée: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 50 Pf.
Wochent. Passé-partout's giftig.
Diese Vorstellungen finden jeden
Sonntag, Dienstag und Donnerstag
statt.

Actien-Brauerei Friedrichshain.
Heute
Sonntag:
Musik-Nacht des
4. Garde-Regiments
zu Fuß.
Dir. Frz. K. Bergter.
Anfang 5 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pfennig.
Mittwoch, 1. Dezbr.: Symphonie-
Konzert derselben Kapelle.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Sonntag, 28. November 1897:
2 große Vorstellungen 2
Nachmittags 4 Uhr
1 Kind unter 10 Jahren frei; weitere
Kinder halbe Preise.
Elite-Vorstellung.
Pferd und Hund, Original-Dressur
des Sign. Corradini, Parfettin-
Zelesti, choreogr. Spielbe. Die schön-
ste Volkshochschule, ger. von Herrn
Gruno. Auftreten des berühmten
Clown Herrn Eugen Feldmann
mit 1. dress. Affen, Hunden u. Der
neuen dress. Elefant, vom Szene v.
Herrn Clown Bogdanowitsch. Vor-
führung d. Kinematographen, System
Hageborn, Berlin.
Abends 7 1/2 Uhr:
Nach Sibirien.
Das großart. aller Wandlung-Schauf.
Wunder der hervort. Nummern
des Repertoires.
Vorher: Nach Sibirien.

Gesellschaftshaus
Zwinnmünderstr. 12 (alte Nr. 35)
jeden Sonntag:
Ball u. Theater-Vorstellung.
Empfehle meine Säle (250 u. 700
Personen fassen) sowie Vereinszimmer
zu Festlichkeiten und Versammlungen
29812*
Kübler.

Brochnow's Fest-Säle,
Sebastianstr. 39.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag, Sonnabend:
Volks-Ball.
Einige Sonntage sind noch frei.

Stabliement Feldschlösschen.
Zunaber Fritz Nagel
Müller-Str. Nr. 112.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Konzert, Theater- u. Spezialität-
Vorstellung. Nach der Vorh.: Ball.
Mittwochs gelten Passé-partouts.
Im November u. Dezember hat noch
einige Sonntage für Vereine frei.

Mundt's Saal.
Zun. Ernst Gründer.
Röhrerstraße 100.
Fernsprecher Amt VII 39.
Täglich: **Grosser Ball.**
Entrée: Herren 50 Pf.
Tanz Garderobe Damen 25 Pf.

Wedding-Park
Müllerstraße Nr. 178.
Empfehle meine Säle mit
Bühne, 500 Personen fassend,
zu Versammlungen, Hochzeiten
und and. Festlichkeiten. — Jeden
Sonntag: Konzert u. Ball.
Donnerstag: Tanz-Unterricht.
7 Regelbahnen, Witz, Tropp.

Voranzeige!
Sonntag, den 19. Dezember er., mittags 12 Uhr, in „Keller's
Festsäle“, Koppenstr. 29:
Grosse Matinée
zum Besten der „englischen Maschinenbauer“,
veranstaltet von der
Freien Vereinigung d. Musik-Vereinsmitglieder Berlin u. Umgegend.
Ausgeführt von einer ca. 50 Mann starken Kapelle unter Leitung des
Hrn. Gartmann, unter glühender Mitwirkung des Nummern (oben Quartett).
Dirigiert Herr Rud. Kummer, u. des Gesangskomponisten Hrn. C. Rabke.
Zur Aufführung gelangen u. a.: Die Duertetten „Robespierre“ von
Pittolli und „Freiheit“ von G. R. v. Weber; Serenade von Lili, Solo für
Hrte u. Horn; Transcription über das Lied: „Kummt ein Vogel geflogen“
von S. Dohs; „Spielmannslied“ von Weid, für Violin-Solo, Violon-Solo,
Klarinetten und Pianofortebegleitung.
Schwiegervater u. Schwiegersonn, komische Scene.
Des guten Zweckes wegen wird zahlreicher Besuch erwartet. Besuche sich
eher rechtzeitig mit Billets. Niemand darf sich ausschließen!
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Eintritt 25 Pf. Der Vorstand.

Achtung! Händler! Achtung!
Sonntag, den 28. November, im Englischen Garten,
Alexandersstrasse 27c:
Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
Vortrag des Kollegen Gottfeld.
In den Zwischenpausen:
Humoristische und ernste Vorträge.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 10 Pf.
Kollegen, die am Tanz theilnehmen, zahlen 25 Pf. nach.
Das Vergnügungs-Komitee.
J. A. S. Müller, Große Frankfurterstr. 96.

Robert Drescher's Bierhaus,
Linienstr. 218, am Schönhof Thor.
Empfehle schönes Brauer für Vereine und Festsäle. (35682*)

Robert Scheere, Restaurant „Zangerheim“,
O. Blumen-Str. 38.
Telephon: Amt VII Nr. 3760.
Arbeitsnachweis der Möbelpolster, Brauer, Brauerei-Hilfsarbeiter,
Zahnteile des Verbandes der Holzarbeiter, Kleinarbeiter, Buchbinder,
Kaler, der Orlis-Krankeinfasse der Modellpolster, der Seutzi-Krankeinfasse
der Schuhmacher, Maler, Gold- und Silberarbeiter, Buchbinder und des
Wahlvereins des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Oden).
„Alt-Berlin“, am Molkenmarkt, Molkenstrasse 12.
Empfehle mein Weib- und Bairisch-Bier-Pokal nebst Vereinszimmer.
Großer Frühstück, Mittags- und Abendlich. Jeden Montag: **Zahnteile.**
Sonntags: Weibfleisch, nachmittags: feine Würst, wozu ergebend einlobet
NB. Craft-Schnaps (Schmalzer) heiss vorrätig.
Hermann Gärtner.

Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 33.
3 Säle, neu renoviert, sind f. einige gute Sonntage
noch zu vergeben, ebenso mehrere Vereinsz.
Zum 1. Weihnachtsfeiertag Saal mit Bühne freigegeben.

„Märkischer Hof“, Admiralsstr. 18c. Jeden
Spiegelball: Gr. Feindb. Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Gr. Horn- und
Eierchenmusik. Beide Säle zu Doppelten, Vereinsfestlichkeiten u. Versammlungen
i. verg. Die Restaurationskondition freien Sonntags den geehrten Familien zur
Verfügung. Große und kleine Vereinszimmer sind noch frei. Sylvester-
abend und Neujahr sind die beiden Säle an Vereine zu vergeben.

Stabliement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** — Anfang 5 Uhr. — Ende 2 Uhr
Einige Sonntage sind noch zu vergeben.
Hermann Brüder.

W. Würschel, C. Züdenstr. 35/36.
(An der Stralenerstrasse) 29842*
empfehle mein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereins-
zimmern f. 20-50 Pers. Frühstück, Mittag- u. Abendlich u. solib. Preis
Renz' Ball-Salon, Naunynstr. 27.
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und
Versammlungen. Einige Sonntage sind noch unter kulantesten Be-
dingungen an Vereine zu vergeben. 23606*
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Gustav Gramann.

Bürgerliches Gesellschaftshaus
Lilienstrasse 96 (am Koppenplatz). Zunaber: H. Lüdcke.
Empfehle meine Säle, bis 120 Personen fassend, sowie große Vereins-
zimmer. Gute Küche und wohlfürsorgende Dienstleistungen zu soliden Preisen. (34422)*
Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
Grosse Säle. 30942*
Mittwochs und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Vorzügliche
Küche, Musikpavillon,
Schlachband, Regelbahnen u.
sonstige diverse Belustigungen.
Deconomie: Martin Berndt
34462*) Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Zuh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen unentgeltlich, sowie
zu Sommer- u. Winterfestlich-
keiten b. kulantesten Bedingungen.
4. und 11. Dezember
wie auch: Wadendallzeit noch Solib. frei
Engl. Garten, Alexandersstr. 27c.
Säle elektrisch erleuchtet. 30942*

Achtung, Vereine!
3. Weihnachtsfeiertag
großer Saal frei.
Englischer Garten, Alexandersstr. 27c.
Für Vereine!
Alle Tage noch zu haben: Saal
u. Bühne, Vereinszimmer u. Piano,
Regelbahn, Abends 2,50 R. Invaliden-
str. 146 bei W. Weib. 36702*

W. Liebehenschel,
Mariannenstr. 48.
empfehle mein Frühstück, Mittag-
und Abendlich zu soliden Preisen

Möbel
In jedem Stil und jeder Holzart
überst. billig, auch auf Teilzahlung.
Gr. Lager gebrauchter und verlebter
gewellter Möbel 34502*
Oranienstr. 73.
Bettten, Gardinen, Tischdecken (postl.),
Kandernstr. 6, Pfandleide.*

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
 Sonntag, 28. November, abds. 6 1/2 Uhr, b. Zubell, Lindenstr. 106:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen Dr. Völkel aus Halle a. S. über: Unser täglich Brot und heute.
 Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 Die Vertrauensperson.

III. Wahlkreis.
 Sonntag, den 28. November 1897, abends 6 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Cohn, Benthstr. 21:
Öffentl. Versammlung.
 Vortrag des Genossen Paul Jahn über: Das menschliche Gut und die soziale Frage. Darauf: Gemüthliches Beisammensein. Entree 10 Pf. Garderobe 10 Pf. [214/1] Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Zühlke, Donnewitz-Strasse 13:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 230/3
 1. Die politische Lage und die Bedeutung der Wahlvereine. Referent: Genosse Reichstags-Abgeordneter R. Fischer. 2. Diskussion. Gäste haben Zutritt.
 Der Vorstand.
 NB. Die Genossen werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß in der Generalversammlung der Beschluß gefaßt wurde, die Versammlungen pünktlich 8 1/2 Uhr zu eröffnen und wird um fröhliches Erscheinen gebeten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Große Versammlung
 am Dienstag, den 30. November cr., abends 8 1/2 Uhr,
 in den „Oranienhallen“, Oranienstr. 51.
 Tages-Ordnung:
 1. Die industrielle Entwicklung und die Arbeiterkämpfe. Referent: Genosse Georg Wagner. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

Achtung! Heute! Achtung!
 Sonntag, den 28. Nov., abends 6 Uhr,
 im Lokale des Herrn Schmidt, Hochstrasse 32a.
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Ottilie Bander über: Die Lebenshaltung und Sterblichkeit des Proletariats. 2. Diskussion. 1/14
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Einberuferin.

Männer. Frauen.
Volks-Versammlung
 am Montag, den 29. Nov., abends 8 Uhr,
 in Keller's gr. Festsaal, Koppenstr. 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Bibel und Katechismus im Lichte unserer Zeit. Referent: Schriftsteller Dr. Völkel aus Halle a. S. 2. Freie Diskussion. Die Herren Geistlichen der umliegenden Kirchen sind brieflich hierzu eingeladen. J. u.: Ad. Hoffmann.
 Austrittsbescheinigungen sind bei folgenden Kommissionsmitgliedern zu haben und werden auf Wunsch angefertigt: H. Budow, Rindbergstr. 10; H. Hoffmann, Blumenstr. 14; G. Jänisch, Weidenweg 77; G. Lindemann, Moritzstr. 9; G. Bohne, Brunnenstr. 141. 203/76

Bildungsverein „Mehr Licht“
 Sonntag, 28. November, abends 6 Uhr, Alexanderstraße 27c:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: Geschichts-schreibung und Geschichtslehren. — Diskussion. — Darauf: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. — Entree 10 Pf. — Garderobe 10 Pf. 57/17

Friedrichsberg
Arbeiter! Arbeiterinnen!
 Dienstag, den 30. November 1897, abends 8 Uhr,
 im Lokale des Hrn. Gürsch, Frankfurter Allee 174:
Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung
 Tages-Ordnung: 224/9
 1. Vortrag des Genossen Paul Vitkin über: „Der Nierenkampf um den Achtstundentag in England“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerkschaftskommission. 4. Neuwahl. 5. Verschiedenes.
 Das Erscheinen aller Gewerkschaften ist notwendig.
 Der Einberufer.

Rixdorf.
 Montag, den 29. November, mittags 12 Uhr,
 im Lokale des Hrn. Klemke (Deutsches Wirthshaus),
 Bergstraße 136/137:
Öffentl. Volksversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Parteien im Deutschen Reichstag. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubell. 206/6
 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Kreditkonferenz.
 Um zahlreiches Besuch ersucht Die Vertrauensperson.

Achtung! Wilmerdorf! Achtung!
 Sonntag, den 28. Novemb., nachm. 1 1/2 Uhr, in Klingenberg's
 Volksgarten, Berlinstr. 40: [206/5]
Große öffentliche Partei-Versammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Die politische Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubell. 2. Diskussion. 3. Wahl dreier Delegirten zur Kreditkonferenz. 4. Verschiedenes. Der Vertrauensmann.

Achtung! Schöneberg. Achtung!
 Montag, den 29. November, abends 8 Uhr, im großen Saale
 der Schloßbrauerei, Hauptstraße 112-114:
Große öffentl. Volksversammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Stichwahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter Paul Singer. 2. Diskussion. 305/6
 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Arbeiter-Bildungsschule.
 Sonntag, den 28. November, abends 7 Uhr,
 in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstrasse No. 75:
Vortrag des Herrn Dr. Joël über: Die Steinzeit.
 Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 Nach dem Vortrag finden nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Einlass.
 Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
 Mitglieder und Gäste sind höflichst eingeladen. 6/14
 Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Dienstag, 30. Nov., abends punkt 8 1/2 Uhr, im Engl'schen Garten,
 Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung für die Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen R. Millarg über: „Die Interessen der Musikinstrumenten-Arbeiter an den Arbeiter-Versicherungsgesetzen“. 2. Der Einfluß der Unternehmer auf unsere Interessen mit besonderer Berücksichtigung der Klängegeschäfte und das Auftreten resp. die Verhandlungen eines Fabrikanten. 272/1
 Jeder hat die Pflicht, zu erscheinen. — Gäste haben Zutritt.
 Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen.

Montag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gold,
 Große Frankfurterstr. 133:
Branche-Versammlung der Kammacher u. Berufsgen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Stusche. 2. Diskussion. 3. Interne Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die Kollegen der Werkstätten von Reichsmann, Blumenstr. 74, und Reisel, Bernauerstr. 79, sind hiermit ganz besonders eingeladen.
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. Nichtmit-glieder haben Zutritt und können sich in den Verband aufnehmen lassen.
 Der Obmann.

Zentralverein der Bildhauer.
 Am Dienstag, den 30. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
 Köpenickerstraße 62:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Kollegen Dupont über: „Etwas über unsere geistige Ausbildung“. 3. Verschiedenes.
Achtung! Der Nr. 48 der „Bildhauer-Zeitung“ vom 25. d. M. liegen für die Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin die Stimmgelber zur Urabstimmung über die Witwen resp. Arbeitsfähigen-Unterstützung bei. Alles die Abstimmung Betreffende geht aus dem Inhalt des Zeitells selbst wie aus dem Vortitel obiger Zeitungsnummer hervor.
 39/15 Der Vorstand.

Achtung, Schuhmacher!
 Montag, den 29. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen
 Klubhause“, Kommandantenstr. 72 (oberer Saal):
Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Frau Rohriak. 2. Diskussion. 3. Der Streik bei Priestap. Unter den Kluden 19. 4. Verschiedenes. 273/1
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Agitationskommission.

Verein deutscher Schuhmacher.
Versammlungen
 am Montag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr.
 Zahlstelle I bei Feind, Weinstr. 11: Vortrag.
 Zahlstelle II bei Lange, Dragonerstr. 15: Vortrag des Genossen Dr. Weyl über „Essen und Trinken“. 289/12
 Zahlstelle IV bei Roll, Adalberstr. 21: Vortrag.
 Zahlstelle V (Schäferstr.) h. Schiller, Rosenthalerstr. 57.
 Zahlstelle Schöneberg bei Obst, Brunnenstr. 110.
 Dienstag, 30. November:
 Zahlstelle Friedrichsberg bei Gürsch, Frankfurter Allee 174.
 Vortrag des Genossen B. Vitkin.
 Um zahlreichen Besuch bitten Die Bevollmächtigten.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband
 Dienstag, den 30. November, abds. 8 1/2 Uhr, bei Nauenberg, Oranienstr. 180
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 162/18
 1. „Die gesundheitlichen Schäden der Hausindustrie.“ Referent: Dr. Curt Freudenberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersuchen Die Bevollmächtigten.

Achtung! Kürschner!
 Montag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus,
 Linienstraße 5:
Große öffentliche Versammlung aller Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Kürschnerbranche.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen R. Millarg über: Das Unfallversicherungs-gesetz. 2. Diskussion. 3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Abrechnung der Vertrauenspersonen. 4. Gewerkschaftliches. 93/18
 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Vertrauenspersonen.

Achtung, Putzer!
 Mittwoch, den 1. Dezbr., abends 5 Uhr,
 in Cohn's Festsälen (grosser Saal), Benthstr. 21:
Große öffentliche Versammlung der Putzer Berlins u. Umgegend.
 Tages-Ordnung: 1. Sind die Putzer Berlins und Umgegend im Stande, in unseren Verule vorhandene Wirthshäuser zu besichtigen? 2. Wie stellen sich die Putzer Berlins u. Umg. zu einem geregelten Arbeitsnachweis? 3. Kollegen! Es ist Euer Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen und durch sachliche Beantwortung zu betonen, welche Stellung gegen das rapide Sinken der Preise Ihr einzunehmen gemüthlich seid. 296/17
 Der Vertrauensmann: Otto Kohl, Buchholzerstr. 3, v. II.

Mohr'sche ff. Margarine,
 pro Pfund 70 Pfennig empfiehlt täglich frisch
Heinrich Pohn, I. Geschäft: Chausseest. 52a.
 II. : Mühlburgerstr. 10.
 III. : Liebowitzstr. 27.
 IV. : Invalidenstr. 10.
 V. : Busselstr. 71.

Für sofort Redaktenrstelle
 an täglich erscheinendem Parteiblatt zu besetzen.
 Offerten zu richten an 36812*
 Hirschfeld, prakt. Arzt in Harburg (Elbe).

Former und Berufsgenossen.
 Dienstag, den 30. November cr., abends 8 Uhr, im „Louisen-
 städtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstr. 37:
Große öffentliche Versammlung der Former u. aller in Giessereien beschäft. Berufsgen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über: „Gesetz u. Recht“. 170/11
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Da der Vortrag für die Kollegen von Wichtigkeit ist, werden dieselben ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann der Berliner Former: Carl Irgang.

Frauen-Vortrag
 über: „Nervöse Leiden und Menstruations-
 störungen“ am Montag, den 29. November,
 abends 8 1/2 Uhr, in Rieft's Saal, Weber-
 strasse 17, vorgetragen von großen Naturbildern vom
 Naturheilkundigen Grundmann. Gäste, Frauen,
 willkommen. Entree 20 Pf.
Körper- und Naturheilverein
 Alexanderstraße 8
 Sprechzeit 11-1 und 6-8, Sonntags 11-12

Carl Schloss,
 Wienerstr. 22 und Grünauerstr. 1,
 direkt am Götlicher Bahnhof.
Abtheilung: Wäsche u. Tricotagen.
 Gute Normalhemden von 75 Pf. an
 Gute Herren- u. Damen-Beinkleider u. 75 Pf. an etc.
 In allen Unterzeugen ist jede Extra-Weite vorräthig.
 Bei Leib- und Bettwäsche ist mein besonderes
 Augenmerk auf beste Arbeit gerichtet.
 Jede Extra-Bestellung wird ohne Preisauflschlag
 schnellstens ausgeführt.

Central-Korb- und Kinderwagen-Magazin
 A. W. Schulz, 95. Brunnenstr. 95
 direkt am Bahnhof Gesundbrunnen,
 großer Weihnachts-Ausverkauf in:
 Puppenwagen, Sport-, Kisten- u. Kletterwagen,
 Liegenbockwagen, Triumpfwägel, Kinderkass-
 kühle, Kinderstühle und Stühle, sämtliche
 Korbwaren. — Preisprospekt III. Nr. 1767.
 Geöffnet bis 19 Uhr abends. Sonntags laut polizeilicher Bestimmungen.

A. Sabeck's
 bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
 sind die billigsten.
 Dresdenerstr. 29/30.

Bewährte Arbeitskräfte
 müssen entsprechenden Lohn erhalten.
 Bei Verwendung nur reeller guter Stoffe und prima Futtermaterials liefert
 ich in denkbar bester Ausführung unter Garantie für tadellosten Sitz:
Anzug nach Maass von 40 M. an
Paletots „ 33 „ „
= Grosses Stofflager. Enttäuschung ausgeschlossen! =
 Reichhaltige Auswahl
 fertiger Anzüge, Paletots, Hohenzollern-Joppen etc.
 in allen Größen und Preislagen.
 Alle Arten Arbeiter-Garderoben in sehr reichhaltigem Sortiment.
Joseph Goldstein,
 York-Strasse 51, Ecke Kaiser-Strasse,
 an der Wilow-Strasse.
 Frack-Verleih-Institut.

Kein Laden!
Aufruf!
Goldene 61
 Eingang Oranienstr. 61, Eckhaus
 I. Etage, Moritzplatz
Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe
 = Eigene Werkstatt im Hause. =
 Anfertigung nach Maass ohne Preiserhöhung.
Gelegenheitskauf
 von wirklich gediegenen Stoffen zu erstaunlich billigen Preisen. Paletots und Anzüge nach Maass von 25 Mark an.
Für tadellosen Sitz, gute Stoffe und reelle Arbeit trage ich Sorge.
 Da die grosse Ladenmiete erspart wird, bin ich billiger wie jede Konkurrenz.
Kein Laden!

Goldwaaren- am Wedding,
 Fabrik und Lager, Müllerstr. 174 (Eing. Pennstr. d. Flur)
G. Leweck, Goldarbeiter. Größte Werkstatt für [36820*]
 Reparaturen und Neubestellungen.

Weihnachts-Ausverkauf!
Nach beendeter Engrosaktion verkaufe Einzelne zu halben Preisen: Winter-Jackets 5-15, hohleg. Modell, Kragen, Kapes, Seldenplüsch, Federkriemer, Eskimo u. 5-30, Abendmäntel auf Seide wasser, mit echten Besätzen, Straußfedern 7-30.

Max Moseczyk,
Landsbergerstr. 59 1 Treppe
fein Baden.

Steppdecken
sind die schönsten und besten
Weihnachts-Geschenke.
Am besten und billigsten zu haben
direkt in der Fabrik

B. Strohmandel,
Berlin C.,
72. Wallstraße 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet
werden.
Bei Einkauf von 10,-
ein Kissen gratis.

Roh-Tabak
Gedörrte Rohwolle! Billigste Preise!
Unter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämtliche
Fabrikations-Merkmale.
Diene Formen, sehr gr. Ausw.
à 1.40 M. Man verlange Preis-
Verzeichnis. 29442

Heinrich Krauß,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185
Roh-Tabak
Billigste Preise 29872

Max Jacoby
Strelitzerstrasse Nr. 52.
Roh-Tabak.
Gedörrte Rohwolle! Billigste Preise!
H. Hefenmüller 66-80 Pf. versch.
P. E. Platt & Söhne,
Brunnenstr. 197 (am Hofentwäler
Thor). 29902

Roh-Tabak.
Sumatra von 1,20-4,50 Mark
Java-Ginlage 0,85 M. Umbreit
1,25 M. Losgut, große Blatt-
worte, 85 Pf. Brasil, sowie alle
Eigarrenabfälle billigst.

M. Herholz,
Brunnenstraße Nr. 188.
Roh-Tabak
en gros. en détail.
Zeun & Ellrich
Hefenmüllerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Roh-Tabak
Gedörrte Rohwolle!
Allerbilligste Preise!
Keine helle Sumatras b. 1,50 M. an
Oberfortierungen 2-2,50 M. Vorzüg-
liche blattige Javas von 80 Pf. an
Brasil von 80 Pf. Prima Carmen,
graublattig, schöner Brand, 1,05 M.
Paragon, augenblicklich billige in
dieser Gattung, blattig u. sehr schön im
Geschnitt, 80 Pf. Deutsche Tabake zu
billigsten Preisen.

F. Leopold Nachf. Stecken & Cron,
Berlin NO., Pankowstr. 27.
Kleinst. Roh-Tabak-Gesch. Berlin.

Deutsch. Bortier
Desfert- u. Malzkollbier 1. Rang.
Brauerei Varghalter, Potsdam,
gegr. 1786, bei 1. Dinstag, Bruchstraße
Bleidi, 20000.
Nesom re d leicht
bedamul, nachst
kräftigste Bier. —
Nicht blutig, besch-
den, Geschick u.
Gewichtzunahme
über 14 Pfund
drei, 50 zehn M.
erll in Geb (1/2
1/2 M.) s. Selbst
abt weicht bill.
Allein Verkaufst.
i Berlin u. Pros
Bortierfabrik
Ringler,
Berlin, Brun-
nenstraße 152.
Nichtfabrikant
— Qual. entfällt.

Wer — Stoff — hat!
fertige Anzug 20 M., halbare zu
haben, saubere Arbeit, zwei An-
proben, Hofe 3,50 M. Winterpaletot
18 M., echtfarbiger Sammettragen,
Wärmelater, Meien: Stofflager, We-
legensstände von 3 M. an pr. Meter.
Engel, Mühlstr. 26, part.

Kleidet Euch bei

Baer Sohn

auf dem
Eise

im Schnee

mit Schlafrock

im Salon

Chausseesr. 24^a Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 16

Moderne
Maass-
Anfertigung

Gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.
Loh-Tannin, Heilstrockenluft- und Dampfkastenbäder
mit Verpackung, Massage. 29962

Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18 Ritterstr. 18 (Ecke Brunnstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
Baderlieferung für sämtliche Krankenkassen Berlin und Umgegend.

Es ist mir gelungen, die noch vorhandenen großen Bestände einer in
Auflösung befindlichen Fabrikations-Engros-Firma
bestehend in echten Perser, Velour, prima Axminster-Teppichen, Portieren,
Gardinen, Tisch-, Reisedecken sowie Läuferstoffen
25-50 % unter Selbstkostenpreis zu erwerben. Durch diesen Einkauf in Verbindung mit dem der
Bohn'schen und Hille'schen Concursmassen
sowie meinen großen Beständen habe ich nunmehr ein enormes Lager in
Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch- und Steppdecken,
Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüsch
geschaffen, wodurch der geschätzten Damenwelt willkommenes Gelegenheit geboten wird, vorzügliche Waaren
schon jetzt als **Weihnachtseinkäufe**
zu noch nicht dagewesenen Preisen zu erwerben. 30371*

J. Adler Teppichhaus
Spandauerstraße 30, vis-à-vis dem Rathaus.
Sonntags 8-10 Uhr geöffnet. — Besichtigung der Waaren jederzeit gestattet.
Preislisten gratis und franco.

Carl H. Klippstein & Co.
Weberei und
Versand-Geschäft
Mühlhausen
1. Thür. No.

Grünhilde,
Haushälterstoffe;
Roland Echeviot,
Herren-Anzug- u. Klei-
derstoffe; sowie un-
verwälfchten u. schiff-
festen Spezialitäten sind,
* * * was vielfache
Anerkennungen beweisen,
unerreich.

Unerreichliche
Collection
von Damen- und
Herrenstoffen,
sowie Portieren
steht auf
Wunsch franco
zur Verfügung.

Reine
Kornbrandtweine pr. Lit u. 65 Pf an
Cognac in gr. Ausw. von 1,40
Nun in groß.
feinere Qualität. Preis. Wunsch re zu
schicklichen Preisen empfiehlt 30372*

F. Willmet,
Alexanderstr. 62, Zofenstr. 135
und Potsdamerstr. 48, Eingang
Kurfürstendamm.

Grosses Lager 30771*
in Uhren, Juwelen,
Gold- u. Silberwaaren,
ALFENIDE
H. Zimmermann, Juweller.
Uhrmacher. **BERLIN SO.**
No. 206, Oranien-Strasse No. 206.
Gute
Fabrikate zu
anerkannt billigen Preisen.
Eigene Werkstatt f. Reparatur-
und Neuarbeit im Hause.

Puppen
Kugelgelenk etc. in größter Auswahl. Reparatur-
werkstatt. Gute und billige Ausführung. 30852*

Musik-Instrumenten-Fabrik H. Howe & Co.,
empfehlen i a m t l i c h e Instrumente, mechanische Werke, Fantaste-
Gegenstände, Bestandtheile, Saiten etc. zu realen Preisen. 30842*

Soeben erschienen
Wann und Wo ist die Lungenschwindsucht
heilbar, von practischen Arzte gemeinverständlich
Für 1 Mk. in allen Buchhandlungen zu haben oder
direct vom Verleger H. Bermühler, Strassburg i. E.

Arkonabad
34, Aufamerstr. 34 (schräuber der
Zionkirchstraße)
Wannen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römisch
und vorzügliche Kastenbäder mit Einpaßung,
Kaffage u. in Annahme ärztlicher Verordnungen
für Bäder der Ort, Jannings, Bader, und freien Dis-
Krankenkassen Berlin und Umgegend. 30012*

Münzel's ältestes bestrenommiertes
Loh-Tannin-Bad
Baustraße 32.
Neu renovirt. Grösste Sauberkeit. Neue Decken.
Neue Wäsche. Deutlich im Hause. Heilt sicher und radikal
Gicht, Rheumatismus, Haut-, Blut- u. Frauenkrankheit etc.
Täglich geöffnet für Damen u. Herren. Prospekt mit Dankschreiben
Scheller gratis und franco. Probebad 1 M. **B. Schneider.**
Loh-Tanninbäder für Krankenkassen.

Kur- und Bade-Anstalt Gr. Hamburgerstraße 20
(Bahnhof Börse).
Spezialität: varent. Sektrockenluft 1312*
(Kastenbäder und Inhalatorium)
Wannenbäder, sämtliche Wasseranwendungen (Kneipp'sche Gänge), Strenge
Kuren nach ärztlicher Vorchrift bei Gicht, Rheumatismus, Gichtig-
keit, Nerven, Unterleibs-, Haut-, Geschlechtsleiden.
Kerall. **Dr. Hirschfeld,** Sprechstunden: tägl. 6-8 ab, Sonntag,
Oberleitung, Montag, Donnerstag auch 11-12 vorm

Kur-Bade-Anstalt und Massage
für Rheuma-, Gicht- und Nervenranke veraltete
von **H. Mania,** Brunnenstrasse No. 16. 30062*
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kosten-Bäder,
Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wannenbäder.
Lieferant u. Masseur sämtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen
Die Filiale nur für Massage ist Thurmstr. 46 (4-5 1/2 Uhr.)
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter
Anstalts-Masseur.
NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln

Homöopath. Arzt **Dr. Hoesch,** Linienstr. 149, 8-1-
5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-,
Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
Poliklinik Liesenstr. 17, 2-3 Uhr. 30091*

Photograph W. K. Böhme
Berlin, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstr., liefert für
Vier Mark Bilder, auch nach eingehenden Bildern Her-
fordener u. dergl. 34902*
Das Atelier ist täglich, auch Sonntags bis zur Dunkelheit geöffnet.

Betten
Kompl. Federbett, groß u. neuen Federn,
Bettstellen, Matratze und Kissen, alles
anzukommen 23,-, Dasselbe feiner 33,-
43,-, 63,-, 73,- u. höher Betten-
fabrik, Stand 10,-
11,50, 18,-, 30,-
bis allerfeinste Stoffen
der Betten auf Wunsch
im Bett der Käufer.
Bettstellen, deutsche u.
englische, für Erwachsene
und Kinder, Polster-
Bettstellen, Chaiselongues, Matratzenfabrik, Kinderwagen,
Spielzeugwagen, hochmodern 10,-, 16,-, 20,- bis allerfeinste, Kinder-
kühle, Puppenwagen.
Ant III 5281.

Kinderwagen- und Schlafmöbel-Bazar „Baby“.
I Invalidenstr. 100, n d Markthalle II Alexanderstr. 44 (Alexanderplatz),
III Oranienstr. 70, Ecke Kommandantenstr. IV Reinickendorferstr. 2 D-E,
V Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22, I für Wiederverkäufer nur
Invalidenstr. 100 Auch Theilzahlung gestattet v. 1 M. an wöchentl.

Gustav Scharnow
besteht seit 1860. **Uhrmacher** besteht seit 1860.
Berlin S. **Oranienstr. 152,**
am Marktplatz.
Großes Lager aller Arten Uhren, vorzügliche
Fabrikate, 5 jähr. Garantie. Anerkannt billige
Bezugsquelle. 35772*

Die Möbel-Fabrik
Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2
(Ecke Hofentwälerstr. 13).
liefert übererbliche Wohnungs- Einrichtungen schon von 150 M. an.
Constante Zahlungsbedingungen, Lager gebraucht und vertrieben
gewesener Möbel. Eigene Tapezier- und Dekorations- Werkstatt.
34672* Transport durch eigene Wehmann, auch nach außerhalb.

Metzner's Korbwaren-Fabrik.
Berlin, Andrastr. 23, vis-à-vis dem Andrastr. Platz,
II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtstr.
III. Geschäft: Bismarckstr. 67 (Kobalt)
IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittel-Kolonnen).
Kinderwagen, größtes Lager Berlin,
Wiederbäder gratis.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin
ein größeres Kinderwagen-Lager
als das meinige nachweist.
29952*

Sonnabend: Koffer-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59

Aus England.

London, 25. November 1897.

(Die Konferenz zwischen den Unternehmern und Arbeitern im Maschinenbau-Gewerbe. — Empfang der Gewerksvereine durch den Minister. — Schulrats-Wahlen in London und der Provinz. — Rückgang der Kirchenparteien.)

Die wichtigste Frage, welche die Konferenz zu lösen haben wird, ist die der Befehung der Maschinen und der Tarifrung der Arbeit an Maschinen, denn ohne in diesem Punkte Sicherstellungen zu erlangen, wollen selbst die nachgiebigeren Unternehmer sich zu keinem Zugeständnis hinsichtlich der Arbeitszeit verstehen. Der prinzipielle Gegensatz ist da in Kürze folgender. Die Unternehmer erkennen die Ansprüche der gelehrten Arbeiter auf die von der Gewerkschaft für solche andebungenen Lohnsätze an, wollen aber hinsichtlich der Befehung der Maschine freie Hand haben. Sie berufen sich darauf, daß schon ihr Selbstinteresse ihnen gebiete, bessere Arbeit keinem Stämper oder Handlanger anzuvertrauen. Die Maschinenbauer-Gewerkschaft dagegen hält diese Zustimmung nicht für genügend und will bestimmte Arbeiten unter allen Umständen gelehrten Arbeitern vorbehalten haben. Ferner soll nach ihrer Ansicht die auf den einzelnen entfallende Arbeitsleistung außer hinsichtlich der Zeit auch hinsichtlich der Funktion abgemessen werden. Ihr Vorschlag im Frühjahr ging dahin, daß Streitfragen in diesen Punkten vor lokale oder Distriktskonferenzen gebracht werden sollen, zu denen beide Parteien die gleiche Anzahl Vertreter zu schicken und bei denen Unparteiische den Vorsitz zu führen hätten. Die Unternehmer wollten jedoch schon damals von keinem unparteiischen Vorsitzenden wissen. „Der Unparteiische, der gewöhnlich von der Sache nichts versteht“, sagte damals Oberst Dyer zu den Vertretern der Arbeiter, „sindet, daß sich für die Ansichten beider Parteien ziemlich viel sagen läßt, und daraufhin giebt er jedem die Hälfte. Darauf kommt Ihr den nächsten Tag wieder, und dann wird wieder getheilt. Und so geht es fort, bis Ihr Euren Willen auf dem Wege von „Theilungen“ durchgesetzt habt.“ Sie, die Unternehmer, seien bereit, von Zeit zu Zeit mit der Gewerkschaft zu verhandeln, aber was sie mit ihr abmachen, solle auch im allgemeinen nur für ihre Mitglieder Gesetz sein. Trotzdem man damals zu seiner durchgängigen Verständigung kam, trennte man sich unter der Zusicherung freundschaftlicher Gefühle. George Ferguson, Vertreter der organisierten Maschinenbauer des Clyde (Glasgow und District), der auch an der heute zusammengetretenen Konferenz teilnahm, drückte namens seiner anwesenden Kollegen den Unternehmern deren Dank für den ihnen gegenüber beobachteten freundschaftlichen Ton und die willige und löbliche Berücksichtigung ihrer Einwände aus, die zu der Hoffnung berechtigte, daß man in kurzer Zeit auch hinsichtlich der Maschinenfrage zu einer Einigung komme, und Oberst Dyer schloß mit den Worten: „Ich hoffe, daß wir als Freunde auseinandergehen und noch lange Zeit gute Freunde bleiben werden.“

Keine drei Monate später war man im harten Kampf. Mit welcher Erbitterung derselbe geführt wurde, ist bekannt. In wie weit diese Erbitterung auf die heut eröffneten Verhandlungen einwirkten wird, läßt sich schwer voraussagen. Die meisten Teilnehmer sind Leute, die sich zu beherrschen gelernt haben, und der Wunsch, zu einem Friedensschlusse zu kommen, ist wohl auf beiden Seiten gleich stark. Ganz unmöglich ist es natürlich nicht, daß in irgend einem Moment stärkere Gereiztheit zum Ausbruch kommt und der Verhandlung ein Ende macht. Ich halte es aber nicht für wahrscheinlich. Es ist im Verlaufe des Kampfes, wie immer bei solchen Anlässen, vieles gesagt und geschrieben worden, was nicht ganz dem Sachverhalt entspricht. So heißt es jetzt in Blättern, die die Partei der Arbeiter genommen, daß der so schwarz hingestellte Vorsitzende des Fabrikantenbundes, Oberst Dyer, persönlich zu der gemäßigten Sektion desselben gehöre und ein Mann sei, mit dem sich sehr gut sprechen lasse. Das ist sehr wohl möglich, denn als Vorsitzender des Unternehmerbundes hatte der Chef der Firma Armstrong so gut seine Privatmeinung unterzuordnen wie auf der anderen Seite dies die Vorsitzenden der Arbeiter zu thun hatten. Was unverantwortliche Persönlichkeiten haben und dröben während des Kampfes geäußert, ist für den Verlauf der Konferenz unbedeutend.

Das Fachblatt „The Engineer“ hat in seiner letzten Nummer einen Aufsatz über den Konflikt, worin es das in Sheffield in Fabrikantenkreisen aufgetauchte Projekt einer Streikverhinderung bespricht, die ähnlich wie die Berliner „Industria“ eingerichtet werden soll. Das vorwiegend im Sinne der Unternehmer redigirte Blatt ist von dem Plan nicht sehr erbaunt und meint, daß es schwerlich zur Ausführung kommen werde, so lange nicht die Gewerkschaften eine ganz unvernünftige Haltung an den Tag legen. Im übrigen erklärt es gleichfalls, daß die Frage der Arbeitszeit eine durchaus untergeordnete sei gegenüber der Frage der Maschinen und der Arbeitsvertheilung. Werde in bezug auf sie Einigung erzielt, so sehe einem Zugeständnis hinsichtlich der Arbeitszeit kein Hinderniß im Wege.

Am 26. November wird aus London telegraphirt: Auf der heutigen Konferenz der Vertreter des Maschinenbau-Gewerbes nahmen die Arbeiter bedingungsweise die von den Arbeitgebern aufgestellte Definition des Prinzips der Freiheit in bezug auf die Leistung der Werkstätten an.

Am Dienstag empfangen die Minister Ritchie (Gewerksministerium) und Mather White Ridley (Minister des Innern) Delegationen von Gewerkschafts-Vertretern, die ihnen die Beschlüsse des Birminghamer Gewerkschafts-Kongresses unterbreiteten. Beide Minister gaben den Delegirten sehr viel gute Worte, versprachen auch in verschiedenen Punkten Besserungen. Herr Ritchie kündigte einige Erweiterungen im Programme des Arbeitsamtes an und Herr White Ridley erklärte, daß sein Amt bestrebt sei, immer mehr gesundheitsgefährdende Betriebe durch Spezialvorschriften zu saniren, sowie das System der Arbeitszettel auf geeignete Industrien ausgedehnen. Auch der Forderung der Bestellung von Wiegekontrolluren in der Hüttenindustrie stellte er sich günstig gegenüber. Weiter sei er bereit, den Schutz der schwächeren Frauen und Wöchnerinnen ausgedehnen, wenn er auch die Forderung, den letzteren bis sechs Monate nach der Entbindung die gewerbliche Arbeit zu verbieten, für zu weitgehend halte. Von einer gefälligen Beschränkung der Arbeitszeit von Diensthöfen wollte er jedoch nichts wissen, und die Frage der Arbeitszeit von Ladengehilfen könne nach ihm besser lokal als national geregelt werden. Die Frage der Kinderarbeit scheint nach den vorliegenden Berichten gar nicht verhandelt worden zu sein. Nachdem die Weber von Lancashire mit der erdrückenden Mehrheit von 60 000 gegen 3000 die Resolution des Kongresses, alle gewerbliche Arbeit von Kindern unter fünfzehn Jahren zu verbieten, in Abstimmung verworfen haben, war sie allerdings schwer aufrecht zu erhalten. Ein Resultat, dessen Behre hoffentlich nicht vernachlässigt wird.

Heute, Donnerstag, finden in London die Schulamts-Wahlen statt; das Resultat wird aber nicht vor Freitag Abend bekannt werden. Ueber die zu erwartenden Resultate läßt sich wenig voraussagen. Im ganzen ist der Kampf ein weniger bestiger gewesen wie vor drei Jahren und dürfte auch die Theilnehmung diesmal eine weniger starke sein. Vor drei Jahren hatten die Progressiven bei weitem die größere Stimmenzahl, kamen aber infolge der Zersplitterung in ihren Reihen im Amt selbst in die Minderheit. Diesmal treten sich auf Seiten der Gemäßigten in verschiedenen Kreisen zwei Gruppen sichtlich gegenüber; eine Gruppe, die das Sparevangelium über das Drei-Einigkeits-Dogma stellt und eine andere, der dieses in erster Linie steht. Auf Seiten der Progressiven

herrscht meist Einigkeit. Nur in den Towerbezirken (das East-End) hat die von dem sehr einflussreichen Baptistenprediger Clifford geführte Sektion der radikalen Section gegen einen katholischen Progressiven Stellung genommen und unterstützt statt seiner die Kandidatur des Mitgliedes der Sozialdemokratischen Föderation, Genosse W. G. Pearson. Da der Kreis schon einmal sozialistisch vertreten war (durch Frau M. Wefan), so ist Aussicht vorhanden, daß Pearson gewählt wird. Auf eine starke Anzahl sozialistischer Stimmen ist angesichts des Systems der Kumulativstimmen auch in anderen Londoner Bezirken zu rechnen.

In der Provinz haben die Schulratswahlen verschiedentlich mit Siegen der fortschrittlich gestimmten Elemente über die Partei der Staatskirche geadet. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht Bradford, wo infolge des gespannten Verhältnisses zwischen Radikalen und Sozialisten die Konservativen bei der letzten Parlamentswahl alle drei Siege eroberten. Dort zählte das Schulamt zuletzt acht Kirchenparteiern, sechs Progressiven (Liberale) und ein Mitglied der Independent Labour Party. Die am Sonntagabend stattgefundene Neuwahl endete mit dem Sieg von sieben Progressiven, zwei Mitgliedern der Independent Labour Party und sechs Kirchenparteiern bzw. Konservativen, welche letztere so in der entscheidenden Minderheit sind. Noch größer ist der Unterschied in Leeds, wo eine progressivistische Minorität von 7:8 zu einer Mehrheit von 9:6 wurde.

Während zwischen Liberalen und Konservativen die ewigen Streitfragen Gemeindefschule gegen Kirchenschule und undogmatischer gegen dogmatischer den Hauptankerspunkt abgaben, ward sozialistischerseits neben den reinen Erziehungsfragen die Forderung des Unterhalts der Schulkinder durch die Gemeinde, sowie die Arbeitspolitik der Schulbehörde bei Vergabe von Aufträgen stärker betont.

Unternehmer-Verbände.

Drohungen gegen Gegner des Verbandwesens im Eisen-Großgewerbe. Die weitere Ausbildung des Verbandwesens im Eisen-Großgewerbe scheint doch noch auf zähen Widerstand zu stoßen; wenigstens wird neuerdings im „Eisener Amtsblatt“ ein Artikel veröffentlicht, der anscheinend den widerspenstigen Werken Angst einjagen soll, und in welchem es heißt: „Die Verhandlungen hinsichtlich eines Drahtzettel-Verbandes sind nunmehr so weit gediehen, daß der Beitritt der in betracht kommenden Werke bis auf einige Ausnahmen gesichert erscheint, nachdem die grundsätzlichen Schwierigkeiten, welche sich bisher ergaben, behoben sind. Wenn wir heute auf diese Angelegenheit nochmals zurückkommen, so geschieht es, im Interesse der Allgemeinheit darauf hinzuweisen, daß, wie bei anderen dergleichen Gelegenheiten, es auch dieses Mal wieder nur einige wenige Werke sind, an deren Widerstand die wohlgemeinten Absichten und Bemühungen der übrigen Beteiligten bisher gescheitert sind. Daß unter den heutigen schwierigen Verhältnissen auch den Drahtzettel-Fabrikanten nur ein Verband helfen kann, der in erster Linie die Bestimmung der Preisfrage in die Hand nimmt und dessen Beschlüsse thunlichst so weit ausgedehnt werden sollte, daß er selbst auf die Produktionsfrage bestimmend einwirken könnte, das ist den einsichtsvollen Werken längst klar geworden... Stößen die leitenden Männer bei ihren Bestrebungen aber fortgesetzt auf Widerstand, so braucht es nicht Wunder zu nehmen, wenn deren Interesse an der Sache schließlich erlahmt, was in den meisten Fällen gleichbedeutend mit Falllassen der Vereinigungsbestrebungen ist. Es wird sich dann nur fragen, ob die Koh- und Halbstoff-Verbände sich das Entgegenarbeiten gegen ihre Vereinigungsbestrebungen ruhig gefallen lassen werden. Außer der Verfassung der Ausfuhrvergütung, deren Gewährung allerdings eine Vorbedingung für das Zustandekommen des Drahtzettel-Syndikats ist und deren Beschleunigung deshalb nicht genug empfohlen werden kann, dürften jenen Verbänden wohl noch andere Mittel zu gebote stehen.“

Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat. In der Sitzung des Syndikatsrats in Essen wurde beschlossen, in betref des Förderplanes für 1898 zunächst nur eine Festsetzung für das erste Vierteljahr, und zwar dahin zu treffen, daß eine Einschränkung für die genannte Zeit nicht stattfinden soll. Dieser Antrag wurde seitens der Versammlung einstimmig angenommen, nachdem der Vorsitzende noch ausgeführt hatte, daß die Marktlage noch wie vor eine sehr günstige und die Nachfrages vielfach nicht zu befriedigen sei. Der Vorstand theilte noch mit, daß die am 1. Oktober d. J. 47 748 000 Tonnen betragende Gesamtbetheiligungsziffer bis zum 1. April n. J. um 2 833 187 Tonnen = 5 pCt. angewachsen würde und bis zum 1. Oktober n. J. sogar voraussichtlich im ganzen um 7 987 000 Tonnen. Da die Zeichen wieder angesichts des Arbeitermangels schon jetzt bei Theilnehmungen nicht leihen können, wurde in der Versammlung sehr begehrt, ob dies später möglich sein wird, da der Arbeitermangel schwerlich nachlassen würde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde mit lebhafter Erörterung und großer Stimmenmehrheit beschlossen, die Abgabe für Mehrförderung und die Entschädigung für Minderförderung von 1 Mk. auf 50 Pf. für die Tonne zu ermäßigen. Der Vorsitzende machte zu diesem Beschlusse geltend, daß es lediglich im Sinne des Vertrages liege, die Abgabe und Entschädigung, die stets gleich sein müssen, unter den gegenwärtigen guten Marktverhältnissen möglichst niedrig an bemessen. Die Strafe für mit Verschulden der betreffenden Zechen nicht erfüllte Lieferungsverpflichtungen wurde auf dem bisherigen Satze von 2 Mk. für die Tonne belassen.

Wie aus Interessentenkreisen verlautet, sollen die Preise auf dem Kohlenmarkt so günstig stehen, wie es seit langer Zeit nicht zu verzeichnen war und wird höchstwahrscheinlich nach dem 1. April 1898 abermals eine Erhöhung eintreten.

Im Rheinischen Zuckerrübenbauer-Verbande fordert der Vorsitzende, H. Forster, in der letzten Generalversammlung die Aufhebung des Zuckerverbotes. Natürlich will man trotzdem die Ausfuhrprämie beibehalten und empfahl der Redner zur Deckung des Ausfalls in Höhe von 80 Millionen Mark eine Steuer. Die Bestrebungen des rheinischen Syndikats der Zuckerrüben, die den Einkauf der Rüben regeln wollen — ein Vorhaben, das natürlich nicht anders heißt, als wie die Preise bestimmen, fand in der Versammlung heftige Angriffe und wurde beschlossen, mit dem Syndikat in keine Verhandlungen zu treten.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat soll, wie verlautet, auf Abschlüsse für Lieferungen vom 1. April 1898 ab einen Preisausschlag von 25 bis 50 Pf. pro Tonne erheben. Der Erhöhung sollen namentlich Gasflamm-Kohlen und Fett-Kohlen unterliegen, während für andere Sorten noch keine Veränderungen getroffen sind.

Ein Goldbergwerk-Syndikat soll nach einer Meldung aus New-York in der Bildung begriffen sein. Der Plan geht von den Rothschilds, John Maday, D. O. Mills von New-York, Henry Leiter von Chicago und anderen amerikanischen und europäischen Großkapitalisten aus, die das größte Goldbergwerks-Syndikat, welches je dagewesen ist, zu gründen beabsichtigen. Das Syndikat gedenkt, alle Goldfelder in den Vereinigten Staaten und Britisch-Nordamerika zu erwerben. Der Herzog von Teck soll dem Vernehmen nach Vorsitzender und der Betriebsdirektor der White Star-Dampferlinie in New-York, Maitland Keisey, wird der Betriebsleiter des riesenhaften Unternehmens werden.

Ein „Glas-Trink“ gegründet. Einer der gigantischsten Kapitalverbände aller Zeiten ist dieser Tage in Columbus (Ohio) ins Leben gerufen worden. Zahlreiche Glasfabrikanten, die so gut wie die gesamte Glasindustrie der Vereinigten Staaten repräsentieren, waren zu einer Beratung zusammengetreten, um alle großen Fabriken des Landes zu einer Korporation zu verschmelzen. Dem Verbände steht dem Vernehmen nach ein nicht weniger mächtiges Kapital zu Gebote, als der bekannte „Standard Oil Co.“ Der Präsident des Verbandes ist J. Sellers Mc. Kee von Pittsburg, der an der Spitze

der größten Glasfabrikanten-Firma in Amerika steht. Zweck des Verbandes ist es, „dem Drücken der Preise ein Ende zu machen und für alle Beteiligten die richtigen Profite zu sichern.“ Jede der beteiligten Firmen wird ihre Geschäfte separat führen, die „Affoziation“ jedoch die Preise und die Produktion bestimmen.

Soziales.

Zur Bekämpfung der Schwindsucht hat sich, wie gemeldet wird, die Leitung des Reichs-Gesundheitsamts bereit erklärt, die Herausgabe einer vollständig geschriebenen Schrift über Schwindsucht-Verhütung zu veranlassen, die zur Massenverbreitung, insbesondere in Arbeiterkreisen, bestimmt sein soll.

Die preussischen Sparkassen hatten am Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres einen Bestand von 4 345 790 000 M. Dazu kamen an Zinsen 121 350 000 M., durch Reuanlagen 1 155 650 000 M., während 997 740 000 M. zurückgezogen wurden, so daß sich ein Zuwachs um 809 290 000 M. und ein Bestand von 4 855 080 000 M. ergab. Der Zuwachs ist nur durch denjenigen des Vorjahres mit 845 910 000 M. übertroffen worden, läßt jedoch denjenigen aller früheren Jahre hinter sich zurück. Bemerkenswert ist noch, daß sowohl die Neueinlagen wie namentlich die Rückzahlungen größer sind als im Vorjahre, wo sie sich auf 1 137 940 000 M. bzw. 904 890 000 M. belaufen hatten. Die Spareinlagen zeigten also einen geringeren Grad von Behändigkeit als im Jahre vorher. Von den 7 218 840 Sparkassenbüchern hatten Einlagen:

bis 60 M.	2 067 849 Bücher	= 28,65 pCt.
60— 150	1 138 171	= 15,77
150— 300	1 010 044	= 13,99
300— 600	1 106 050	= 15,32
600— 3 000	1 620 995	= 22,48
3000— 10 000	245 858	= 3,41
über 10 000	29 673	= 0,41

Es giebt aber bedeutend mehr Bücher mit kleinen als mit großen Einlagen. Bekannt ist aber ferner, daß auf die wenigen Bücher mit großen Einlagen bedeutend größere Gesamtsummen eingetragen sind, als auf die große Zahl der Bücher mit kleinen Einlagen.

Beim städtischen Arbeitsamt in Frankfurt a. M. wurden im vergangenen Jahre 13 746 offene Arbeitsstellen angemeldet, gegen 7947 im Vorjahre; besetzt wurden 9699 Stellen gegen 6492 im Vorjahre; 8701 der besetzten Stellen betrafen ungelernete Arbeiter.

Mit dem Eintritte im Maximilianskeller in München beschäftigte sich am Donnerstag eine Versammlung der Bauarbeiter Münchens. Nach einem ausführlichen Referat unseres Parteigenossen G. Schmieß, Redakteur an der „Münchener Post“, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen das in der Presse veröffentlichte Gesamtgutachten der Volkswirtschaftskommission richtete. In diesem Gutachten wird die Hauptschuld an dem Eintritte zwei Maurern zugeschoben, die schlechte Arbeit geleistet haben sollen; die Versammlung war dagegen der Ueberszeugung, daß allein die Bauleitung für das Unglück verantwortlich zu machen sei. Im weiteren wird in der Resolution festgestellt, daß zahlreiche Unfälle im Baugewerbe auf die mangelhafte und absolut ungenügende Baukontrolle zurückzuführen sind. Die Gemeindefolgen werden erucht, eine Baukontrollkommission aus Technikern, Unternehmern und Arbeitern an dem Baugewerbe einzusetzen und dafür zu sorgen, daß die Baukontrolle scharfer und zweckentsprechender wird. Im Auftrage der Versammlung wird das Bureau diese Resolution den Gemeindefolgen übermitteln und dem ersten Bürgermeister Vorschlag persönlich unterbreiten.

Einem interessanten Erlaß in Schulangelegenheiten hat der israelitische Oberath Baden an die israelitischen Hauptlehrer und an die älteren Religionslehrer gerichtet. In dem Erlaß wird unter anderem gesagt: „Es läßt sich nicht verkennen, daß der Religionsunterricht sich noch nicht in das rechte Verhältnis zu den realen Mächten des Lebens zu setzen verstanden hat. Während der weltliche Unterricht auf dem Boden der modernen Wissenschaft ruht und mit den feststehenden Ergebnissen derselben nicht leicht in Widerspruch geräth, sind diese für den Religionsunterricht nicht vorhanden; entweder wird der Unterrichtsstoff ohne jede Rücksicht auf die moderne Weltanschauung und ohne den Versuch eines Ausgleichs mit derselben behandelt, oder man geht solchen Bestandtheilen des Lehrstoffes, welche zu Zweifeln Anlaß geben könnten, von vornherein aus dem Wege. Nach der Entlastung aus der Schule und beim Eintritt ins wirkliche Leben fehlt es dann an jeder Widerstandskraft gegenüber den den bisherigen religiösen Vorstellungen vielfach entgegenstehenden, ja feindseligen Anschauungen, welche auf den jungen Menschen von allen Seiten eindringen. Die Befreiung dieses Nebelstandes ist eine Aufgabe des Religionsunterrichts, welche noch der Lösung harret. Da die unabwiesbare Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Leben — wobei die Religion keineswegs den Kürzeren ziehen wird — wohl nicht der subjektiven Einsicht des einzelnen Lehrers überlassen werden kann und da von den in nicht geringer Zahl vorhandenen Religionsbüchern keines recht beschiedigt wird, die Beschaffung eines brauchbaren Leitfadens für den Religionsunterricht in erster Reihe in Aufsicht zu nehmen sein.“

Man darf auf diesen Leitfaden jedenfalls gespannt sein.

Registrierte Genossenschaften in Oesterreich. Nach einer von der k. k. statistischen Zentralkommission vorgenommenen ermittelung und noch sehr lückenhaften Erhebung gab es Ende 1894 in Oesterreich 424 und Ende 1895 556 registrierte Genossenschaften, davon 479 mit beschränkter und 84 mit unbeschränkter Haftung. Unter den 429 Genossenschaften am Schlusse des Jahres 1894 wurden gezählt: 43 Rohstoff-Genossenschaften, 63 Magazin- beziehentlich Rohstoff- und Magazin-Genossenschaften, 95 Werkzeuggenossenschaften, 173 Produktiv-Genossenschaften, 19 Baugenossenschaften, 86 Versicherung- und andere in keine der vorgenannten Gruppen eingehende Genossenschaften. Die Vorkauf- und Konsumvereine sind außer betracht gelassen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter Englands hat, wie in dem Bericht der zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse eingesetzten königlichen Kommission angegeben wird, seit 20 Jahren um 242 053 abgenommen, während die Gesamtbevölkerung des Vereinigten Königreichs in derselben Zeit um 7 Millionen zunahm. Der Rückgang hängt zusammen mit dem Rückgang der englischen Landwirtschaft überhaupt, der nach Ansicht der Kommission auf den durch die ausländische Konkurrenz verursachten Preisfall der Bodenprodukte zurückzuführen ist. Der gegenwärtige Getreidegewinn Englands betrug kaum 60 pCt. dessen, was man vor 20 Jahren als eine mittelmäßige Ernte bezeichnete. Der Preis der drei Haupt-Kornarten sei innerhalb 20 Jahren um 40 pCt. der des Rind- und Hammelfleisches um 20 bis 40 pCt. gefallen, Molkereiprodukte und Kartoffeln hätten einen Preisrückgang um 30 pCt. gehabt, und die englische Wolle sei seit 1882 um mehr als 50 pCt. im Preise gefallen.

Der Zuzug belgischer Arbeiter nach Rußland hat, wie aus Königsbütte in Oberhessen berichtet wird, seit dem Herbst d. J. ungewöhnlichen Umfang angenommen. Täglich folgen ganze Arbeitertrupps dem Zuge nach Osten. Es seien vorwiegend Arbeiter der Glas-, sowie der metallurgischen Industrie, die nach Rußland zögen, wo ihnen günstigere Löhne als daheim geboten würden. Auch zahlreiche Leiter, Ingenieure und Werkführer industrieller Etablissements verläuchten ihre Stellungen in Belgien gegen solche an russischen, namentlich russisch-polnischen Unternehmern.

Es handelt sich wohl um Betriebe, die von belgischen Unternehmern in Rußland errichtet sind oder errichtet werden. Belgisches Kapital ist jetzt an der wirtschaftlichen Ausbeutung jenes Landes in großem Maßstabe betheiligt.

Das Riesenlager passender Weihnachts-Geschenke bestehend aus fertiger Herren- und Knaben-Konfektion und schmecklich geräumt werden und bietet sich somit Gelegenheit, spottbillig zu kaufen. Man esse, so lange noch die große Auswahl vorhanden ist.

Hohenzollern-Mäntel halt 40 W. jeht 25 W.,
Schwaloffs halt 35 W. jeht 20 W.,
 Einzelne Westen, Schlafrocke, Stoffreste zu noch nie dagewesenen Preisen.

Paletots auf Wolllutter halt 30.- W. jeht 18.- W.,
Anzüge in Kammgarn u. Cheviot halt 35.- W. jeht 20.- W.,
Hosen in wunderbaren Farben halt 12.- W. jeht 5-8 W.,
Simon Gratzs, Gertraudenstraße 18/19.

Künstl. Zähne 2 M.
Schmerzli. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1,50 M.
 Theilz. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22, Spr. 9-6 U.**

Tomprowski,
 Berlin C., Jüdenstraße 37, I. Etage.
Lager fertiger Garderobe und nach Maass.
 Winter-Paletots zu 15, 20, 25, 30 W., Mäntel zu 20, 25, 30, 35 W.,
 Anzüge zu 20, 25, 28, 35 W., Joppen zu 9, 10, 11, 14 W.,
 Hosen zu 5, 6, 8, 10 W.
 Bei Garderobe nach Maass Theilzahlung monatlich 10 W. gestattet.
 Gegen Paar billigte Preise. 34342

Puppen-Doktor
Otto Kreyssig, Brunnenstr. 119.
 Reparaturen u. Neuaufbereitung.

Billiger als auf der Auction kauft man
Teppiche 3 M.
 an.
 Portirolen 1,25, Gardinen 1,50
 Steppdecken 2,40, Läufer-
 stoffe am billigsten
Königsgraden a. d. Münzstr.

Tuch-Reste,
 passend für Paletots, Hosen, An-
 züge etc., gebe direkt an Privats
 zu enorm billigen Preisen ab. Man ver-
 lange Muster franko in Briefform.
Wilhelm Schmidt,
Cottbus, Wauerstraße 27.

Winter-Paletots
 in unzähliger Auswahl, um das
 richtige Lager zu räumen, nur
9 Mark
 in eleganter Ausführung und
 guten Stoffen 10, 12-25 W.
 Jacket u. Rock-Anzüge,
 Schweißjacken u. elegant, darunter die
 feinsten Salons u. Brand-Anzüge
 12, 15, 18-30 W., Hosen
 in vorzüglichen halbdarken Stoffen,
 jezt 1 1/2, 2 1/2, 3, 4 1/2, 12 W.
Hohenzollern-Mäntel,
 mit weitem, faltiger Kragen, nur
 14, 17, 21-35 W., Winter-
 Joppen, warm gefüttert, von
 4 W. an, Knaben- sowie
 Mädchen-Anzüge u. Paletots
 spottbillig.

Kleider-Palsha
32 Rosenthalerstr. 32
 Ecke Sophienstr., Erdaden.
 Sonntag geöffnet von 7-10 u.

Heizapparate
mit Chamoliekörper,
 Da auch nicht ganz dichtluft-leck,
 Ofenapparate, Kaminöfen etc.

D. R. W. M.
 Wer diesen Apparat kauft, wird
 stets warme, trockene, gesunde Räume
 haben, spart 50 pCt. Feuerung, die
 den Apparat in kurzer Zeit bezahlt
 machen. Fabrikspreis: per Stück 2 W. 50.
 50 W. frei Haus. Pferdewagen wird
 versendet. Fabrikbesitzer: **Münzstr. 7,**
Sof. parterre, Domke,
 Sonntag während der geschäftlichen
 Stunden geöffnet.

Möbel
 vollkommen gewesene und neue, flottend
 billig, Theilzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. 29172

Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Achtung!
Die Hosenfabrik
 30902 verkauft jetzt:
 Pr. Stoffhosen von 3,00-7,50
 Arbeit-Lederhosen 2,25-5,00
 Winter-Joppen von 5,00-9,00
 Winter-Anzüge 12,00-20,00
 Kinder-Anzüge 2,50-8,50
 Mädchen-Anzüge 1,50-12,00
 Knabenhosen 65 Pf. bis 2 W.
 nur bei **W. Mathews,**
Kallienstr., zur rothen 7.

Strickmaschinen
 aus der Dreddener Strickmaschinen-
 Fabrik sind die besten und ein leichter
 Gewandstück f. Männer, Frauen und
 Polster-Gewächte. Erlernen leicht und
 gratis. Arbeit in nachgewiesener Wei-
 se. Kauf zu Fabrikspreisen. Vorerst bei dem
 Besitzer **H. Gomburger, Kloster-
 straße 63, Berlin, Nachmittags.**

Bruchbandagen
 aller Art, Leibbinden, Strümpfen,
 Tuberkulose aller Größen, Unter-
 lagenstoffe, Verbandstoffe, sowie
 alle Artikel zur Krankenpflege
 empfiehlt
J. Ch. Pollmann, Sandagist,
30. Linienstraße 30.
 Eigene Werkstatt.
 25 Jahre prakt. Erfahrungen. Vorkauf
 sämtl. Dritt- u. Hilfs-Krankentafeln.

Dr. Ringelmann
 Spezialarzt für 35032
Haut-, Harn- und Unterleibs-
leiden. Friedrichstr. 100, zw.
 Linden u. Behrenstr. 11-2, 5-7.

Dr. Lehmig,
Spezialarzt f. Haut-, Krampf-
oder Geschwüre etc., [3441]
An der Stadthaus 24,
 gegenüber Bahnhofs-Alexanderplatz.
 Sprechst. 9-12 und 3-6.
 Sonntags bis 4. Freitags keine.
Poliklinik: Montag, 9-10 1/2,
 Donnerstag, 9-10 1/2.

Dr. Schaper, Schönborger
 Ufer 25, an der
homöop. Arzt, Potsd. Brücke.
Spezialarzt f. Haut- u. Harn-
leiden, Frauenkrankheit.
 Sprechst. 9-1, 4-7, Sonntags 9-1.

Dr. Simmel Moritzplatz,
 i. Haus u. Hofhinger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Prkl. Zahnarzt Wronker
 Plombieren, Zahnziehen, Zahnver-
Leipzigstr. 30, II, 9-6,
 unentgeltl. 8-9. Telephon. Nachmittags.

Unfallgen. Magen, Eingaben
U. Patzger, Siegelstr. 65.
 Die Kranthungen, welche ich und
 meine Ehefrau den Patienten Schläge
 angefügt haben, sind nicht und
 bitten wir deshalb die Eheleute Schläge
 um Vergebung. 29708
Eheleute Ziegenfuss.

Achtung, Gesangsvereine!
 Nicht weniger Dirigent, Opern-
 kapellmeister, ist für Montag u. Sonn-
 abend frei. Kapellmeister **Gledler**
Charlottenstr. 133 II
Gesangsverein wird f. Sonntagabend
 leit. gesucht. **Maldene, Reinhardtstr. 22**

Meine Restauration (s. o. 11)
 zu verkaufen. **Schweidenerstr. 226 a.**

Plättanstalt 20426
 mit Mehl- u. Borsthandlung, seit
 10 Jahren bestehend, umständlicher
 zu verkaufen. Offerten u. **A. A. 22**
 Postamt Anklamersstraße.

Für 17 Mk. fertige Anzüge nach
 Maass, gute Stoffen, tabell. Sig-
 naturen, inbill. **Wilhelm Schmidt, Neue Schön-
 hauerstr. 1, 1 Tr., Ecke Weinmeisterstr.**

Bilg! Reiter's Anzüge. Bilg!
 Mädelnkleider, Knaben-Anzüge und
 Paletots sehr preiswerth.
O. Hoffmann, Sietzenstr. 14.

Sie
 wünschen zu wissen, wie es mög-
 lich ist, das **Gustav Lucke** so
 billig verkaufen kann. Ja
 durch Einkauf von großen Posten
 verkaufe ich von heute ab:
 Hochelegante Winter-Paletots u. 9 W.
 50 Pf. an.
 Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel
 von 5 W. 25 Pf. an.
 Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 W.
 75 Pf. an.
 Hochf. Rock- und Jaquet-Anzüge von
 12 W. 50 Pf. an.
 Herren-Joppen von 2 W. 75 Pf. an.
 Kellner-Joppen und Jaquet von 4 W.
 50 Pf. an.
 Veder- und Arbeit-Joppen von 2 W.
 35 Pf. an.
 Mädchen- und Knaben-Paletots,
 Herren-Jacken, Westen und Röcke in
 allen Größen, Knaben- und Mädchen-
 Anzüge, Fahrradler, Hüte, Schirme,
 Stöcke, Mäse, Stiefel, Rofser, Opern-
 gläser, Kessel, Revolver, Leuchtmis-
 ser, Stockfinten, Harmonikas, Geigen,
 Sitar, Trommeln, Regulateure,
 Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu
 enorm billigen Preisen. 32812

Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Dranienstr. 131.

Die beste Sand- 75,
Leberwurst
Speck 55, Schinken 60, Cervelat
1 W., Schweine-Kamm u. Knochen
60, feinste Margarine 60 Pf. pro
Pfund, Wild, Gänselegel etc. offerirt
Gustav Dudda,
8, Admiralsstr. 8, [3702L]
50, Prinsenzstraße 50.

Kindervagenbazar
Max Brinner,
Jerusalemstr. 42, Brunnenstr. 6
und Dreddenerstr. 116.
 Weihnachts-Kinderwägen von **Puppen-**
wagen, Sportwagen und Kinder-
wagen zu außerordentlich billigen
Preisen. Preisliste gratis.

Destillation,
 12 Jahre bestehend, ist wegen Verzug
 um 1. Januar 1898 nach außerhalb
 sofort billig zu verkaufen. Auskunft
 Alte Jakobstr. 52. 20788

Statt besonderer Meldung.
 Infolge eines Schlaganfalls
 verstorben am Mittwoch Abend
 8 1/2 Uhr meine innig geliebte
 Frau, unsere gute Mutter
Marie Spiers geb. Kästner
 im 52. Lebensjahre. Um fälliges
 Beileid bitten. 21216
Wilhelm Spiers
 und Kinder.
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr, vom
 Trauerhause, Sandhansen bei
 Oranienburg (Nordbahn), statt.

Orts-Krankenkasse
der Schneider, Schneiderinnen
u. verwandte Gewerbe zu Berlin.
 Die Arbeitergehälter werden hierdurch
 um den 7. Dezember 1897 im
 neuen Altklubhaus, Kommandanten-
 straße 72, abends 8 Uhr, hatfindenden
 Vertreterwahlen pro 1898 ergebenst
 eingeladen. 20848
Tages-Ordnung:
 Wahl von 100 Vertretern aus den
 Reihen der Arbeitergehälter, § 40 d. Stat.
 Annahmeheschein der Arbeiter dient
 als Legitimation.

Um 9 Uhr finden in demselben
 Lokale die Vertreterwahlen der Kassen-
 mitglieder pro 1898 statt, wozu die-
 selben ergebenst eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
 Wahl von 250 Vertretern aus den
 Reihen der Kassenmitglieder, § 40 des
 Statuts. Das Quittungsbuch dient
 als Legitimation.
 Berlin, 28. November 1897.
Der Vorstand,
Carl Zies. Vor., Wolkenstr. 30.
G. Schröder, Schrifst., Belleallianee-
straße 70a.

Jeder Herr
 überzeuge sich vorher,
 bevor er seinen Bedarf in
Herren- und Knaben-
Garderoben
 decken will, von meiner Leistungs-
 fähigkeit. Ich habe 200 Stück in
 verschiedenen besten Qualitäts-
 stoffen Anzug- und Paletot-Stoffe
 am Lager und fertige unter
 Leitung des ersten Schneiders
 hochelegante, gute
Salon-Anzüge
 in diversen Stoffarten nach Maass
 2mal Anprobe, 20.-, 25.-,
 30.- M.
Herren-Paletot
 nach Maass, 1mal Anpr., 20.-,
 25.-, 30.- M.
 Ein Versuch führt zu dauer-
 hafter Kundenschaft, da jeder Kunde
 die Welt spart.
 Die vorhandenen fertigen Klei-
 dungsstücke, als: Herren-Anzüge,
 Paletots, Joppen, Kinder-Anzüge
 verkaufe wegen Aufgabe zu herab-
 gesetzten Preisen.
 Einen hohen schweren Winter-
 und Ostlin-Hosen, jed. Paar 3 W.
 Lieferant des Konsum-Vereins
 Nord-Ost.

A. Priester
Geliensteilstraße 1. Herren-
und Knaben-Bekleidung.
Gr. Frankfurterstr. 40.

Orts-Krankenkasse
der
Weber
und verwandte Gewerbe, Berlin.
 Sonntag, den 5. Dezember 1897,
 vormittags 10 Uhr, in Tietz's Lokal,
 Fruchtsstraße 36 a:
Große Versammlung
 sämtlicher Arbeitgeber, sowie
 sämtlicher grohähriger Mit-
 glieder obiger Kasse.
Tagesordnung:
 10 Uhr vormittags:
 Wahl von 62 Delegierten der Arbeit-
 geber für das Jahr 1898.
 11 Uhr vormittags:
 1. Aufstellung der Kandidatenliste.
 2. Wahl von 143 Delegierten der Kassen-
 mitglieder für das Jahr 1898.
 3. Verschiedenes.
 Kann die Tagesordnung nicht er-
 ledigt werden, so findet in demselben
 Lokal zur selben Stunde am Sonntag
 den 12. Dezember cr. die Fortsetzung
 der Versammlung statt.
 Wahlberechtigt und wählbar sind nur
 grohährige Kassenmitglieder.
 Zum Eintritt ist das Mitgliedsbuch
 erforderlich.
 Das Wahllokal wird um 12 Uhr
 geschlossen, um diese Zeit beginnt der
 Wahltag.
 Berlin, den 28. November 1897.
Der Vorstand, 2083b
G. Spann, V. Stemmler,
Vorsitzender, Schrifthführer.

Orts-Krankenkasse des Maurer-
gewerbes zu Berlin.
 Sollten den vereideten Wählern dieses
 Blattes die berechneten Wohnungen
 der nachgehend bezeichneten Bau-
 unternehmer bekannt sein, so bitten
 wir um gefällige recht baldige Mit-
 theilung derselben an unsere Kasse,
 Holzmarktstraße 48a. Einwohner
 listen sind wir gern bereit zu erstatten.
Baumunternehmer G. J. Schub-
macher, früher Chausseestr. 28a.
Baumunternehmer R. Thoma,
Marktgrafenstr. 14.
Baumunternehmer Franz Eduard
Reumann, früher Charlotten-
burg, Schillerstr. 75, und Pots-
damerstraße 75a.
Baumunternehmer F. G. Raabe,
früher Soldinerstr. 40.
Baumunternehmer S. Sauer, früher
Swinowanderstr. 76.
 Berlin, den 25. November 1897.
Der Vorstand,
H. Daehne, H. Kelpin,
Vorsitzender, Schrifthführer.

Den Gewerbern um die Hilfsarbeiter-
 kasse in unserem Bureau zur gefl.
 Nachricht, daß dieselbe bereit ist.
 20876
H. Daehne.

Wurst-Fabrik
Gustav Zubell
 Berlin NW., Waldstr. 7.
 Fernsprecher: Amt II 005.
 Pfeffer Knoschen 45, 50, 60 und
 70 Paar für 3 W., 30 Vorwürste
 für 3 W. 5/20

Auf Theilzahlung!
 Schlag-Regulat. 14 T. geh. 18 W.
 Silb. Herren-Reinort-Uhr 15
 Uhrmacher
Charlottenstraße Nr. 15.
 Kein Abzahlungszinswandel.

Uhren-, Goldwaaren-Verhand.
Paar-Verkauf u. Theilzahlung.
 Bekleid. briefl. u. Bogdt. Auguststr. 92

Zum bevorstehenden 20685
Weihnachtsfeste
 empfehle meinem geehrten Kundenkreis
Spiel- u. Württembergwaren,
Haus- u. Küchengeräthe.
G. Nichehen,
 1. Geschäft: Kottbuser Damm 92.
 2. Dreddenerstr. 15.

Winterpaletots Kaiserwäntel, Re-
 mannt-Uhr, Regul.
 Opernal, spottb. Reanderstr. 6, Pfandl.

Strichwolle-Kudverkauf.
 Kette in Leinwand und Baumwolle zu
 Fabrikspreisen. Holzmarktstr. 60, S. 1. 1. Tr.

Achtung! Kein Laden.
 Nur echte Fabrikation, 25 Cigaretten
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pf. 60 Pf.
H. F. Dinslage, [3008]
Kottbuserstraße 4, Hof parterre.

Kudverkauf der Händehände der
 Händehände Konturform u. anderer
 Daaren. Herren-Sohlen und Abfuge
 2 W. Damen-Sohlen u. Abf. 1,50 W.
Marie Wücher, Postenstr. 16.

ohne Bürgsch. gewährt
„Spartofe“ u. „Schief.“
Erbd. u. Hyp. Baugesch. Korallu.
Breslau. Statut geg. 40 Pf.

Anzüge nach Maass für
Herren u. Knaben
 Größte Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Beinleider etc. werden
 unter Garantie des guten Stoffes
 zu überaus billigen Preisen
 schnellstens angefertigt im Lagerlokal
 bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**
 eventuell
 in Theilzahl.

Zähne v. Mf. 2 an eventuell
Fran Olga Jacobson,
Jubaldenstr. 145.
 63/11

Bruchbandagen
 aller Art, Leibbinden, Strümpfen,
 Tuberkulose aller Größen, Unter-
 lagenstoffe, Verbandstoffe, sowie
 alle Artikel zur Krankenpflege
 empfiehlt
J. Ch. Pollmann, Sandagist,
30. Linienstraße 30.
 Eigene Werkstatt.
 25 Jahre prakt. Erfahrungen. Vorkauf
 sämtl. Dritt- u. Hilfs-Krankentafeln.

Dr. Ringelmann
 Spezialarzt für 35032
Haut-, Harn- und Unterleibs-
leiden. Friedrichstr. 100, zw.
 Linden u. Behrenstr. 11-2, 5-7.

Dr. Lehmig,
Spezialarzt f. Haut-, Krampf-
oder Geschwüre etc., [3441]
An der Stadthaus 24,
 gegenüber Bahnhofs-Alexanderplatz.
 Sprechst. 9-12 und 3-6.
 Sonntags bis 4. Freitags keine.
Poliklinik: Montag, 9-10 1/2,
 Donnerstag, 9-10 1/2.

Dr. Schaper, Schönborger
 Ufer 25, an der
homöop. Arzt, Potsd. Brücke.
Spezialarzt f. Haut- u. Harn-
leiden, Frauenkrankheit.
 Sprechst. 9-1, 4-7, Sonntags 9-1.

Dr. Simmel Moritzplatz,
 i. Haus u. Hofhinger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Prkl. Zahnarzt Wronker
 Plombieren, Zahnziehen, Zahnver-
Leipzigstr. 30, II, 9-6,
 unentgeltl. 8-9. Telephon. Nachmittags.

Unfallgen. Magen, Eingaben
U. Patzger, Siegelstr. 65.
 Die Kranthungen, welche ich und
 meine Ehefrau den Patienten Schläge
 angefügt haben, sind nicht und
 bitten wir deshalb die Eheleute Schläge
 um Vergebung. 29708
Eheleute Ziegenfuss.

Achtung, Gesangsvereine!
 Nicht weniger Dirigent, Opern-
 kapellmeister, ist für Montag u. Sonn-
 abend frei. Kapellmeister **Gledler**
Charlottenstr. 133 II
Gesangsverein wird f. Sonntagabend
 leit. gesucht. **Maldene, Reinhardtstr. 22**

Meine Restauration (s. o. 11)
 zu verkaufen. **Schweidenerstr. 226 a.**

Plättanstalt 20426
 mit Mehl- u. Borsthandlung, seit
 10 Jahren bestehend, umständlicher
 zu verkaufen. Offerten u. **A. A. 22**
 Postamt Anklamersstraße.

Für 17 Mk. fertige Anzüge nach
 Maass, gute Stoffen, tabell. Sig-
 naturen, inbill. **Wilhelm Schmidt, Neue Schön-
 hauerstr. 1, 1 Tr., Ecke Weinmeisterstr.**

Bilg! Reiter's Anzüge. Bilg!
 Mädelnkleider, Knaben-Anzüge und
 Paletots sehr preiswerth.
O. Hoffmann, Sietzenstr. 14.

Sie
 wünschen zu wissen, wie es mög-
 lich ist, das **Gustav Lucke** so
 billig verkaufen kann. Ja
 durch Einkauf von großen Posten
 verkaufe ich von heute ab:
 Hochelegante Winter-Paletots u. 9 W.
 50 Pf. an.
 Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel
 von 5 W. 25 Pf. an.
 Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 W.
 75 Pf. an.
 Hochf. Rock- und Jaquet-Anzüge von
 12 W. 50 Pf. an.
 Herren-Joppen von 2 W. 75 Pf. an.
 Kellner-Joppen und Jaquet von 4 W.
 50 Pf. an.
 Veder- und Arbeit-Joppen von 2 W.
 35 Pf. an.
 Mädchen- und Knaben-Paletots,
 Herren-Jacken, Westen und Röcke in
 allen Größen, Knaben- und Mädchen-
 Anzüge, Fahrradler, Hüte, Schirme,
 Stöcke, Mäse, Stiefel, Rofser, Opern-
 gläser, Kessel, Revolver, Leuchtmis-
 ser, Stockfinten, Harmonikas, Geigen,
 Sitar, Trommeln, Regulateure,
 Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu
 enorm billigen Preisen. 32812

Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Dranienstr. 131.

Die beste Sand- 75,
Leberwurst
Speck 55, Schinken 60, Cervelat
1 W., Schweine-Kamm u. Knochen
60, feinste Margarine 60 Pf. pro
Pfund, Wild, Gänselegel etc. offerirt
Gustav Dudda,
8, Admiralsstr. 8, [3702L]
50, Prinsenzstraße 50.

Kindervagenbazar
Max Brinner,
Jerusalemstr. 42, Brunnenstr. 6
und Dreddenerstr. 116.
 Weihnachts-Kinderwägen von **Puppen-**
wagen, Sportwagen und Kinder-
wagen zu außerordentlich billigen
Preisen. Preisliste gratis.

Destillation,
 12 Jahre bestehend, ist wegen Verzug
 um 1. Januar 1898 nach außerhalb
 sofort billig zu verkaufen. Auskunft
 Alte Jakobstr. 52. 20788

Orts-Krankenkasse
der Schneider, Schneiderinnen
u. verwandte Gewerbe zu Berlin.
 Die Arbeitergehälter werden hierdurch
 um den 7. Dezember 1897 im
 neuen Altklubhaus, Kommandanten-
 straße 72, abends 8 Uhr, hatfindenden
 Vertreterwahlen pro 1898 ergebenst
 eingeladen. 20848
Tages-Ordnung:
 Wahl von 100 Vertretern aus den
 Reihen der Arbeitergehälter, § 40 d. Stat.
 Annahmeheschein der Arbeiter dient
 als Legitimation.

Um 9 Uhr finden in demselben
 Lokale die Vertreterwahlen der Kassen-
 mitglieder pro 1898 statt, wozu die-
 selben ergebenst eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
 Wahl von 250 Vertretern aus den
 Reihen der Kassenmitglieder, § 40 des
 Statuts. Das Quittungsbuch dient
 als Legitimation.
 Berlin, 28. November 1897.
Der Vorstand,
Carl Zies. Vor., Wolkenstr. 30.
G. Schröder, Schrifst., Belleallianee-
straße 70a.

Jeder Herr
 überzeuge sich vorher,
 bevor er seinen Bedarf in
Herren- und Knaben-
Garderoben
 decken will, von meiner Leistungs-
 fähigkeit. Ich habe 200 Stück in
 verschiedenen besten Qualitäts-
 stoffen Anzug- und Paletot-Stoffe
 am Lager und fertige unter
 Leitung des ersten Schneiders
 hochelegante, gute
Salon-Anzüge
 in diversen Stoffarten nach Maass
 2mal Anprobe, 20.-, 25.-,
 30.- M.
Herren-Paletot
 nach Maass, 1mal Anpr., 20.-,
 25.-, 30.- M.
 Ein Versuch führt zu dauer-
 hafter Kundenschaft, da jeder Kunde
 die Welt spart.
 Die vorhandenen fertigen Klei-
 dungsstücke, als: Herren-Anzüge,
 Paletots, Joppen, Kinder-Anzüge
 verkaufe wegen Aufgabe zu herab-
 gesetzten Preisen.
 Einen hohen schweren Winter-
 und Ostlin-Hosen, jed. Paar 3 W.
 Lieferant des Konsum-Vereins
 Nord-Ost.

A. Priester
Geliensteilstraße 1. Herren-
und Knaben-Bekleidung.
Gr. Frankfurterstr. 40.

Orts-Krankenkasse
der
Weber
und verwandte Gewerbe, Berlin.
 Sonntag, den 5. Dezember 1897,
 vormittags 10 Uhr, in Tietz's Lokal,
 Fruchtsstraße 36 a:
Große Versammlung
 sämtlicher Arbeitgeber, sowie
 sämtlicher grohähriger Mit-
 glieder obiger Kasse.
Tagesordnung:
 10 Uhr vormittags:
 Wahl von 62 Delegierten der Arbeit-
 geber für das Jahr 1898.
 11 Uhr vormittags:
 1. Aufstellung der Kandidatenliste.
 2. Wahl von 143 Delegierten der Kassen-
 mitglieder für das Jahr 1898.
 3. Verschiedenes.
 Kann die Tagesordnung nicht er-
 ledigt werden, so findet in demselben
 Lokal zur selben Stunde am Sonntag
 den 12. Dezember cr. die Fortsetzung
 der Versammlung statt.
 Wahlberechtigt und wählbar sind nur
 grohährige Kassenmitglieder.
 Zum Eintritt ist das Mitgliedsbuch
 erforderlich.
 Das Wahllokal wird um 12 Uhr
 geschlossen, um diese Zeit beginnt der
 Wahltag.
 Berlin, den 28. November 1897.
Der Vorstand, 2083b
G. Spann, V. Stemmler,
Vorsitzender, Schrifthführer.

Orts-Krankenkasse des Maurer-
gewerbes zu Berlin.
 Sollten den vereideten Wählern dieses
 Blattes die berechneten Wohnungen
 der nachgehend bezeichneten Bau-
 unternehmer bekannt sein, so bitten
 wir um gefällige recht baldige Mit-
 theilung derselben an unsere Kasse,
 Holzmarktstraße 48a. Einwohner
 listen sind wir gern bereit zu erstatten.
Baumunternehmer G. J. Schub-
macher, früher Chausseestr. 28a.
Baumunternehmer R. Thoma,
Marktgrafenstr. 14.
Baumunternehmer Franz Eduard
Reumann, früher Charlotten-
burg, Schillerstr. 75, und Pots-
damerstraße 75a.
Baumunternehmer F. G. Raabe,
früher Soldinerstr. 40.
Baumunternehmer S. Sauer, früher
Swinowanderstr. 76.
 Berlin, den 25. November 1897.
Der Vorstand,
H. Daehne, H. Kelpin,
Vorsitzender, Schrifthführer.

Den Gewerbern um die Hilfsarbeiter-
 kasse in unserem Bureau zur gefl.
 Nachricht, daß dieselbe bereit ist.
 20876
H. Daehne.

Wurst-Fabrik
Gustav Zubell
 Berlin NW., Waldstr. 7.
 Fernsprecher: Amt II 005.
 Pfeffer Knoschen 45, 50, 60 und
 70 Paar für 3 W., 30 Vorwürste
 für 3 W. 5/20

Auf Theilzahlung!
 Schlag-Regulat. 14 T. geh. 18 W.
 Silb. Herren-Reinort-Uhr 15
 Uhrmacher
Charlottenstraße Nr. 15.
 Kein Abzahlungszinswandel.

Uhren-, Goldwaaren-Verhand.
Paar-Verkauf u. Theilzahlung.
 Bekleid. briefl. u. Bogdt. Auguststr. 92

Zum bevorstehenden 20685
Weihnachtsfeste
 empfehle meinem geehrten Kundenkreis
Spiel- u. Württembergwaren,
Haus- u. Küchengeräthe.
G. Nichehen,
 1. Geschäft: Kottbuser Damm 92.
 2. Dreddenerstr. 15.

Winterpaletots Kaiserwäntel, Re-
 mannt-Uhr, Regul.
 Opernal, spottb. Reanderstr. 6, Pfandl.

Strichwolle-Kudverkauf.
 Kette in Leinwand und Baumwolle zu
 Fabrikspreisen. Holzmarktstr. 60, S. 1. 1. Tr.

Achtung! Kein Laden.
 Nur echte Fabrikation, 25 Cigaretten
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pf. 60 Pf.
H. F. Dinslage, [3008]
Kottbuserstraße 4, Hof parterre.

Kudverkauf der Händehände der
 Händehände Konturform u. anderer
 Daaren. Herren-Sohlen und Abfuge
 2 W. Damen-Sohlen u. Abf. 1,50 W.
Marie Wücher, Postenstr. 16.

ohne Bürgsch. gewährt
„Spartofe“ u. „Schief.“
Erbd. u. Hyp. Baugesch. Korallu.
Breslau. Statut geg. 40 Pf.

Anzüge nach Maass für
Herren u. Knaben
 Größte Auswahl in in- und aus-
 ländischen Stoffen für Paletots,
 Anzüge, Beinleider etc. werden
 unter Garantie des guten Stoffes
 zu überaus billigen Preisen
 schnellstens angefertigt im Lagerlokal
 bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**
 eventuell
 in Theilzahl.

Zähne v. Mf. 2 an eventuell
Fran Olga Jacobson,
Jubaldenstr. 145.
 63/11

Bruchbandagen
 aller Art, Leibbinden, Strümpfen,
 Tuberkulose aller Größen, Unter-
 lagenstoffe, Verbandstoffe, sowie
 alle Artikel zur Krankenpflege
 empfiehlt
J. Ch. Pollmann, Sandagist,
30. Linienstraße

Literarisches.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. Julius Wolf, Oid. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Breslau.

Der Verlag von Georg Reimer, Berlin, zeigt nun für den Beginn des Jahres 1898 das Erscheinen dieser von Herrn Wolf lange geplanten Monatschrift an.

Zu einem Zirkular an den Buchhandel schreibt die Verlagsbuchhandlung:

Sie (die Zeitschrift) läßt als wissenschaftliches Organ das große Publikum ein, von wissenschaftlichen Arbeiten, d. h. solchen, die vorwiegend neuen Einsichten zustreben, Kenntnis zu nehmen.

Nicht der Forscher allein, auch der Bürger, der Parlamentarier, die Verwaltung und ihre Beamten, der Kaufmann, der Industrielle und der Landwirt sind auf die Beschäftigung mit sozialen Dingen hingewiesen.

Trotz der großen Worte glauben wir, daß der Bürger, der Parlamentarier etc. etc., die auf Beschäftigung mit sozialen Dingen angewiesen sind, anderen Jährchen eher folgen werden, als dem von der wissenschaftlichen Kritik so böse gekennzeichneten Herrn Julius Wolf.

Sauer, Dr. med. Wilhelm. Die Gesundheitspflege der arbeitenden Klassen. 40 S. Frankfurt a. M. Verlag von Veit & Schmidt. Preis 20 Pf.

Der Verfasser der vorliegenden Schrift hat mit derselben den Zeitschriftenredaktionen ein Schreiben überreicht, in welchem er um eine Besprechung ersucht und zur gefälligen Benutzung ein Muster einer solchen beifügt.

Ein Werkchen, dem die weiteste Verbreitung in Arbeiterkreisen zu wünschen ist. Denn während wir zahlreiche Bücher besitzen, welche die Gesundheitspflege im allgemeinen abhandeln, fehlt es bisher an einer Darstellung, welche speziell die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes berücksichtigt und zu einem möglichst billigen Preis demselben eine gute Darstellung der Gesundheitspflege zur Verfügung stellt.

Diesem für den Verfasser äußerst schmeichelhaften Urtheil kann der Verfasser dieser Zeilen leider nicht beistimmen. Eine Schrift über Gesundheitspflege, welche die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes berücksichtigen soll, muß einigermaßen kurz gehalten sein, schon aus Rücksicht auf den Preis.

Reizung derselben — und die deshalb die darauf bezüglichen Zeitungsaufsätze aufmerksam lesen oder Vorträge mit anhören, werden aus H's Schrift kaum etwas Neues lernen.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der Gesellschaft der Deutschen Sozialdemokraten von Franz Wehring (Stuttgart, D. L. G. Verlag) sind Heft 23 und 24 erschienen.

Briefkasten der Redaktion.

Melwig 100. Vliegt weder eine ausdrückliche Vereinbarung noch ein für die Branche oder für den Ort üblicher Brauch vor, für Feiertage Lohn zu zahlen, so kommt es darauf an, in welcher Weise der Lohn berechnet werden sollte.

solche Heilmittel rechnen, die wie die beispielsweise benannten Brillen und Bruchbänder mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhang stehen und zur Sicherung des Erfolges der Kur notwendig sind.

100. Nach Ihrer Schilderung liegt kein Grund vor, um eine Scheidungsanfrage mit Erlaß anbringen zu können. — Gemelingen. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — Schomburgk. 1. Reim. 2. Reim. 3. Reim. 4. Reim. 5. Reim. 6. Reim. 7. Reim. 8. Reim. 9. Reim. 10. Reim. 11. Reim. 12. Reim. 13. Reim. 14. Reim. 15. Reim. 16. Reim. 17. Reim. 18. Reim. 19. Reim. 20. Reim. 21. Reim. 22. Reim. 23. Reim. 24. Reim. 25. Reim. 26. Reim. 27. Reim. 28. Reim. 29. Reim. 30. Reim. 31. Reim. 32. Reim. 33. Reim. 34. Reim. 35. Reim. 36. Reim. 37. Reim. 38. Reim. 39. Reim. 40. Reim. 41. Reim. 42. Reim. 43. Reim. 44. Reim. 45. Reim. 46. Reim. 47. Reim. 48. Reim. 49. Reim. 50. Reim. 51. Reim. 52. Reim. 53. Reim. 54. Reim. 55. Reim. 56. Reim. 57. Reim. 58. Reim. 59. Reim. 60. Reim. 61. Reim. 62. Reim. 63. Reim. 64. Reim. 65. Reim. 66. Reim. 67. Reim. 68. Reim. 69. Reim. 70. Reim. 71. Reim. 72. Reim. 73. Reim. 74. Reim. 75. Reim. 76. Reim. 77. Reim. 78. Reim. 79. Reim. 80. Reim. 81. Reim. 82. Reim. 83. Reim. 84. Reim. 85. Reim. 86. Reim. 87. Reim. 88. Reim. 89. Reim. 90. Reim. 91. Reim. 92. Reim. 93. Reim. 94. Reim. 95. Reim. 96. Reim. 97. Reim. 98. Reim. 99. Reim. 100. Reim. 101. Reim. 102. Reim. 103. Reim. 104. Reim. 105. Reim. 106. Reim. 107. Reim. 108. Reim. 109. Reim. 110. Reim. 111. Reim. 112. Reim. 113. Reim. 114. Reim. 115. Reim. 116. Reim. 117. Reim. 118. Reim. 119. Reim. 120. Reim. 121. Reim. 122. Reim. 123. Reim. 124. Reim. 125. Reim. 126. Reim. 127. Reim. 128. Reim. 129. Reim. 130. Reim. 131. Reim. 132. Reim. 133. Reim. 134. Reim. 135. Reim. 136. Reim. 137. Reim. 138. Reim. 139. Reim. 140. Reim. 141. Reim. 142. Reim. 143. Reim. 144. Reim. 145. Reim. 146. Reim. 147. Reim. 148. Reim. 149. Reim. 150. Reim. 151. Reim. 152. Reim. 153. Reim. 154. Reim. 155. Reim. 156. Reim. 157. Reim. 158. Reim. 159. Reim. 160. Reim. 161. Reim. 162. Reim. 163. Reim. 164. Reim. 165. Reim. 166. Reim. 167. Reim. 168. Reim. 169. Reim. 170. Reim. 171. Reim. 172. Reim. 173. Reim. 174. Reim. 175. Reim. 176. Reim. 177. Reim. 178. Reim. 179. Reim. 180. Reim. 181. Reim. 182. Reim. 183. Reim. 184. Reim. 185. Reim. 186. Reim. 187. Reim. 188. Reim. 189. Reim. 190. Reim. 191. Reim. 192. Reim. 193. Reim. 194. Reim. 195. Reim. 196. Reim. 197. Reim. 198. Reim. 199. Reim. 200. Reim. 201. Reim. 202. Reim. 203. Reim. 204. Reim. 205. Reim. 206. Reim. 207. Reim. 208. Reim. 209. Reim. 210. Reim. 211. Reim. 212. Reim. 213. Reim. 214. Reim. 215. Reim. 216. Reim. 217. Reim. 218. Reim. 219. Reim. 220. Reim. 221. Reim. 222. Reim. 223. Reim. 224. Reim. 225. Reim. 226. Reim. 227. Reim. 228. Reim. 229. Reim. 230. Reim. 231. Reim. 232. Reim. 233. Reim. 234. Reim. 235. Reim. 236. Reim. 237. Reim. 238. Reim. 239. Reim. 240. Reim. 241. Reim. 242. Reim. 243. Reim. 244. Reim. 245. Reim. 246. Reim. 247. Reim. 248. Reim. 249. Reim. 250. Reim. 251. Reim. 252. Reim. 253. Reim. 254. Reim. 255. Reim. 256. Reim. 257. Reim. 258. Reim. 259. Reim. 260. Reim. 261. Reim. 262. Reim. 263. Reim. 264. Reim. 265. Reim. 266. Reim. 267. Reim. 268. Reim. 269. Reim. 270. Reim. 271. Reim. 272. Reim. 273. Reim. 274. Reim. 275. Reim. 276. Reim. 277. Reim. 278. Reim. 279. Reim. 280. Reim. 281. Reim. 282. Reim. 283. Reim. 284. Reim. 285. Reim. 286. Reim. 287. Reim. 288. Reim. 289. Reim. 290. Reim. 291. Reim. 292. Reim. 293. Reim. 294. Reim. 295. Reim. 296. Reim. 297. Reim. 298. Reim. 299. Reim. 300. Reim. 301. Reim. 302. Reim. 303. Reim. 304. Reim. 305. Reim. 306. Reim. 307. Reim. 308. Reim. 309. Reim. 310. Reim. 311. Reim. 312. Reim. 313. Reim. 314. Reim. 315. Reim. 316. Reim. 317. Reim. 318. Reim. 319. Reim. 320. Reim. 321. Reim. 322. Reim. 323. Reim. 324. Reim. 325. Reim. 326. Reim. 327. Reim. 328. Reim. 329. Reim. 330. Reim. 331. Reim. 332. Reim. 333. Reim. 334. Reim. 335. Reim. 336. Reim. 337. Reim. 338. Reim. 339. Reim. 340. Reim. 341. Reim. 342. Reim. 343. Reim. 344. Reim. 345. Reim. 346. Reim. 347. Reim. 348. Reim. 349. Reim. 350. Reim. 351. Reim. 352. Reim. 353. Reim. 354. Reim. 355. Reim. 356. Reim. 357. Reim. 358. Reim. 359. Reim. 360. Reim. 361. Reim. 362. Reim. 363. Reim. 364. Reim. 365. Reim. 366. Reim. 367. Reim. 368. Reim. 369. Reim. 370. Reim. 371. Reim. 372. Reim. 373. Reim. 374. Reim. 375. Reim. 376. Reim. 377. Reim. 378. Reim. 379. Reim. 380. Reim. 381. Reim. 382. Reim. 383. Reim. 384. Reim. 385. Reim. 386. Reim. 387. Reim. 388. Reim. 389. Reim. 390. Reim. 391. Reim. 392. Reim. 393. Reim. 394. Reim. 395. Reim. 396. Reim. 397. Reim. 398. Reim. 399. Reim. 400. Reim. 401. Reim. 402. Reim. 403. Reim. 404. Reim. 405. Reim. 406. Reim. 407. Reim. 408. Reim. 409. Reim. 410. Reim. 411. Reim. 412. Reim. 413. Reim. 414. Reim. 415. Reim. 416. Reim. 417. Reim. 418. Reim. 419. Reim. 420. Reim. 421. Reim. 422. Reim. 423. Reim. 424. Reim. 425. Reim. 426. Reim. 427. Reim. 428. Reim. 429. Reim. 430. Reim. 431. Reim. 432. Reim. 433. Reim. 434. Reim. 435. Reim. 436. Reim. 437. Reim. 438. Reim. 439. Reim. 440. Reim. 441. Reim. 442. Reim. 443. Reim. 444. Reim. 445. Reim. 446. Reim. 447. Reim. 448. Reim. 449. Reim. 450. Reim. 451. Reim. 452. Reim. 453. Reim. 454. Reim. 455. Reim. 456. Reim. 457. Reim. 458. Reim. 459. Reim. 460. Reim. 461. Reim. 462. Reim. 463. Reim. 464. Reim. 465. Reim. 466. Reim. 467. Reim. 468. Reim. 469. Reim. 470. Reim. 471. Reim. 472. Reim. 473. Reim. 474. Reim. 475. Reim. 476. Reim. 477. Reim. 478. Reim. 479. Reim. 480. Reim. 481. Reim. 482. Reim. 483. Reim. 484. Reim. 485. Reim. 486. Reim. 487. Reim. 488. Reim. 489. Reim. 490. Reim. 491. Reim. 492. Reim. 493. Reim. 494. Reim. 495. Reim. 496. Reim. 497. Reim. 498. Reim. 499. Reim. 500. Reim. 501. Reim. 502. Reim. 503. Reim. 504. Reim. 505. Reim. 506. Reim. 507. Reim. 508. Reim. 509. Reim. 510. Reim. 511. Reim. 512. Reim. 513. Reim. 514. Reim. 515. Reim. 516. Reim. 517. Reim. 518. Reim. 519. Reim. 520. Reim. 521. Reim. 522. Reim. 523. Reim. 524. Reim. 525. Reim. 526. Reim. 527. Reim. 528. Reim. 529. Reim. 530. Reim. 531. Reim. 532. Reim. 533. Reim. 534. Reim. 535. Reim. 536. Reim. 537. Reim. 538. Reim. 539. Reim. 540. Reim. 541. Reim. 542. Reim. 543. Reim. 544. Reim. 545. Reim. 546. Reim. 547. Reim. 548. Reim. 549. Reim. 550. Reim. 551. Reim. 552. Reim. 553. Reim. 554. Reim. 555. Reim. 556. Reim. 557. Reim. 558. Reim. 559. Reim. 560. Reim. 561. Reim. 562. Reim. 563. Reim. 564. Reim. 565. Reim. 566. Reim. 567. Reim. 568. Reim. 569. Reim. 570. Reim. 571. Reim. 572. Reim. 573. Reim. 574. Reim. 575. Reim. 576. Reim. 577. Reim. 578. Reim. 579. Reim. 580. Reim. 581. Reim. 582. Reim. 583. Reim. 584. Reim. 585. Reim. 586. Reim. 587. Reim. 588. Reim. 589. Reim. 590. Reim. 591. Reim. 592. Reim. 593. Reim. 594. Reim. 595. Reim. 596. Reim. 597. Reim. 598. Reim. 599. Reim. 600. Reim. 601. Reim. 602. Reim. 603. Reim. 604. Reim. 605. Reim. 606. Reim. 607. Reim. 608. Reim. 609. Reim. 610. Reim. 611. Reim. 612. Reim. 613. Reim. 614. Reim. 615. Reim. 616. Reim. 617. Reim. 618. Reim. 619. Reim. 620. Reim. 621. Reim. 622. Reim. 623. Reim. 624. Reim. 625. Reim. 626. Reim. 627. Reim. 628. Reim. 629. Reim. 630. Reim. 631. Reim. 632. Reim. 633. Reim. 634. Reim. 635. Reim. 636. Reim. 637. Reim. 638. Reim. 639. Reim. 640. Reim. 641. Reim. 642. Reim. 643. Reim. 644. Reim. 645. Reim. 646. Reim. 647. Reim. 648. Reim. 649. Reim. 650. Reim. 651. Reim. 652. Reim. 653. Reim. 654. Reim. 655. Reim. 656. Reim. 657. Reim. 658. Reim. 659. Reim. 660. Reim. 661. Reim. 662. Reim. 663. Reim. 664. Reim. 665. Reim. 666. Reim. 667. Reim. 668. Reim. 669. Reim. 670. Reim. 671. Reim. 672. Reim. 673. Reim. 674. Reim. 675. Reim. 676. Reim. 677. Reim. 678. Reim. 679. Reim. 680. Reim. 681. Reim. 682. Reim. 683. Reim. 684. Reim. 685. Reim. 686. Reim. 687. Reim. 688. Reim. 689. Reim. 690. Reim. 691. Reim. 692. Reim. 693. Reim. 694. Reim. 695. Reim. 696. Reim. 697. Reim. 698. Reim. 699. Reim. 700. Reim. 701. Reim. 702. Reim. 703. Reim. 704. Reim. 705. Reim. 706. Reim. 707. Reim. 708. Reim. 709. Reim. 710. Reim. 711. Reim. 712. Reim. 713. Reim. 714. Reim. 715. Reim. 716. Reim. 717. Reim. 718. Reim. 719. Reim. 720. Reim. 721. Reim. 722. Reim. 723. Reim. 724. Reim. 725. Reim. 726. Reim. 727. Reim. 728. Reim. 729. Reim. 730. Reim. 731. Reim. 732. Reim. 733. Reim. 734. Reim. 735. Reim. 736. Reim. 737. Reim. 738. Reim. 739. Reim. 740. Reim. 741. Reim. 742. Reim. 743. Reim. 744. Reim. 745. Reim. 746. Reim. 747. Reim. 748. Reim. 749. Reim. 750. Reim. 751. Reim. 752. Reim. 753. Reim. 754. Reim. 755. Reim. 756. Reim. 757. Reim. 758. Reim. 759. Reim. 760. Reim. 761. Reim. 762. Reim. 763. Reim. 764. Reim. 765. Reim. 766. Reim. 767. Reim. 768. Reim. 769. Reim. 770. Reim. 771. Reim. 772. Reim. 773. Reim. 774. Reim. 775. Reim. 776. Reim. 777. Reim. 778. Reim. 779. Reim. 780. Reim. 781. Reim. 782. Reim. 783. Reim. 784. Reim. 785. Reim. 786. Reim. 787. Reim. 788. Reim. 789. Reim. 790. Reim. 791. Reim. 792. Reim. 793. Reim. 794. Reim. 795. Reim. 796. Reim. 797. Reim. 798. Reim. 799. Reim. 800. Reim. 801. Reim. 802. Reim. 803. Reim. 804. Reim. 805. Reim. 806. Reim. 807. Reim. 808. Reim. 809. Reim. 810. Reim. 811. Reim. 812. Reim. 813. Reim. 814. Reim. 815. Reim. 816. Reim. 817. Reim. 818. Reim. 819. Reim. 820. Reim. 821. Reim. 822. Reim. 823. Reim. 824. Reim. 825. Reim. 826. Reim. 827. Reim. 828. Reim. 829. Reim. 830. Reim. 831. Reim. 832. Reim. 833. Reim. 834. Reim. 835. Reim. 836. Reim. 837. Reim. 838. Reim. 839. Reim. 840. Reim. 841. Reim. 842. Reim. 843. Reim. 844. Reim. 845. Reim. 846. Reim. 847. Reim. 848. Reim. 849. Reim. 850. Reim. 851. Reim. 852. Reim. 853. Reim. 854. Reim. 855. Reim. 856. Reim. 857. Reim. 858. Reim. 859. Reim. 860. Reim. 861. Reim. 862. Reim. 863. Reim. 864. Reim. 865. Reim. 866. Reim. 867. Reim. 868. Reim. 869. Reim. 870. Reim. 871. Reim. 872. Reim. 873. Reim. 874. Reim. 875. Reim. 876. Reim. 877. Reim. 878. Reim. 879. Reim. 880. Reim. 881. Reim. 882. Reim. 883. Reim. 884. Reim. 885. Reim. 886. Reim. 887. Reim. 888. Reim. 889. Reim. 890. Reim. 891. Reim. 892. Reim. 893. Reim. 894. Reim. 895. Reim. 896. Reim. 897. Reim. 898. Reim. 899. Reim. 900. Reim. 901. Reim. 902. Reim. 903. Reim. 904. Reim. 905. Reim. 906. Reim. 907. Reim. 908. Reim. 909. Reim. 910. Reim. 911. Reim. 912. Reim. 913. Reim. 914. Reim. 915. Reim. 916. Reim. 917. Reim. 918. Reim. 919. Reim. 920. Reim. 921. Reim. 922. Reim. 923. Reim. 924. Reim. 925. Reim. 926. Reim. 927. Reim. 928. Reim. 929. Reim. 930. Reim. 931. Reim. 932. Reim. 933. Reim. 934. Reim. 935. Reim. 936. Reim. 937. Reim. 938. Reim. 939. Reim. 940. Reim. 941. Reim. 942. Reim. 943. Reim. 944. Reim. 945. Reim. 946. Reim. 947. Reim. 948. Reim. 949. Reim. 950. Reim. 951. Reim. 952. Reim. 953. Reim. 954. Reim. 955. Reim. 956. Reim. 957. Reim. 958. Reim. 959. Reim. 960. Reim. 961. Reim. 962. Reim. 963. Reim. 964. Reim. 965. Reim. 966. Reim. 967. Reim. 968. Reim. 969. Reim. 970. Reim. 971. Reim. 972. Reim. 973. Reim. 974. Reim. 975. Reim. 976. Reim. 977. Reim. 978. Reim. 979. Reim. 980. Reim. 981. Reim. 982. Reim. 983. Reim. 984. Reim. 985. Reim. 986. Reim. 987. Reim. 988. Reim. 989. Reim. 990. Reim. 991. Reim. 992. Reim. 993. Reim. 994. Reim. 995. Reim. 996. Reim. 997. Reim. 998. Reim. 999. Reim. 1000. Reim. 1001. Reim. 1002. Reim. 1003. Reim. 1004. Reim. 1005. Reim. 1006. Reim. 1007. Reim. 1008. Reim. 1009. Reim. 1010. Reim. 1011. Reim. 1012. Reim. 1013. Reim. 1014. Reim. 1015. Reim. 1016. Reim. 1017. Reim. 1018. Reim. 1019. Reim. 1020. Reim. 1021. Reim. 1022. Reim. 1023. Reim. 1024. Reim. 1025. Reim. 1026. Reim. 1027. Reim. 1028. Reim. 1029. Reim. 1030. Reim. 1031. Reim. 1032. Reim. 1033. Reim. 1034. Reim. 1035. Reim. 1036. Reim. 1037. Reim. 1038. Reim. 1039. Reim. 1040. Reim. 1041. Reim. 1042. Reim. 1043. Reim. 1044. Reim. 1045. Reim. 1046. Reim. 1047. Reim. 1048. Reim. 1049. Reim. 1050. Reim. 1051. Reim. 1052. Reim. 1053. Reim. 1054. Reim. 1055. Reim. 1056. Reim. 1057. Reim. 1058. Reim. 1059. Reim. 1060. Reim. 1061. Reim. 1062. Reim. 1063. Reim. 1064. Reim. 1065. Reim. 1066. Reim. 1067. Reim. 1068. Reim. 1069. Reim. 1070. Reim. 1071. Reim. 1072. Reim. 1073. Reim. 1074. Reim. 1075. Reim. 1076. Reim. 1077. Reim. 1078. Reim. 1079. Reim. 1080. Reim. 1081. Reim. 1082. Reim. 1083. Reim. 1084. Reim. 1085. Reim. 1086. Reim. 1087. Reim. 1088. Reim. 1089. Reim. 1090. Reim. 1091. Reim. 1092. Reim. 1093. Reim. 1094. Reim. 1095. Reim. 1096. Reim. 1097. Reim. 1098. Reim. 1099. Reim. 1100. Reim. 1101. Reim. 1102. Reim. 1103. Reim. 1104. Reim. 1105. Reim. 1106. Reim. 1107. Reim. 1108. Reim. 1109. Reim. 1110. Reim. 1111. Reim. 1112. Reim. 1113. Reim. 1114. Reim. 1115. Reim. 1116. Reim. 1117. Reim. 1118. Reim. 1119. Reim. 1120. Reim. 1121. Reim. 1122. Reim. 1123. Reim. 1124. Reim. 1125. Reim. 1126. Reim. 1127. Reim. 1128. Reim. 1129. Reim. 1130. Reim. 1131. Reim. 1132. Reim. 1133. Reim. 1134. Reim. 1135. Reim. 1136. Reim. 1137. Reim. 1138. Reim. 1139. Reim. 1140. Reim. 1141. Reim. 1142. Reim. 1143. Reim. 1144. Reim. 1145. Reim. 1146. Reim. 1147. Reim. 1148. Reim. 1149. Reim. 1150. Reim. 1151. Reim. 1152. Reim. 1153. Reim. 1154. Reim. 1155. Reim. 1156. Reim. 1157. Reim. 1158. Reim. 1159. Reim. 1160. Reim. 1161. Reim. 1162. Reim. 1163. Reim. 1164. Reim. 1165. Reim. 1166. Reim. 1167. Reim. 1168. Reim. 1169. Reim. 1170. Reim. 1171. Reim. 1172. Reim. 1173. Reim. 1174. Reim. 1175. Reim. 1176. Reim. 1177. Reim. 1178. Reim. 1179. Reim. 1180. Reim. 1181. Reim. 1182. Reim. 1183. Reim. 1184. Reim. 1185. Reim. 1186. Reim. 1187. Reim. 1188. Reim. 1189. Reim. 1190. Reim. 1191. Reim. 1192. Reim. 1193. Reim. 1194. Reim. 1195. Reim. 1196. Reim. 1197. Reim. 1198. Reim. 1199. Reim. 1200. Reim. 1201. Reim. 1202. Reim. 1203. Reim. 1204. Reim. 1205. Reim. 1206. Reim. 1207. Reim. 1208. Reim. 1209. Reim. 1210. Reim. 1211. Reim. 1212. Reim. 1213. Reim. 1214. Reim. 1215. Reim. 1216. Reim. 1217. Reim. 1218. Reim. 1219. Reim. 1220. Reim. 1221. Reim. 1222. Reim. 1223. Reim. 1224. Reim. 1225. Reim. 1226. Reim. 1227. Reim. 1228. Reim. 1229. Reim. 1230. Reim. 1231. Reim. 1232. Reim. 1233. Reim. 1234. Reim. 1235. Reim. 1236. Reim. 1237. Reim. 1238. Reim. 1239. Reim. 1240. Reim. 1241. Reim. 1242. Reim. 1243. Reim. 1244. Reim. 1245. Reim. 1246. Reim. 1247. Reim. 1248. Reim. 1249. Reim. 1250. Reim. 1251. Reim. 1252. Reim. 1253. Reim. 1254. Reim. 1255. Reim. 1256. Reim. 1257. Reim. 1258. Reim. 1259. Reim. 1260. Reim. 1261. Reim. 1262. Reim. 1263. Reim. 1264. Reim. 1265. Reim. 1266. Reim. 1267. Reim. 1268. Reim. 1269. Reim. 1270. Reim. 1271. Reim. 1272. Reim. 1273. Reim. 1274. Reim. 1275. Reim. 1276. Reim. 1277. Reim. 1278. Reim. 1279. Reim. 1280. Reim. 1281. Reim. 1282. Reim. 1283. Reim. 1284. Reim. 1285. Reim. 1286. Reim. 1287. Reim. 1288. Reim. 1289. Reim. 1290. Reim. 1291. Reim. 1292. Reim. 1293. Reim. 1294. Reim. 1295. Reim. 1296. Reim. 1297. Reim. 1298. Reim. 1299. Reim. 1300. Reim. 1301. Reim. 1302. Reim. 1303. Reim. 1304. Reim. 1305. Reim. 1306. Reim. 1307. Reim. 1308. Reim. 1309. Reim. 1310. Reim. 1311. Reim. 1312. Reim. 1313. Reim. 1314. Reim. 1315. Reim. 1316. Reim. 1317. Reim. 1318. Reim. 1319. Reim. 1320. Reim. 1321. Reim. 1322. Reim. 1323. Reim. 1324. Reim. 1325. Reim. 1326. Reim. 1327. Reim. 1328. Reim. 1329. Reim. 1330. Reim. 1331. Reim. 1332. Reim. 1333. Reim. 1334. Reim. 1335. Reim. 1336. Reim. 1337. Reim. 1338. Reim. 1339. Reim. 1340. Reim. 1341. Reim. 1342. Reim. 1343. Reim. 1344. Reim. 1345. Reim. 1346. Reim. 1347. Reim. 1348. Reim. 1349. Reim. 1350. Reim.

